

Frauenklinik und Poliklinik des Klinikums rechts der Isar
der
Technischen Universität München
(Direktor: Univ.-Prof. Dr. M.B. Kiechle)

Familienplanung, Lebensverhältnisse und Lebensauffassungen von Erstgebärenden.

Ergebnisse einer Wöchnerinnen-Befragung unter Berücksichtigung eines Vergleiches
zwischen
neuen und alten Bundesländern.

Andreas Pippig

Vollständiger Abdruck der von der Fakultät für Medizin
der Technischen Universität München zur Erlangung des akademischen Grades eines

Doktors der Zahnheilkunde

genehmigten Dissertation.

Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. D. Neumeier

Prüfer der Dissertation: 1. Univ.-Prof. Dr. K.-Th.M. Schneider

2. Priv.-Doz. Dr. C. Höß

3. Univ.-Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. (UMF Temeschburg)
H.H. Horch

Die Dissertation wurde am 28. 02. 2006 bei der Technischen Universität München
eingereicht und durch die Fakultät für Medizin am 14. 06. 2006 angenommen.

1	Einleitung und Zielstellung	2
2	Einführung in die Thematik	3
2.1	Indikatoren generativen Verhaltens im Vergleich der neuen und alten Bundesländer	3
2.2	Lebensverhältnisse: Familiäre Lebensformen in Deutschland	8
2.3	Die Familienplanung: Kinderwunsch und Kinderzahl in Deutschland	10
2.4	Ursachen des Geburtenrückgangs	11
2.5	Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	13
3	Material und statistische Auswertung	18
4	Ergebnisse	22
4.1	Altersverteilung, berufliche Stellung und Nettoeinkommen der Erstgebärenden	22
4.2	Familienstand und Planung der Schwangerschaft unter Berücksichtigung des Alters und der beruflichen Stellung der Erstgebärenden	25
4.3	Gründe einer zeitlichen Verzögerung der Schwangerschaft unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden	38
4.4	Weiterer Kinderwunsch bei Erstgebärenden	54
4.5	Vergleich der Zufriedenheit von Erstgebärenden mit unterschiedlichen Lebensbereichen	60
4.6	Unterschiede in der Beurteilung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Erstgebärenden	72
4.7	Unterschiedliche Auffassungen zu folgenden Bereichen: • <i>Wer wird für die Kindererziehung zuständig sein?</i> • <i>In welchen Bereichen würden Sie sich im Interesse des Kindes einschränken?</i> • <i>Wer kann Hilfe leisten bei der Beaufsichtigung des Kindes?</i>	78
5	Diskussion	82
6	Zusammenfassung	93
7	Literaturverzeichnis	95
8	Lebenslauf	99
9	Eidesstattliche Erklärung	100
10	Danksagung	101

1 Einleitung und Zielstellung

Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland hat, erstmalig in der Geschichte Europas, zu einem absoluten Rückgang der Bevölkerungszahl geführt. Zwar ist in allen Industrienationen ein Geburtenrückgang zu verzeichnen, jedoch nicht mit solcher Geschwindigkeit und Dauerhaftigkeit wie in der deutschen Bevölkerung (KIEFL *et al.* 1985). In beiden deutschen Staaten setzte der Geburtenrückgang Mitte der 1960er-Jahre ein. Seither ist das generative Verhalten ein viel diskutiertes und untersuchtes Forschungsgebiet. Der Rückgang in den darauf folgenden Jahren ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich immer mehr Menschen zu einem Verzicht auf Kinderreichtum entschlossen (ALT 2001). Als gesellschaftlich mindestens in gleicher Weise bedeutsam hat sich die wachsende Kinderlosigkeit herausgestellt (ENGSTLER *et al.* 2003).

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es jedoch, die Frauen zu untersuchen, die sich trotz Geburtenrückgang und steigender Kinderlosigkeit dazu entschlossen haben, ein (weiteres) Kind zur Welt zu bringen. Dies geschieht im Rahmen der bundesweiten „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. Hierbei handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, bei der im Zeitraum von 1998 – 2000 insgesamt 5.230 Wöchnerinnen befragt werden konnten. Die Untersuchung fokussiert auf ein umfassendes Bild von Lebenssituation, Lebensauffassung und Familienplanung der befragten Wöchnerinnen. Letztere umfasst Fragen zur Planung der Schwangerschaft (Kapitel 4.2), zu Gründen im Falle einer zeitlichen Verzögerung der Realisierung des Kinderwunsches (Kapitel 4.3) sowie Fragen zum weiteren Kinderwunsch (Kapitel 4.4). Neben ihrer beruflichen und sozialen Situation (Kapitel 4.1) konnten Familienstand und Einkommen Aufschlüsse über die momentane Lebenssituation geben. Hierzu zählt auch die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation (Kapitel 4.5). Zu guter Letzt umfasste ein großer Teil der Untersuchung Fragen zu Lebensauffassungen: Hierzu konnte die Einstellung der Befragten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kapitel 4.6) sowie zur Arbeitsteilung bei der Kindererziehung (Kapitel 4.7) erhoben werden.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern herauszuarbeiten. Dieser Schwerpunkt ergibt sich aus der besonderen historischen Situation der heutigen BRD. Die fast 50-jährige Trennung in zwei unterschiedliche Staaten und Gesellschaftssysteme brachte Unterschiede im generativen Verhalten der Bevölkerung hervor. Seit der Wiedervereinigung gilt allgemein die Annahme, dass es im Laufe der Zeit zu einer Angleichung des ostdeutschen Geburtenverhaltens sowie seiner alters- und familienstrukturellen Spezifika an das „westdeutsche Muster“ generativen Verhaltens kommen wird (BUCHER *et al.* 1994). Diese Aussage basiert auf der Annahme, dass sich die Lebensverhältnisse zwischen den neuen und alten Bundesländern aufgrund der makrostrukturellen Rahmenbedingungen, wie (Sozial-) Politik, Ökonomie und Gesetzgebung, angleichen werden.¹

¹ So sieht das Statistische Bundesamt eine Angleichung bis 2005 voraus (2003); MÜNZ und ULRICH (1994) sprechen von 2010.

Angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern muss sich diese Prognose der Angleichung des generativen Verhaltens jedoch erst noch beweisen.

Ziel dieser Arbeit ist es, eine Bestandsaufnahme zu liefern, wie sich die Lebenssituation von erstgebärenden Wöchnerinnen in den neuen und alten Bundesländern darstellt: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden sich nach 10 Jahren Wiedervereinigung in Bezug auf die Familienplanung und die Einstellung zur familialen Arbeitsteilung bzw. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Bevor die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt und diskutiert werden, folgt zunächst ein Überblick über die Entwicklung der Demografie und des generativen Verhaltens in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung (Kapitel 2.1). Anschließend soll auf die Familienformen in Deutschland eingegangen werden: Wachsen Kinder zunehmend in „halben“ Familien auf oder dominiert das Leben mit Vater und Mutter, die miteinander verheiratet sind (Kapitel 2.2)? Wie steht es mit der Familienplanung in Ost und West: Welche Entwicklungen lassen sich zum Kinderwunsch und zur Kinderzahl der Deutschen allgemein aufzeigen (Kapitel 2.3)? Nach einigen Überlegungen zu Ursachen des Geburtenrückgangs (Kapitel 2.4) soll abschließend auf die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingegangen werden. Unterschiede werden anhand der Erwerbstätigenzahlen von Müttern in der ehemaligen DDR und früheren BRD aufgezeigt werden (Kapitel 2.5).

Danach wird die methodische Vorgehensweise sowie die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ vorgestellt (Kapitel 3 und 4), die im Anschluss diskutiert werden (Kapitel 5).

2 Einführung in die Thematik

2.1 Indikatoren generativen Verhaltens im Vergleich der neuen und alten Bundesländer

Zunächst sollen kurz die wichtigsten Indikatoren generativen Verhaltens wie Heirats- und Scheidungsverhalten, Geburtenentwicklung u.a. vorgestellt werden, um sich die bestehenden Unterschiede des generativen Verhaltens zwischen der ehemaligen DDR und der früheren BRD zu verdeutlichen. Des Weiteren gilt es Tendenzen aufzuzeigen, wie sich das generative Verhalten nach der Wiedervereinigung gestaltet. Kam es nach der Wiedervereinigung zu einer Angleichung des generativen Verhaltens der neuen und alten Bundesländer?

Die Entwicklung der Geburtenraten

Nachdem es Anfang der 50er-Jahre zu einem kriegsbedingten Anstieg der Geburtenraten gekommen war (Nachholeffekt), sank die Fertilität seit Mitte der 1960er-Jahre in der ehemaligen DDR als auch in der früheren BRD (Abb. 1).

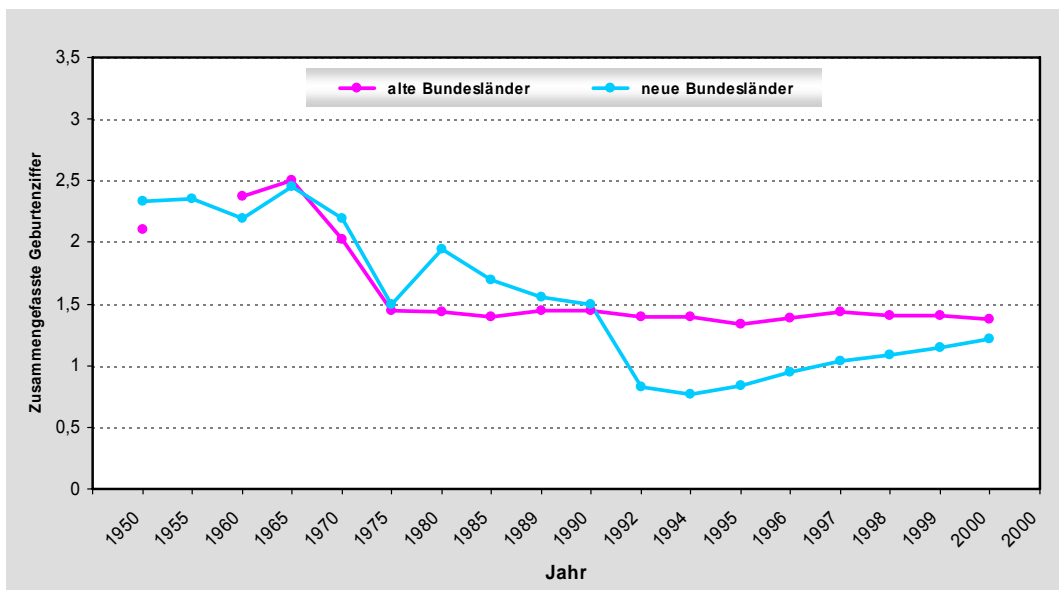


Abb. 1 Geburtenentwicklung von 1950 – 2000 (Quelle: ENGSTLER *et al.* 2003)

Während sich die zusammengefasste Geburtenziffer westdeutscher Frauen bei ca. 1,5 Kinder pro Frau einpendelte, zeigte sich in der ehemaligen DDR seit 1975 ein deutlicher Wiederanstieg der Fertilität. Dieser Anstieg erreichte sein Maximum im Jahr 1980 mit 1,94 Kindern pro Frau und ist auf die pronatalistische Politik der ehemaligen DDR zurückzuführen (SCHWARZ 1992, WENDT 1993). Allerdings war die Entwicklung nicht von Dauer. Bis zum Jahr 1989 ging die Geburtenrate auf 1,56 Kinder pro Frau zurück. Zwar wurde das Ziel der Bestanderhaltung der Bevölkerung nicht erreicht, da hierfür eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau nötig ist. Allerdings bestätigten HÖHN *et al.* (1986), dass die sozial- und familienpolitischen Maßnahmen durchaus einen geburtenerhöhenden Effekt hatten, der den Geburtenrückgang in der ehemaligen DDR zumindest abbremsste und einen Rückgang der Kohortenfertilität aufhielt. Die Wiedervereinigung führte zu einem schlagartigen Einbrechen der Fertilität in den neuen Bundesländern. Das Minimum des Geburtenrückgangs war 1994 mit 0,77 Kindern pro Frau erreicht. Seit 1995 stieg die Geburtenrate wieder an und erreichte im Jahr 2000 durchschnittlich 1,22 Kinder je Frau (ENGSTLER *et al.* 2003). Der bundesdeutsche Durchschnitt lag bei 1,38 Kindern pro Frau.

Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes

Nach der Wiedervereinigung ist in den neuen Bundesländern ein deutlicher Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters zu erkennen. Nach VOIGT *et al.* (2000) lag das mittlere Gebäralter 1984/85 in den neuen Bundesländern bei 23 Jahren. Es erhöhte sich bis 1996 schon auf 27 Jahre. Hatten 1984/85 mit 23 Jahren bereits 51,8% der ostdeutschen Frauen ein Kind geboren, waren es 1996 erst 20,8%. Im Zeitraum 1995 – 1997 betrug das mittlere Gebäralter in den neuen Bundesländern bei 1. Kind 25,1 Jahre und beim 2. Kind 28,3 Jahre; analog dazu in den alten Bundesländern 27,7 Jahre und 29,8 Jahre. Bei höherer Kinderzahl gab es zwischen neuen und alten

Bundesländern keine signifikanten Unterschiede mehr im durchschnittlichen Gebäralter (VOIGT *et al.* 2005). Ganz deutlich zeigt sich das Merkmal der „späten Mutterschaft“ in Deutschland. Die Geburt eines Kindes wird immer weiter aufgeschoben.

In der ehemaligen DDR kam es zwar auch zu einem Anstieg des Alters der Frauen bei der ersten Geburt, im Vergleich zur früheren BRD jedoch weniger stark. Das Alter der ostdeutschen Frauen bei der ersten Geburt betrug im Jahr 1989 23,8 Jahre. Zehn Jahre davor lag es sogar nur bei 22,4 Jahre (1980). Bei der Wiedervereinigung waren die Frauen der ehemaligen DDR damit drei Jahre jünger als die Frauen des früheren Bundesgebietes (ENGSTLER *et al.* 2003). Mittlerweile werden jedoch auch in den neuen Bundesländern die Mehrheit der Kinder zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr der Mutter geboren; Frauen der neuen Bundesländer sind bei der Geburt des ersten Kindes aber nach wie vor jünger als Frauen der alten Bundesländer (HÖHN 2000).

Der Vergleich der Heiratsziffern

Im früheren Bundesgebiet sank die Erstheiratsziffer zwischen 1970 und 1990 von 93,5% auf 62,0%. In der ehemaligen DDR ging die Erstheiratsziffer auf 72% (1990) zurück. Der Rückgang der Erstheiratsziffer war somit nicht so stark wie im früheren Bundesgebiet. Seit der Wiedervereinigung erlebte das Heiratsverhalten der Frauen der neuen Bundesländer einen starken Einbruch. Es sank von 72,0% im Jahr 1990 auf 36,5% im Jahr 1995 ab. Seither ist die Heiratsziffer zwar wieder angestiegen, sie hat das Niveau von 1990 jedoch noch nicht erreicht.

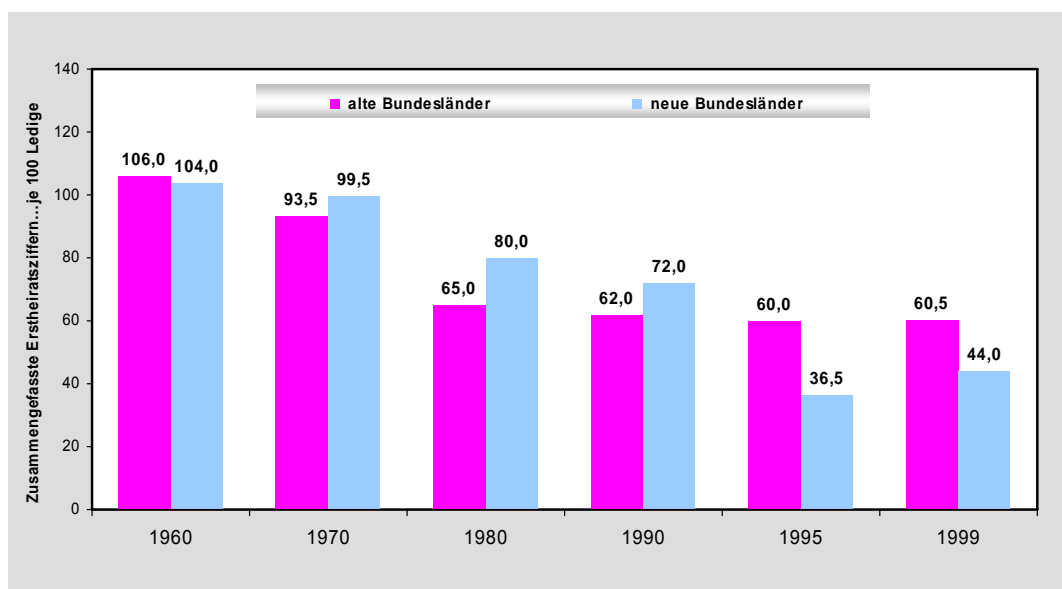


Abb. 2 Zusammengefasste Erstheiratsziffern (Quelle: ENGSTLER *et al.* 2003)

Das Scheidungsverhalten

Die durchschnittliche Scheidungsziffer betrug im Jahre 1990 im früheren Bundesgebiet 29,2%. Im Vergleich hierzu war die Scheidungsziffer der ehemaligen DDR deutlich höher. Im Jahre 1989 wurden 36,9% der geschlossenen Ehen geschieden (Abb. 3).

Gleichzeitig war die durchschnittliche Ehedauer in der DDR ca. 2 Jahre kürzer als in der BRD. Die Ehedauer betrug in der DDR ca. 9 Jahre, in der BRD ca. 11 – 12 Jahre (ENGSTLER *et al.* 2003). Auffällig ist selbstverständlich der Einbruch der Scheidungsziffer bei der Wiedervereinigung. Wurden von 1990 in der ehemaligen DDR mehr Ehen geschieden als in der früheren BRD, bleibt nach der Wiedervereinigung die Scheidungshäufigkeit der neuen Bundesländer hinter der Scheidungshäufigkeit der alten Bundesländer zurück.

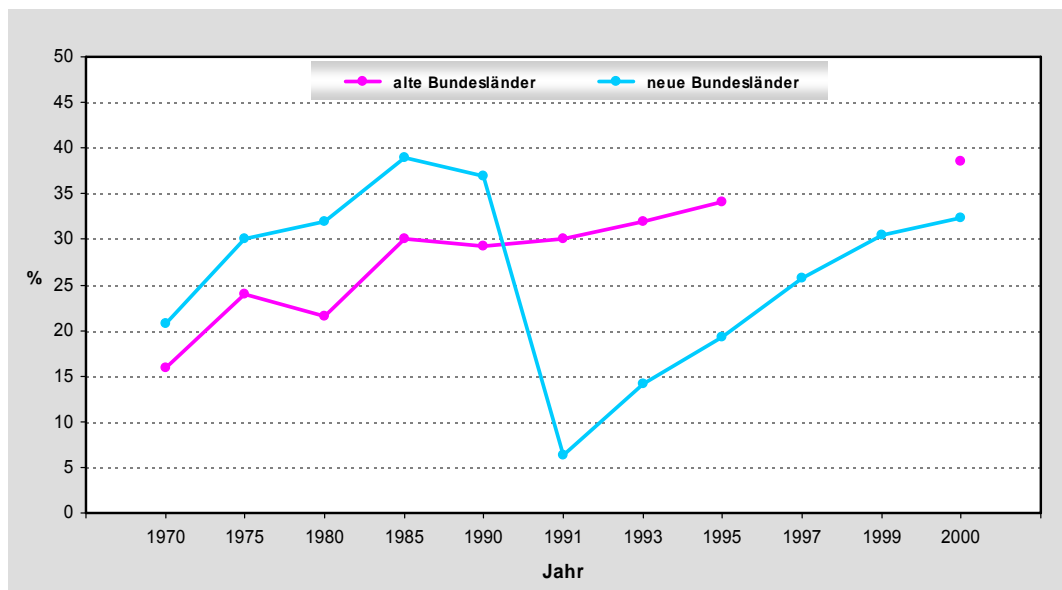


Abb. 3 Ehescheidungs-ziffern, 1970 – 2000 (Quelle: ENGSTLER *et al.* 2003)

Diese Eckdaten der demografischen Entwicklung zeigen ähnliche Tendenzen auf. Bis Ende der 1990er-Jahre kam es in beiden deutschen Staaten zu einem Rückgang der Erstheiratsziffer. Eine Zunahme gab es bei der Scheidungshäufigkeit, beim Erstheiratsalter sowie beim Alter bei Geburt des ersten Kindes. Unterschiede zeigen sich jedoch anhand zweier Aspekte: Erstens differierte der Anteil der Kinder, die nicht ehelich geboren wurden, und zweitens unterschied sich der Anteil der Frauen, die dauerhaft kinderlos blieben.

Kinderlosigkeit und Nichtehelichenquote

Differenzen zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigen sich im Anteil der Frauen, die dauerhaft kinderlos bleiben (Abb. 4).

Laut Berechnungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Kinder (BMFSFJ) blieben 23,3% der westdeutschen Frauen, die 1960 geboren wurden, kinderlos (ENGSTLER *et al.* 2003). Bei den ostdeutschen Frauen sind es nicht halb so viele (10,6%). Die Tendenz ist jedoch steigend und rund ein Viertel der jüngeren Jahrgänge werden dauerhaft kinderlos sein.

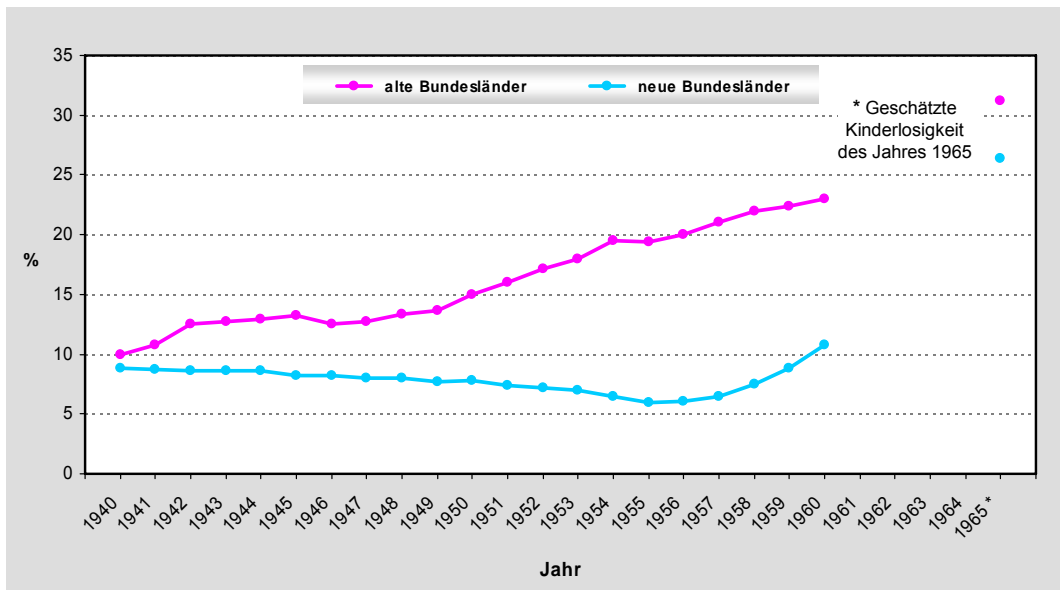


Abb. 4 Kinderlosigkeit (Quelle: ENGSTLER *et al.* 2003)

Weitere Unterschiede im generativen Verhalten zeigen sich, wenn man den Anteil der Kinder betrachtet, die nicht innerhalb einer Ehe geboren wurden. In der früheren Bundesrepublik wurden 1990 lediglich 10,5% nicht ehelich geboren, in der ehemaligen DDR kam 1990 ein Drittel (33,6%) aller Kinder nicht ehelich zur Welt (Abb. 5).

Dies kann jedoch nicht als Abkehr von der Ehe gewertet werden, wie die hohe Heiratsziffer für die ehemalige DDR zeigt. Vielmehr wurde die Eheschließung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Heirat erfolgte oft bei der Geburt des zweiten Kindes. Dies zeigen die Ergebnisse des DJI-FAMILIEN-SURVEYS (1992): „Spätestens zur Geburt des nächsten, d.h. des zweiten Kindes, wird dann doch noch geheiratet“ (LÖHR 1992).

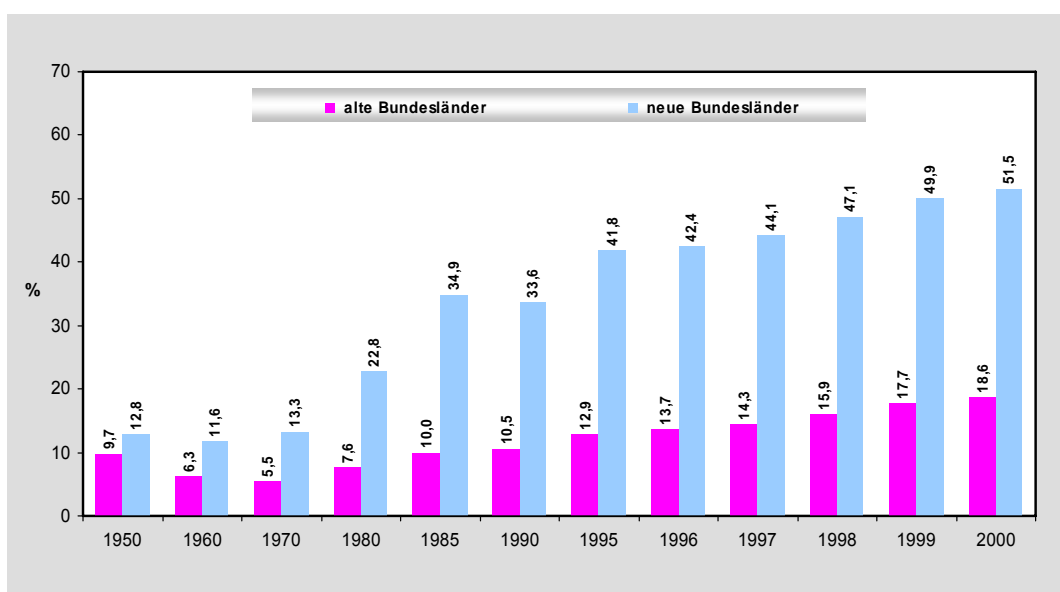


Abb. 5 Nichteelichenquote 1950 –2000 (Quelle: ENGSTLER *et al.* 2003)

2.2 Lebensverhältnisse: Familiäre Lebensformen in Deutschland

Zurückgehende Heiratsziffern, steigende Scheidungszahlen, geringere Kinderzahlen sowie die Zunahme von Single-Haushalten führten in den 1980er-Jahren zu der These, dass Ehe und Familie als Lebensformen in eine Krise geraten seien (PERREZ 1979, BECK 1986). Aufgrund eines tief greifenden Wertewandels in der modernen Industriegesellschaft komme es zu einer Auflösung traditioneller Familienformen. Indikatoren für die „Pluralisierung familialer Lebensformen“ seien die Vielzahl von Familienformen, in denen Kinder aufwachsen („Patch-work-Familien“, Living-apart-together, Scheidungskinder etc.). Immer weniger Kinder lebten demnach mit ihren verheirateten Eltern zusammen (BECK 1986). Als Ursache wird die steigende „Individualisierung“ in Deutschland diskutiert. Man lebe lieber in einer unverbindlichen Lebensgemeinschaft zusammen, als sich den Verpflichtungen einer Ehe und Familie zu unterziehen (BERTRAM 1991).

Der Wandel und die Entwicklung familialer Lebensformen war seither Gegenstand unzähliger empirischer Studien. Die amtliche Statistik gibt hierzu an, dass zwar allgemein betrachtet immer mehr Menschen in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft, in einem Single-Haushalt oder als allein erziehende Elternteile leben. Allerdings ist ihr Anteil an allen Paaren in Deutschland nach wie vor gering. Knapp neun von zehn Paaren, die in einem gemeinsamen Haushalt leben, waren demnach im Jahr 2004 Ehepaare (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Auch Kinder leben überwiegend mit ihren verheirateten Eltern zusammen. Differenziert man nach neuen und alten Bundesländern, dann zeigen sich jedoch signifikante Unterschiede (Abb. 6). In den alten Bundesländern lebt der überwiegende Teil der Kinder (81%) mit ihren verheirateten Eltern zusammen. Jedes siebte Kind (14%) wächst bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes 20. Kind (5%) lebt in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft. Im Vergleich hierzu zeigt sich für die neuen Bundesländer ein etwas anderes Bild: Deutlich weniger Kinder leben mit ihren verheirateten Eltern zusammen (62%); gut jedes fünfte Kind (22%) wächst bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes sechste Kind (16%) lebt in einer Lebensgemeinschaft (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

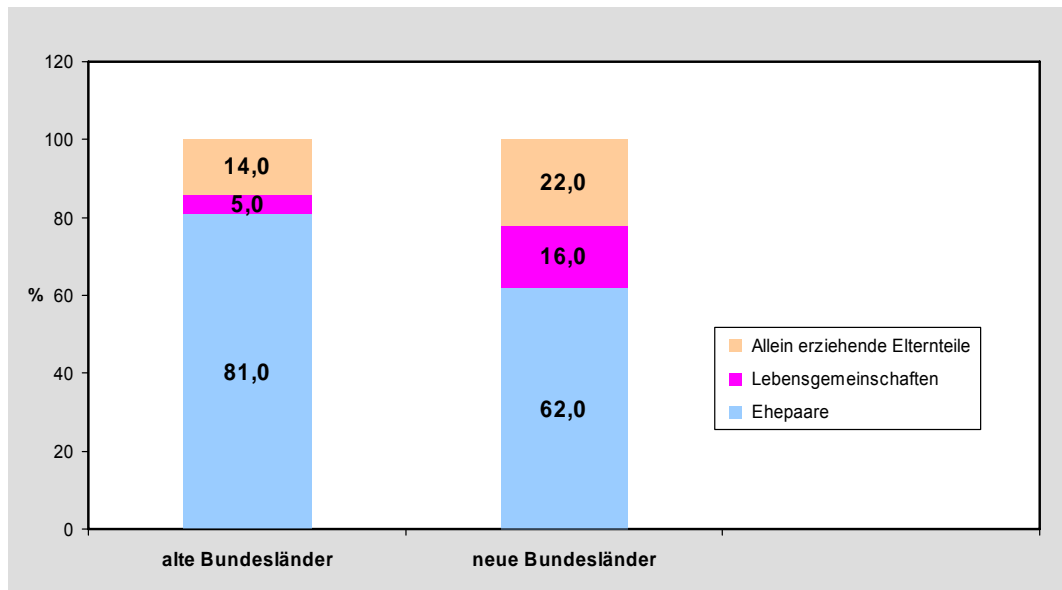


Abb. 6 Ledige Kinder (unter 18 Jahren) nach Lebensform der Eltern, 2004 (Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 2005)

Betrachtet man die Entwicklung, dann zeigt sich, dass im Jahr 2004 in ganz Deutschland zwar weniger Kinder bei Ehepaaren und mehr Kinder in Lebensgemeinschaften oder bei allein erziehenden Elternteilen lebten als noch 1996, aber in Westdeutschland ging der Anteil minderjähriger Kinder, die bei Ehepaaren leben, weniger stark zurück als in Ostdeutschland: In Westdeutschland reduzierte sich der Anteil um 5 Prozentpunkte, in Ostdeutschland um 13 Prozentpunkte (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Untersucht man also die Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen, zeigt sich eines ganz deutlich: Obwohl die „neuen“ Lebensformen häufiger werden, leben nach wie vor die meisten minderjährigen Kinder überwiegend bei ihren verheirateten Eltern. Darüber hinaus leben fast zwei Drittel der Kinder (63%) mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind zusammen. Hierbei zeigen sich wiederum erhebliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern: 66% der westdeutschen Kinder, aber nur 45% der ostdeutschen Kinder wuchsen 2004 in einer „traditionellen Normalfamilie“ auf, d.h. mit verheirateten Eltern und mit mindestens zwei Kindern im Haushalt (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Abschließend lässt sich sagen, dass man für die alten Bundesländer nicht von einer „Pluralisierung der Familienformen“ (BECK 1996) sprechen kann, denn die Mehrheit der Kinder wächst mit zwei verheirateten Elternteilen auf. In den neuen Bundesländern gestalten sich die familialen Lebensformen durchaus vielfältiger.

2.3 Die Familienplanung: Kinderwunsch und Kinderzahl in Deutschland

Laut Pressemitteilung vom 3. Mai 2005 wollen die Deutschen immer weniger Kinder haben. Das ergab eine Untersuchung des BUNDESMINISTERIUMS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2005). Während die Befragten im Jahr 1992 in der Regel noch zwei Kinder wollten, ist der Durchschnitt auf 1,7 gesunken. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Bestanderhaltung der Bevölkerung (Geburtenrate bei 2,1 Kindern pro Frau) demnach auch dann nicht gesichert wäre, wenn alle Deutschen ihren Kinderwunsch vollständig verwirklichen würden. Wie jedoch in Kapitel 2.1 gezeigt wurde, liegt die Geburtenrate in Deutschland bei durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau. Die tatsächliche Kinderzahl bleibt somit hinter dem ursprünglichen Kinderwunsch zurück.

Deutlich gestiegen ist vor allem die Zahl jüngerer Menschen, die keine Kinder wollen und demnach kinderlos bleiben werden. So wirken zwei Faktoren auf die Geburtenrate ein: Erstens bleibt die realisierte Kinderzahl hinter der gewünschten Kinderzahl zurück, zweitens steigt der Anteil der Deutschen, die dauerhaft kinderlos bleiben wollen, an (ENGSTLER *et al.* 2003).

Neben der wachsenden Kinderlosigkeit hatte der seit 1965 anhaltende Geburtenrückgang seine wichtigste Ursache in der Abnahme der Mehrkinderfamilie. In Westdeutschland ging der Anteil der Frauen, die drei und mehr Kinder bekamen, merklich zurück: von 27% beim Geburtsjahrgang 1940 auf 18% bei den 1955 geborenen Frauen (LAUTERBACH 1999). Trotz des Trends hin zu kleineren Familien lässt sich die weit verbreitete Ansicht, die Einkindfamilie sei eine expandierende Lebensform der heute aufwachsenden Kindergeneration, nicht aufrechterhalten. Im Gegenteil: Die Zahl der Einzelkinder (ca. 19% aller Kinder) ist in den alten Bundesländern tendenziell rückläufig. Der Anteil der Mütter, die ein zweites Kind bekommen, liegt bei 70% und ist in der Kohortenfolge relativ konstant geblieben (WEICK 2002). Das typische generative Muster der alten Bundesländer lautet also, dass entweder ganz auf Kinder verzichtet wird oder mindestens zwei Kinder geboren werden (GEIBLER 2002, LÖHR 1991).

Wie in Kapitel 2.1 gezeigt, waren die Geburtenzahlen auch in der ehemaligen DDR rückläufig. Diese Entwicklung konnte in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre nur kurzfristig durch bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen unterbrochen werden. Kinderlosigkeit spielte hierbei kaum eine Rolle, vielmehr sank die Zahl der Mehrkinderfamilien. In der DDR hatten zwar über 90% aller Frauen mindestens ein Kind, aber deutlich weniger Frauen der ehemaligen DDR hatten drei oder mehr Kinder (HULLEN 1998). Seit der Wiedervereinigung gehört zu den jüngeren demografischen Entwicklungen in den neuen Bundesländern der Anstieg der Kinderlosigkeit, der seit einigen Jahren zu registrieren ist (Abb. 4). Zwar ist das vorherrschende Modell ein Leben mit zwei Kindern, aber der Trend zur Einkindfamilie hat sich – anders als in den alten Bundesländern – verstärkt (ENGSTLER 1998).

2.4 Ursachen des Geburtenrückgangs

Der Geburtenrückgang ist ein Phänomen, dessen Auswirkungen in vielerlei Hinsicht untersucht wurde, dessen Ursachen jedoch nicht ohne weiteres bestimmt werden können. Vielmehr handelt es sich um ein komplexes Gefüge, dem mehrere Faktoren und Prozesse zugrunde liegen.

Allgemein wird das Einbrechen der Geburtenrate Mitte der 1960er-Jahre als „Pillenknick“ bezeichnet. Die Literatur gibt aber auch an, dass nicht allein die verbesserte Kontrazeption für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht werden kann, sondern dass die gesellschaftliche Transformation eine entscheidende Rolle spielt: Zwar finde sich mit Hilfe der hormonellen Kontrazeption ein effektives Hilfsmittel zur Familienplanung, aber es sei höchstens Mittel zum Zweck zur Realisierung der eigenen Lebensplanung (GEIBLER *et al.* 2002). Hierfür spricht, dass sich bereits vor der Erfindung der „Pille“ Unterschiede in der Realisierung des Kinderwunsches abzeichneten. Mit der gesellschaftlichen Transformation hin zur modernen Industriegesellschaft ging die Kinderzahl in Teilen der Gesellschaft bereits Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Auffällig hierbei ist, dass die bürgerlichen Gesellschaftsschichten die ersten waren, deren Kinderzahl sich reduzierte und sich hier das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie entwickelte. Demgegenüber standen die Bauernfamilien, die von dem sozialen Wandel der „Industriellen Revolution“ nur am Rande erfasst wurden. Hier galten die Mithilfe der Kinder in der Familienwirtschaft sowie die Absicherung der Eltern im Alter als Motive für eine hohe Kinderzahl.

„Der kontinuierliche Rückgang der Familienbetriebe und die stärkere Übernahme der Fürsorgeleistungen durch gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen verminderte die 'ökonomische' Bedeutung der Kinder für die Eltern“ (GEIBLER *et al.* 2002).

Sprach im vormodernen Gesellschaftssystem einiges für eine hohe Kinderzahl (Arbeitskraft, Altersabsicherung etc.), treten in der Industriegesellschaft neue Faktoren in die Argumentation mit ein. So bedeutet Kinderhaben nicht nur einen erheblichen Kostenaufwand für die Eltern, der zur sozio-ökonomischen Benachteiligung in Deutschland beiträgt, sie werden auch im Sinne der Opportunitätskosten diskutiert. Opportunitätskosten sind die finanziellen Einbußen, die entstehen, wenn zugunsten der Kindererziehung die Erwerbsarbeit aufgegeben oder reduziert wird (BECKER 1982). Da Kindererziehung nach wie vor hauptsächlich Frauen zugeschrieben wird, bedeutet das, je höher das Einkommen der Frauen, desto stärker ist somit das Hemmnis, sich für die Gründung einer Familie zu entscheiden. Dies führt zu einem Konflikt zwischen der Erwerbstätigkeit und der Familiengründung der Frau (HANK *et al.* 2002).

Hier klingt bereits an, was allgemein unter „Emanzipation“ und „Enthäuslichung“ der Frau diskutiert wird: Angesichts der noch heute bestehenden geschlechtstypischen Arbeitsteilungen in der Familie geraten nach wie vor Frauen in den Konflikt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dank steigender schulischer und beruflicher (Aus-) Bildung wollen sich Frauen

nicht auf die traditionelle Mutterrolle beschränken (VON TROTHA 1990). Als Folge dieses Konflikts kommt es zu einer Aufschiebung der Realisierung des Kinderwunsches. Das „kann zur Folge haben, dass die Realisierung bestehender Kinderwünsche so weit hinausgeschoben wird, dass nur ein Kind geboren werden kann oder auch auf ein Kind gänzlich verzichtet wird“ (DORBRITZ *et al.* 1996).

Als weitere Ursache für den Geburtenrückgang prangert KAUFMANN (1995) die „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ an. Die fehlende Anerkennung und Unterstützung für familiäre Leistungen seitens der Gesellschaft fördert den Konflikt und somit auch den Verzicht auf Kinder. Hinzu kommt die zunehmende Flexibilität und Mobilität, die wiederum die Scheu fördert, sich langfristig festzulegen (BIRG *et al.* 1987). Des Weiteren steigt die gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit. Lebensformen ohne Kinder sind mittlerweile gesellschaftlich akzeptiert und Elternschaft hat scheinbar ihren naturwüchsigen Charakter verloren (MEYER 1992). Andere Ansätze sehen die Ursache für den Geburtenrückgang im Konsumdenken und einem anspruchsvollen Lebensstil, der sich durch persönliche Ungebundenheit und den Wunsch nach einem hohen Lebensstandard auszeichnet. So stellt z.B. GÜNTHER OPPITZ (1984) jungen Ehepaaren die Frage nach „Kind oder Konsum?“.

Neuere Studien versuchen einen interdisziplinären Lösungsansatz zu erarbeiten. So untersucht die Studie des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH mögliche „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate“ (2004). Das Ergebnis sieht als Hauptursache der deutschen Kinderflaute die „Erstmal-Mentalität“ im Rahmen der deutschen Lebensplanung. Junge Deutsche machen erst eine Ausbildung und steigen dann in den Beruf ein. Erst danach denken sie an Kinder. Die Folge hieraus ist, dass immer mehr Paare erst im reifen Alter Eltern werden. Als Ursache für den Verzicht auf Kinder sind weniger finanzielle Überlegungen entscheidend oder der Mangel an Wohnraum ausschlaggebend als vielmehr berufliche Überlegungen. Um den Anschluss im Beruf zu halten, entscheiden sich gerade Frauen mit höherem Bildungsniveau und somit einer langen Ausbildungszeit entweder sehr spät für Nachwuchs oder verzichten ganz auf ein Kind. So wird der Kinderwunsch immer weiter aufgeschoben, wenn nicht aufgehoben.

Des Weiteren zeigt sich, dass neben langen Ausbildungszeiten ein weiterer Faktor ganz entscheidend ist. Der hohe Stellenwert der eigenen Erwerbstätigkeit hat sich zu Ungunsten der Realisierung der Kinderwünsche entwickelt. So gilt „kein Kind haben“ nur 7% der Befragten als Makel (INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH 2004). Dem gegenüber empfand es jeder Dritte als gesellschaftlich stigmatisierend, ohne Job zu sein. Der hohe Stellenwert der eigenen Erwerbstätigkeit, lange Ausbildungszeiten und die Lebensplanung des Nacheinandens von Ausbildung, Beruf und Familie beschreiben das Spannungsfeld von Familie und Beruf. Auf den Konflikt der zeitlich parallelen Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland soll im folgenden Kapitel eingegangen werden.

2.5 Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wie in Kapitel 2.4 angesprochen, wurde lange Zeit die Emanzipation und „Enthäuslichung“ der Frau als Ursache für den Geburtenrückgang diskutiert. Dank steigender schulischer und beruflicher (Aus-) Bildung wollen sich Frauen nicht auf die traditionelle Mutterrolle beschränken (VON TROTHA 1990). Mittlerweile hat sich die Diskussion vom Wandel der Lebensplanung hin zur Betrachtung der strukturellen Rahmenbedingungen erweitert: Nicht die Erwerbstätigkeit der Frauen an sich, sondern der Konflikt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht zunehmend im Fokus der Diskussion. Hierbei werden v.a. politische Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf diskutiert, um den Konflikt zu entschärfen (DANNENBECK 1992, HILLE 1985, TRAPPE 1995, SCHWARZ 1992, WENDT 1993).

Da der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf dem Vergleich der neuen und alten Bundesländer liegt, soll an dieser Stelle auf die Situation vor 1991 eingegangen werden. Beide deutschen Gesellschaften verfolgten unterschiedliche Leitbilder hinsichtlich der institutionellen und funktionalen Bedeutung von Familie. Hieraus leiteten sich familienpolitische Maßnahmen ab, die sich jeweils unterschiedlich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auswirkten (BMJFFG 1990). Während die Politik der ehemaligen DDR die weitgehende Integration von Müttern in das Erwerbsleben verfolgte und die gleichzeitige Ausübung von Berufs- und Familientätigkeit forcierte, zielt die Vereinbarkeitspolitik der Bundesregierung auf das Drei-Phasen-Modell: Nicht eine zeitliche Parallelität von Beruf und Familie, sondern ein Nacheinander von Beruf, Kindererziehung und Wiedereinstieg in den Beruf ist Ziel der Politik (SCHUPP 1992). Das Leitbild ist hierbei das Modell des „männlichen Ernährers und der Hausfrau“, die die Kindererziehung übernimmt und v.a. Teilzeit erwerbstätig ist, während in der ehemaligen DDR die Vollzeit erwerbstätige Mutter gefördert wurde.

Um dies zu verdeutlichen, soll auf die unterschiedliche Erwerbstätigkeit von Müttern in der ehemaligen DDR und der früheren BRD eingegangen werden, um anschließend Tendenzen im vereinigten Deutschland aufzuzeigen.

Die Erwerbstätigkeit von Müttern

Die Betrachtung der Erwerbsbeteiligung von Müttern in der ehemaligen DDR und der früheren BRD zeigt deutliche Unterschiede. Basierend auf den Untersuchungen von BRINKMANN *et al.* (1991) und WINKLER (1990) soll eine Übersicht zur Situation bei der Wiedervereinigung gegeben werden.

Wie Abb. 7 zeigt, betrug die Erwerbsquote von Frauen in der ehemaligen DDR fast immer über 80% (1990), unabhängig, ob sie Kinder hatten oder nicht. Lediglich in der Phase, in der die Kinder unter drei Jahre alt waren, lag die Erwerbsquote bei etwa 40%. Hier nahmen die Mütter das so genannte „Babyjahr“ in Anspruch. Hierbei handelte es sich um eine bezahlte Freistellung von der Arbeit während des ersten Lebensjahres des Kindes. Zum Zeitpunkt der Untersuchung befanden sich 46,6% der Mütter von Kindern unter drei Jahren im „Babyjahr“.

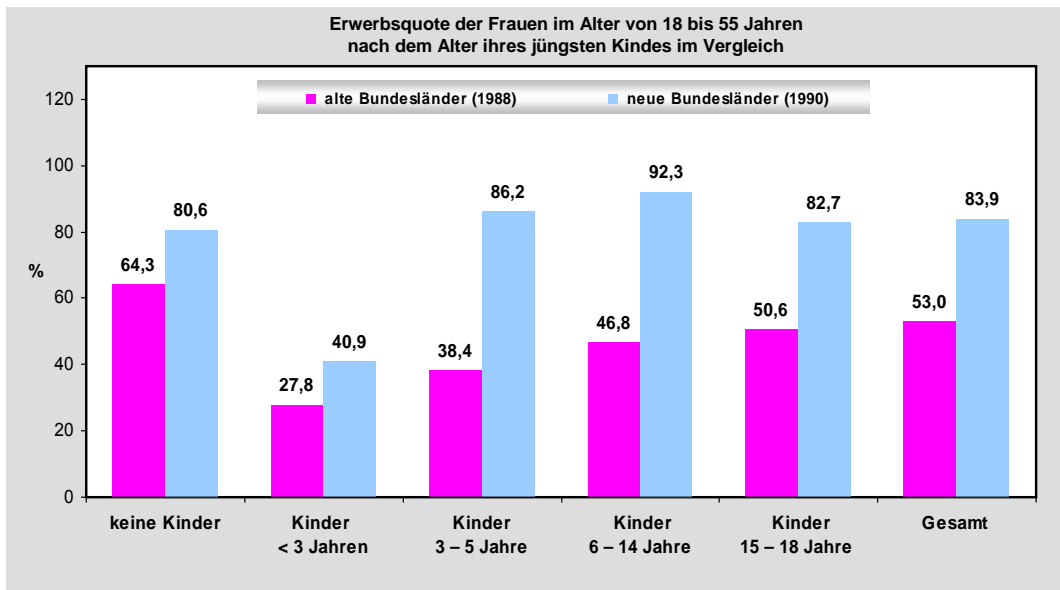


Abb. 7 Erwerbsquote von Müttern nach dem Alter ihres jüngsten Kindes (Quelle: DANNENBECK *et al.* 1995)

Im Vergleich hierzu war in der früheren BRD bereits das Ausgangsniveau der Erwerbsquote von Frauen ohne Kinder um 16% geringer (64,3%) und Frauen mit Kindern erreichten diesen Wert mit zunehmendem Alter der Kinder in keiner Phase wieder. Insgesamt zeichnet sich zwar mit zunehmendem Alter der Kinder ein Anstieg der Erwerbsquote ab, aber sie bleibt stets unter der Erwerbstätigkeit der Mütter der neuen Bundesländer zurück. Während Mütter der früheren BRD entweder das Modell der Hausfrau und Mutter oder das der erwerbstätigen Mutter lebten, waren Mütter in der ehemaligen DDR fast durchgehend erwerbstätig. Es wird deutlich, dass in Westdeutschland zwei Modelle gelebt werden, entweder das der Hausfrau oder das der erwerbstätigen Mutter. Im Osten dagegen wurde das Hausfrauenmodell kaum realisiert (DANNENBECK *et al.* 1995).

Es stellt sich nun die Frage, wie sich die Erwerbstätigkeit von Müttern in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung entwickelt hat. Hierbei zeichnet sich ab, dass die Frauen in den neuen Bundesländern weiterhin eine parallele Vereinbarkeit von Familie und Beruf favorisieren und sich nicht dem westdeutschen Muster der Hausfrauenehe anschließen. Indikatoren hierfür zeigen die Daten des Mikrozensus 2004 zu Erwerbsmuster der Befragten (bzgl. Voll- bzw. Teilzeit) sowie die Gründe, die für das Erwerbsmuster angegeben werden (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005). Während die Quote der in Vollzeit beschäftigten Mütter in den neuen Bundesländern bei 48% lag (2004), betrug sie in den alten Bundesländern lediglich 20%. Umgekehrt lag die Teilzeitquote in Westdeutschland mit 39% fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (21%). Vergleicht man die Motive, die zu einer Teilzeiterwerbstätigkeit geführt haben, dann zeigt sich ein weiterer deutlicher Unterschied. Während in Westdeutschland über drei Viertel der Mütter (79%) angaben, wegen persönlicher und familiärer Gründe (wie der Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger) Teilzeit erwerbstätig zu sein, betrug dieser Anteil in Ostdeutschland lediglich ein Drittel (29%). Entscheidend ist hierbei, dass der Groß-

teil der ostdeutschen Mütter (55%) als Grund für die Teilzeitarbeit angab, dass sie keine Vollzeitstelle finden. In Westdeutschland waren dies lediglich 5% der Mütter (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Wie bereits dargestellt, ist die Erwerbstätigkeit stark davon abhängig, ob Kinder zu versorgen sind. Wie die folgende Abb. 8 zeigt, sind Mütter weniger häufig erwerbstätig als Frauen ohne Kinder.

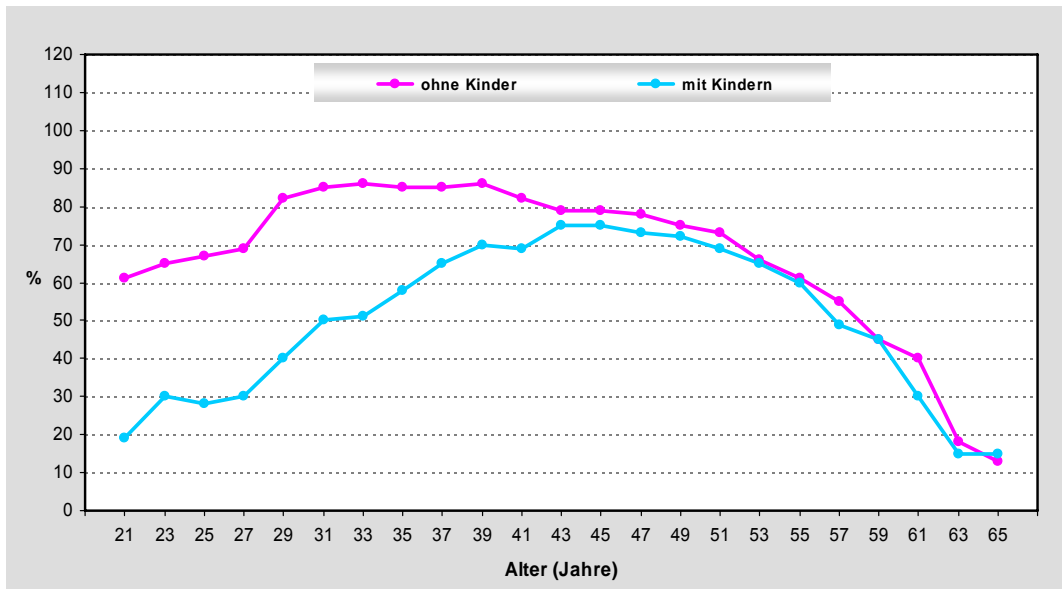


Abb. 8 Altersspezifische Erwerbstätigenquote von Frauen mit und ohne Kinder, 2003
(Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 2004)

Gleichzeitig ist die Erwerbstätigkeit der Mütter stark vom Alter der Kinder abhängig. Aber auch die Zahl der Kinder im Haushalt spielt eine entscheidende Rolle. Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind gibt ein großer Teil der Mütter die Erwerbstätigkeit völlig auf (Abb. 9).

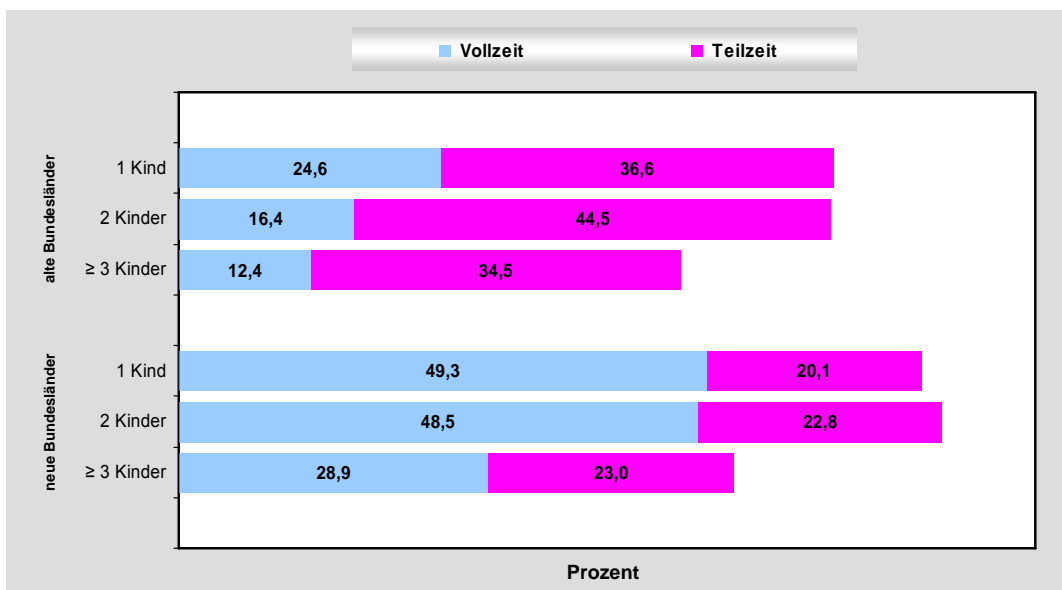


Abb. 9 Erwerbstätigenquote von Müttern in den neuen und alten Bundesländern nach der Anzahl der Kinder (2004)
[Quelle: Statistisches Bundesamt 2005]

Waren in den alten Bundesländern insgesamt 61% der Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig (Vollzeit und Teilzeit), gingen nur noch 47% der Mütter mit drei und mehr Kindern ihrem Beruf nach (2004). In den neuen Bundesländern waren 71% der Mütter mit zwei Kindern und 51% der Mütter mit drei Kindern aktiv erwerbstätig. Dieser Rückgang betrifft vor allem Vollzeit erwerbstätige Mütter. Während die Vollzeiterwerbstätigkeit in Westdeutschland schrittweise mit jedem weiteren Kind zurückgeht, nimmt sie bei ostdeutschen Frauen erst mit dem dritten Kind deutlich ab. Dennoch sind Mütter aus den neuen Bundesländern mit drei und mehr Kindern mehr als doppelt so häufig Vollzeit erwerbstätig (28,9%) als Mütter aus den alten Bundesländern (12,4%).

Die Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Müttern in den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass Mütter in den neuen Bundesländern – trotz der schwierigen Arbeitsmarktsituation – öfters Vollzeit erwerbstätig sind als Mütter in den alten Bundesländern, die vor allem Teilzeit erwerbstätig sind, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Entscheidend ist hierbei die Angabe der Gründe. Frauen der alten Bundesländer geben als häufigsten Grund die Betreuung ihrer Kinder an. Frauen aus den neuen Bundesländern arbeiten Teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden. Hier zeichnet sich die hohe „Erwerbsneigung“ der Frauen der neuen Bundesländer ab, die auch ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung aktuell ist (RICHTER 1996).

Zur Betreuungssituation von Kindern

Als wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden die öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder diskutiert. Hierbei spielt nicht nur die Verfügbarkeit eine entscheidende Rolle, sondern die Betreuungseinrichtungen müssen sowohl bezahlbar als auch organisatorisch mit der Erwerbstätigkeit vereinbar sein (z.B. Erreichbarkeit der Einrichtung, Flexibilität der Öffnungszeiten etc.). Ein wichtiger Indikator für die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit der Mütter ist die Betreuungssituation für Kleinkinder (Kinder unter 3 Jahren). Der unterschiedliche Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren ist in den alten und neuen Bundesländern hoch signifikant (Abb. 10).

Für das Jahr 1998 wurde in den alten Bundesländern eine Versorgungsquote² von 102% für Kindergartenplätze beobachtet, gegenüber einer Quote für Kinderkrippenplätze von nur 3%. Dies bedeutet zwar einen Anstieg um 2% bei den Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren im Vergleich zum Jahr 1988. Aber von den Kindergartenplätzen sind nur 20% der Vollzeitbetreuung zuzurechnen. Dagegen sind in den neuen Bundesländern Versorgungsquoten von 132% bzw. 37% festzustellen. Hiervon sind die Mehrheit (80%) auf eine Ganztagesbetreuung ausgerichtet (KREYENFELD *et al.* 2002).

² Versorgungsquote: Verfügbare Plätze pro 100 Kinder der jeweiligen Altersgruppe

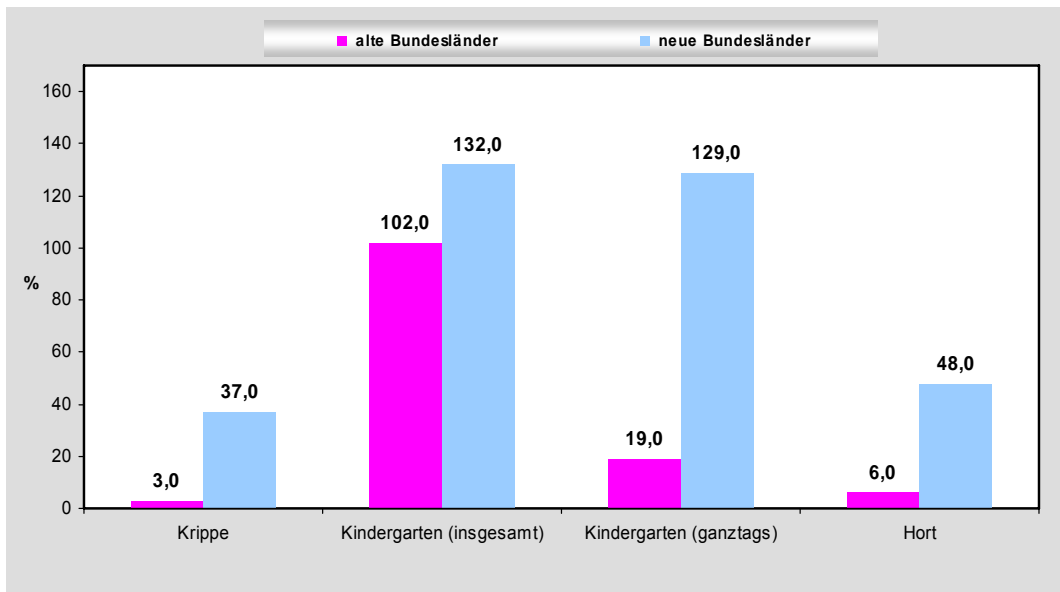


Abb. 10 Versorgungsquote: Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen (1998)
(Quelle: KREYENFELD *et al.* 2002)

Für Kleinkinder gibt es in den alten Bundesländern kaum Angebote. Hierin spiegelt sich die private Verantwortung der Familien für die Kinderbetreuung wieder. Um dieser privaten Kinderbetreuung nachkommen zu können, wurde 1992 der Erziehungsurlaub auf drei Jahre angehoben. Zwar gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren, um den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Dieser Anspruch beschränkt sich jedoch auf einen Halbtageskinderplatz (§ 24a KJHG). Dies ermöglicht maximal einen Wiedereinstieg in eine Teilzeitarbeit (BÜCHEL *et al.* 2002).

Nach diesen Vorüberlegungen zur Situation in den neuen und alten Bundesländern in Bezug auf die Lebenssituation, die Familienplanung und die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland, sollen im Anschluss die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ vorgestellt und anschließend diskutiert werden.

3 Material und statistische Auswertung

In den Jahren 1998 – 2000 wurden 5.230 Wöchnerinnen bundesweit Fragen zur Familienplanung, zur Einschätzung ihrer Lebensverhältnisse und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ gestellt. Die Beteiligung an dieser Studie war freiwillig und anonym und genügte den Anforderungen des Datenschutzes. Name und Wohnort der Wöchnerinnen wurden nicht registriert. Die Studie ist vom Landesbeauftragten für den Datenschutz nach Vorstellung genehmigt worden. Die Wöchnerinnen füllten während ihres Klinikaufenthaltes zur Geburt ihres Kindes den Erhebungsbogen aus. Der Bogen wurde dann von der Wöchnerin selbst in einen A4-Umschlag gesteckt und von ihr verschlossen. Anschließend wurden die ausgefüllten Fragebögen an die Universitätsfrauenklinik Rostock zur Bearbeitung weitergeleitet.

Diese Studie wurde unter Verantwortung von PD Dr. Dr. rer. med. habil. M. Voigt vom damaligen Forschungsbereich „Neugeborenenanthropometrie und Epidemiologie“ der Universitätsfrauenklinik Rostock unter dem Direktorat von Prof. Dr. med. habil. K. Friese durchgeführt und vom Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung, Berlin, gefördert. Beteiligt am Aufbau dieser Studie waren auch Prof. Dr. med. habil. K.T.M. Schneider von der Abt. Perinatalmedizin der Frauenklinik der Technischen Universität München sowie die Soziologen Dr. M. Meyerfeldt und P. Sopp vom Institut für Soziologie der Universität Rostock. An dieser Studie beteiligten sich 29 Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet. In die Auswertung kamen nur Fälle, wo die Wöchnerinnen und die dazugehörigen Partner eine deutsche Staatsangehörigkeit hatten (Tab. 1).

Tab. 1 Teilnehmende Einrichtungen mit Datenumfang

Einrichtungen	befragte Wöchnerinnen	Staatsangehörigkeit Mutter = „Deutsch“ Vater = „Deutsch“
1. Städtisches Klinikum (Dresden)	286	270
2. Universitätskliniken (Kröllwitz Halle)	266	257
3. Kliniken D. Chr. Eschersleben (Quedlinburg)	39	39
4. Städtisches Krankenhaus (Eisenhüttenstadt)	67	66
5. Spreewaldklinik (Lübben)	49	48
6. Universitätsklinik (Greifswald)	341	324
7. Klinikum Südstadt (Rostock)	135	131
8. Universitätsklinik (Rostock)	229	224
9. Kreiskrankenhaus (Hagenow)	202	196
10. Städtisches Klinikum (Schwerin)	188	182
11. Kreiskrankenhaus (Salzwedel)	177	174
12. Helios-Klinik (Gotha)	102	99
	n = 2.081	n = 2.010
13. Oskar-Ziethen Krankenhaus (Berlin)	523	Berlin 495
14. Klinikum Buch (Berlin)	62	58
15. Klinikum Neukölln (Berlin)	22	17
	n = 607	n = 570
16. Krankenhaus (Reinbek)	45	41
17. Allgem. Krankenhaus Wandsbek (Hamburg)	23	20
18. Albertinen-Krankenhaus (Hamburg)	228	203
19. Krankenhaus (Nienburg)	170	148
20. Marienhospital (Brühl)	31	28
21. Vinzenz-Pallotti-Hospital (Beusberg)	261	229
22. Marienwörth-Krankenhaus (Bad Kreuznach)	45	31
23. Kreiskrankenhaus (Buchen)	317	299
24. Kreiskrankenhaus (Rottweil)	407	359
25. Kreiskrankenhaus Pasing (München)	65	54
26. Technische Universität (München)	198	170
27. Kreiskrankenhaus (Eggenfelden)	432	406
28. Zentralkliniken (Augsburg)	200	174
29. Krankenhaus (Geesthacht)	33	31
	n = 2.455	n = 2.193
Fälle gesamt	5.143	4.773
	87 Fälle ohne Angabe des Ortes 5.143 + 87 = 5.230	79 Fälle ohne Angabe des Ortes 4.773 + 79 = 4.852

Abb. 11 zeigt die Anzahl lebend geborener Kinder (das jetzt geborene Kind mitgezählt) der Wöchnerinnen aus den neuen und alten Bundesländern.

Des Weiteren beziehen sich die vorliegenden Ergebnisse nur auf erstgebärende Wöchnerinnen. Aus den neuen Bundesländern waren es 1.081 Fälle und aus den alten Bundesländern 1.049 Fälle.

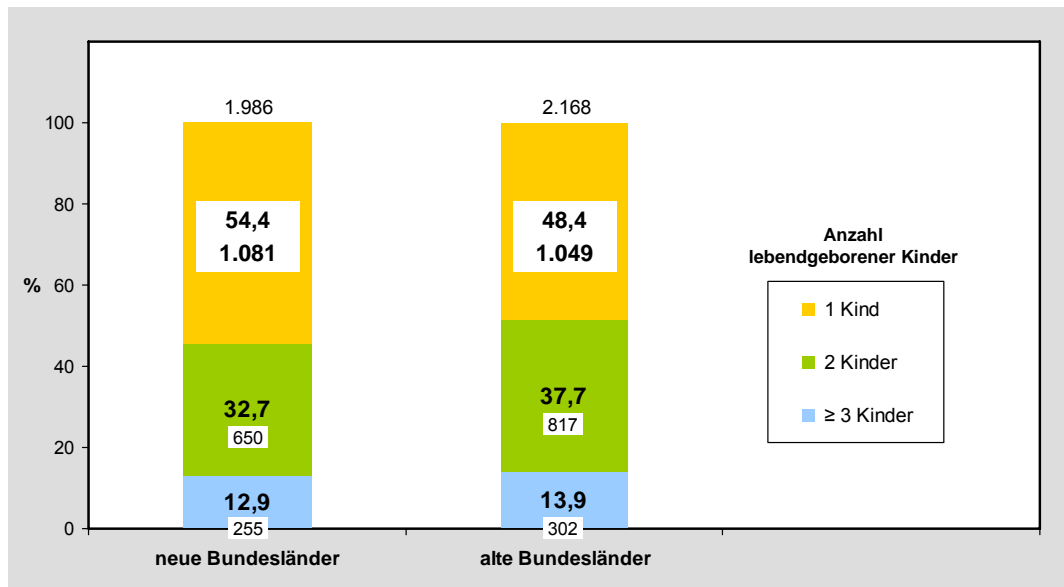


Abb. 11 Anzahl lebend geborener Kinder in den alten und neuen Bundesländern

Folgende Fragen des Erhebungsbogens wurden als Zielgrößen zur Bearbeitung der Thematik herangezogen:

● War das jetzt geborene Kind geplant?

ja

nein

● Gab es eine zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft?

ja

nein

● Wie lange war diese Verzögerung?

weniger als 1 Jahr

bis zu 2 Jahren

bis zu 3 Jahren

länger als 3 Jahre

- Bei einer zeitlichen Verzögerung der Schwangerschaft:
Welche der aufgeführten Gründe treffen voll zu, weitgehend zu, weniger zu und nicht zu?
(Bitte jede Frage beantworten!)

	trifft voll zu	trifft weitgehend zu	trifft weniger zu	trifft nicht zu
Unsicherheit der eigenen Erwerbssituation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beengte Wohnverhältnisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unstimmigkeiten bzw. Unsicherheiten in der Partnerschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unsichere Erwerbssituation des Partners	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzielle/materielle Situation ließ es noch nicht zu	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Partner bzw. ich war noch in Ausbildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fühlte mich noch nicht reif genug	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wollten erst noch unser Leben zu zweit genießen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Wie zufrieden sind Sie heute mit folgenden Bereichen Ihres Lebens?

	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	teils / teil	eher zufrieden	sehr zufrieden
• mit Ihrem Lebensstandard insgesamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit dem Einkommen Ihres Haushaltes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit Ihrer Wohnung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit Ihrer Partnerschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit der staatlichen Unterstützung von Familien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Wie schätzen Sie *allgemein* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

es ist nicht möglich	es ist möglich, aber schwierig	es ist nicht leicht, aber möglich	es ist leicht möglich
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Wie schätzen Sie *für sich persönlich* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

es ist nicht möglich	es ist möglich, aber schwierig	es ist nicht leicht, aber möglich	es ist leicht möglich
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu?
Wenn der Partner ein ausreichend hohes Einkommen erzielt, sollte die Frau auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind?

stimme
überhaupt
nicht zu

stimme
eher
nicht zu

stimme
eher
zu

stimme
voll und ganz
zu

- Die Frage, wer für die Kindererziehung zuständig ist, wird in den einzelnen Partnerschaften unterschiedlich gesehen. Welche der folgenden Aussagen trifft für Ihre Partnerschaft am ehesten zu?

Mein Partner und ich wollen die Kindererziehung
zu gleichen Teilen übernehmen

Die Kindererziehung wird vor allem meine Aufgabe sein

Mein Partner wird sich hauptsächlich
um die Kindererziehung kümmern

- Mit der Geburt eines Kindes verändert sich häufig auch der zeitliche und der finanzielle Spielraum für verschiedene Aktivitäten. In welchen Bereichen denken Sie, dass Sie sich einschränken müssen? (*Mehrere Nennungen sind möglich*)

Sich selbst etwas leisten können (z.B. Kleidung)

Außerhäusliche Aktivitäten
(z.B. Verein, Ehrenämter, kulturelle Veranstaltungen)

Zeit für den Partner

Zeit für sich

Zeit für berufliche Weiterbildung

Treffen mit Freunden und Bekannten

Nach Möglichkeit (wenn die Fallzahlen das zuließen) wurde das Alter der Wöchnerinnen bei der statistischen Auswertung des Datenmaterials berücksichtigt. Damit war es möglich, Aussagen von frühen, mittleren und später Erstgebärenden über ihre Familienplanung, über ihre Lebensverhältnisse und über ihre Lebensauffassungen zu erhalten.

Die EDV-technische Erfassung der Daten wurde von Doktoranden übernommen. Die statistischen Auswertungen erfolgten im Rechenzentrum der Universität Rostock mit dem Programmpaket „SPSS“. Zur Prüfung der Ergebnisse auf Signifikanz wurden der Chi²-Test und der T-Test nach CLAUß *et al.* (1974) bzw. nach KRENTZ (2001) verwendet.

Folgende gebräuchlichen Signifikanzniveaus wurden verwendet:

Irrtumswahrscheinlichkeit p	$\geq 0,05$	$< 0,05$	$< 0,01$	$< 0,001$
Symbol	ns	*	**	***
Bedeutung	nicht signifikant	signifikant	sehr signifikant	hoch signifikant

4 Ergebnisse

4.1 Altersverteilung, berufliche Stellung und Nettoeinkommen der Erstgebärenden

Die Altersverteilung der Erstgebärenden im Vergleich neue zu alte Bundesländer zeigt Abb. 12. Das durchschnittliche Gebäralter der Erstgebärenden in den neuen Bundesländern lag bei 25,6 Jahren und damit um 3,1 Jahre niedriger als bei Erstgebärenden in den alten Bundesländern mit 28,7 Jahren. Der Unterschied ist statistisch hoch signifikant.

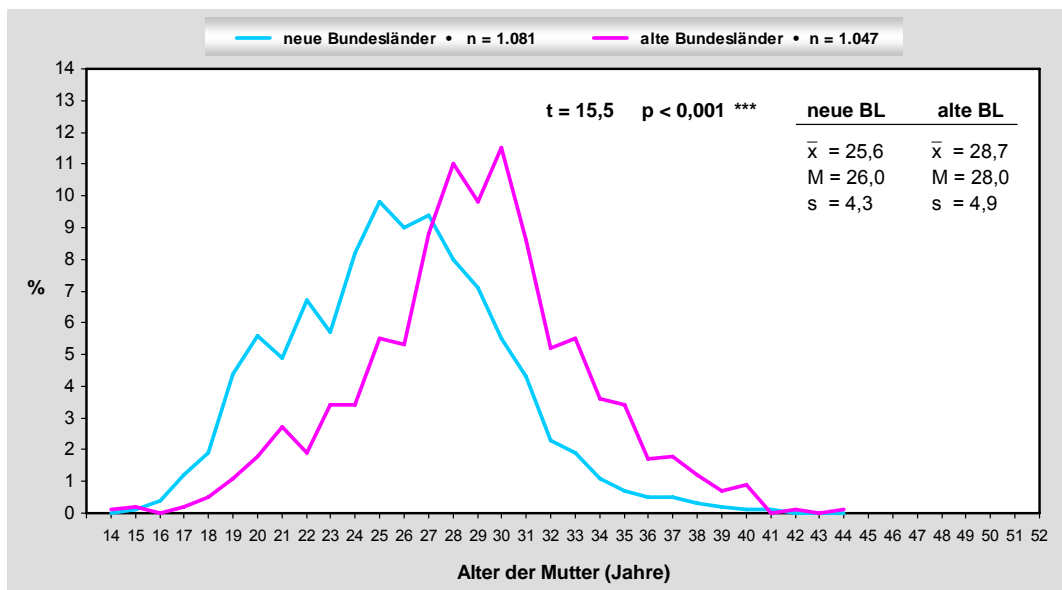


Abb. 12 Altersverteilung der Erstgebärenden

Die berufliche Stellung der Erstgebärenden in den neuen und alten Bundesländern zeigt Abb. 13. Auch hier sind die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern statistisch hoch signifikant. In den neuen Bundesländern finden sich Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit (30,1%) und deutlich mehr gelernte und Facharbeiterinnen (13,9%), noch in Ausbildung befindliche Erstgebärende (13,2%) und einfache Angestellte (16,8%) als in den alten Bundesländern. Hier überwogen die Angestellten mit qualifizierter Tätigkeit (46,6%), Beamtinnen im gehobenen Dienst (2,4%) und im höheren Dienst (1,6%) und auch die Freien Berufe (2,3%).

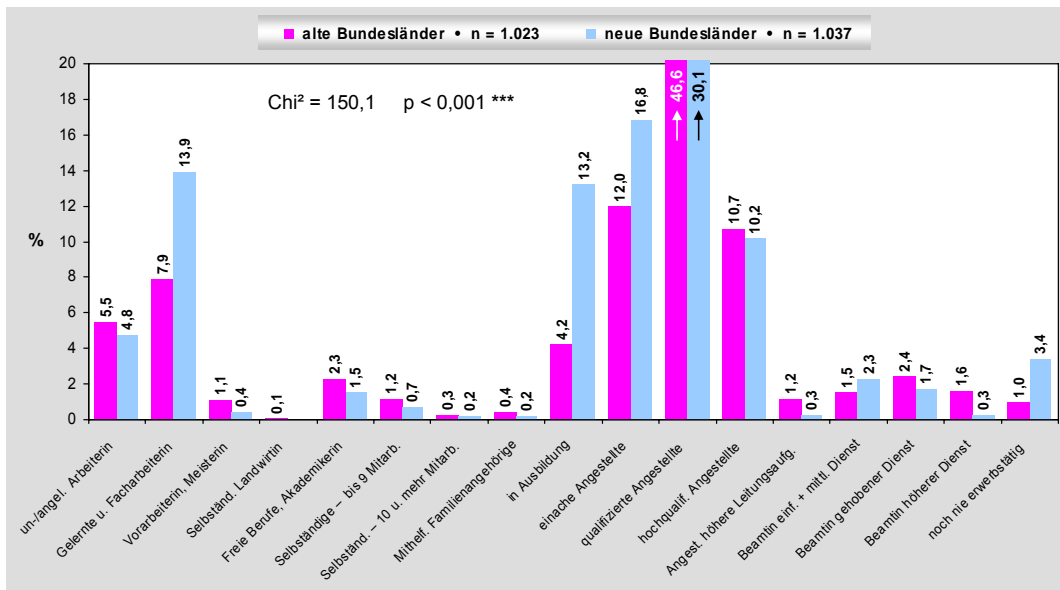


Abb. 13 Berufliche Stellung der Erstgebärenden (gegenwärtige bzw. letzte Beschäftigung)

Über die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens der Erstgebärenden gibt Abb. 14 Auskünfte. Ein Nettoeinkommen von 1.500 € und weniger hatten 56,4% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern waren es nur 28,3% und damit 28,1% weniger als in den neuen Bundesländern. Dafür überwogen bei den hohen und höchsten Nettoeinkommen Erstgebärende aus den alten Bundesländern. Über ein Nettoeinkommen von über 3.250 € verfügten in den alten Bundesländern 7,7% der Erstgebärenden. In den neuen Bundesländern waren es 1,9%. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind statistisch hoch signifikant.

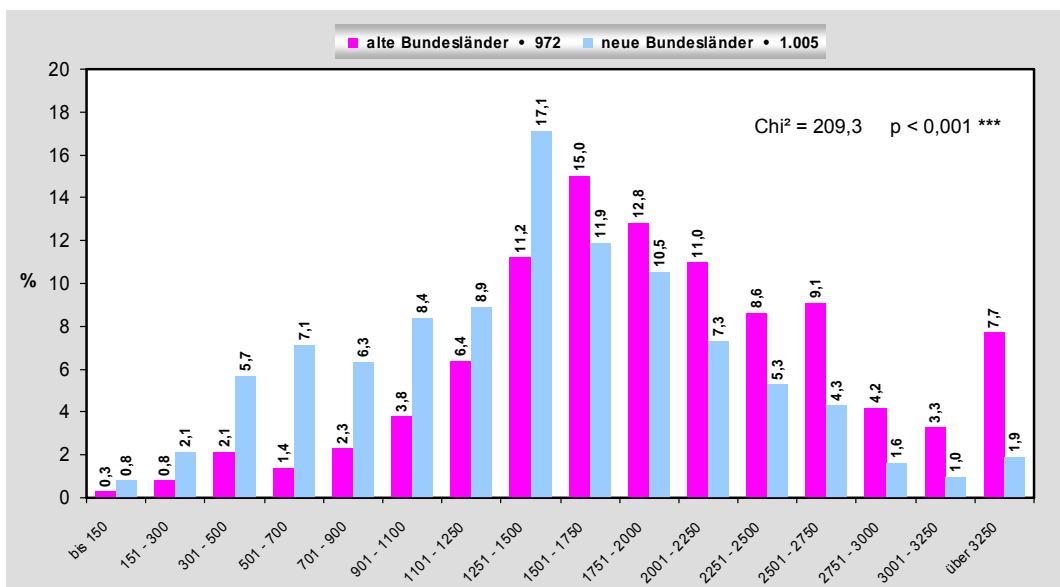


Abb. 14 Monatliches Nettoeinkommen des Haushaltes insgesamt (Summe aller Einkommen, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrig bleibt)

Im Wesentlichen resultierte das Einkommen der Erstgebärenden in den neuen Bundesländern durch Einnahmen aus Lohn/Gehalt (80,7%), Kindergeld (28,8%), Arbeitslosengeld (15,7%), Sozialhilfe (15,4%) und Stipendium/BaföG (4,7%). In den alten Bundesländern lagen die Einnahmen aus Lohn/Gehalt (89,1%), selbständiger Tätigkeit (18,7%), Einkommen aus Vermietung (8,9%) und Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit (7,1%) höher als in den neuen Bundesländern. Deutlich niedriger in den alten Bundesländern waren die Posten beim Arbeitslosengeld bzw. -hilfe (4,2%) und bei der Sozialhilfe und dem Wohngeld (3,7%) [Abb. 15].

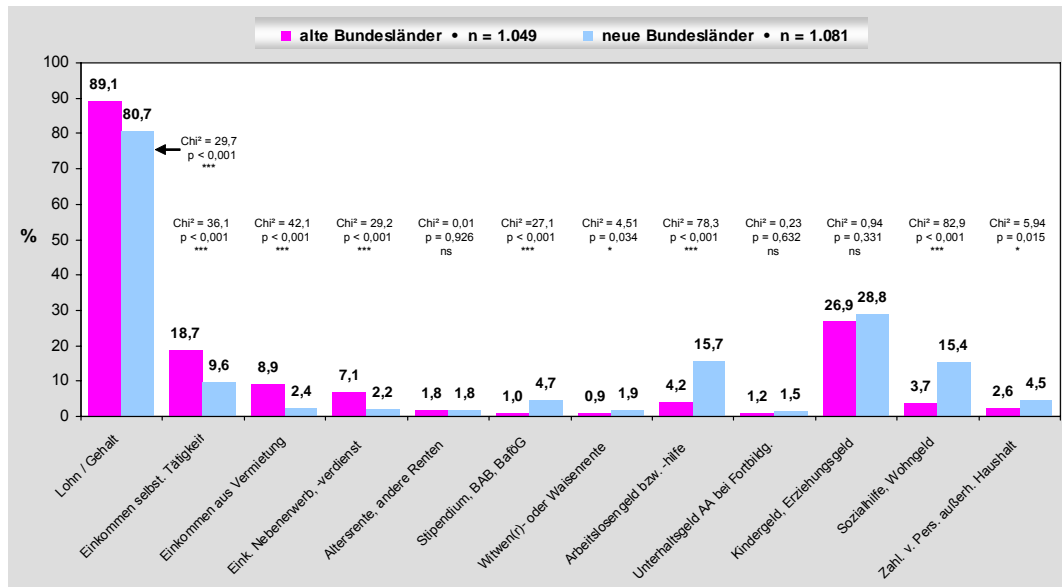


Abb. 15 Verschiedene Einkommensarten aller Personen im Haushalt
(Mehrere Nennungen sind möglich)

4.2 Familienstand und Planung der Schwangerschaft unter Berücksichtigung des Alters und der beruflichen Stellung der Erstgebärenden

Abb. 16 gibt den Familienstand der Erstgebärenden unter Berücksichtigung der neuen und alten Bundesländer an. Danach waren 57,3% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern noch ledig. Nur 40,0% waren verheiratet und lebten mit ihrem Ehepartner auch zusammen. In den alten Bundesländern waren 76,7% der Erstgebärenden schon verheiratet und lebten mit ihrem Partner zusammen. Nur 21,0% gaben an, noch ledig zu sein. Der Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern hinsichtlich eines unterschiedlichen Familienstandes der Erstgebärenden ist statistisch hoch signifikant.

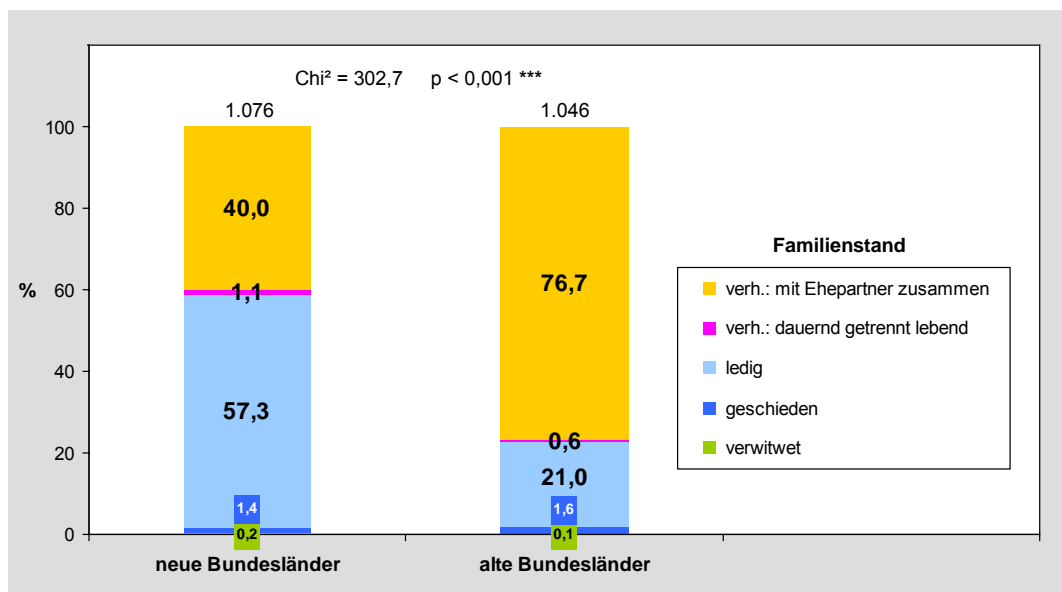


Abb. 16 Familienstand der Erstgebärenden

Den Familienstand unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden gibt Abb. 17 an. In ganz Deutschland erhöhte sich mit zunehmendem Alter der Anteil Erstgebärender, die verheiratet waren und mit ihrem Ehepartner zusammenlebten. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede im Ost-West-Vergleich: In den neuen Bundesländern betrug der Anteil der Erstgebärenden mit 31 Jahren und älter, die verheiratet waren und mit ihrem Ehepartner zusammenlebten, lediglich 59,7%. In den alten Bundesländern waren es mit 79,1% deutlich mehr. Demgegenüber ging der Anteil lediger Erstgebärender mit steigendem Alter stetig zurück. Aber auch 3,9% der Erstgebärenden mit 31 und mehr Jahren aus den neuen Bundesländern und 3,2% aus den alten Bundesländern waren schon geschieden.

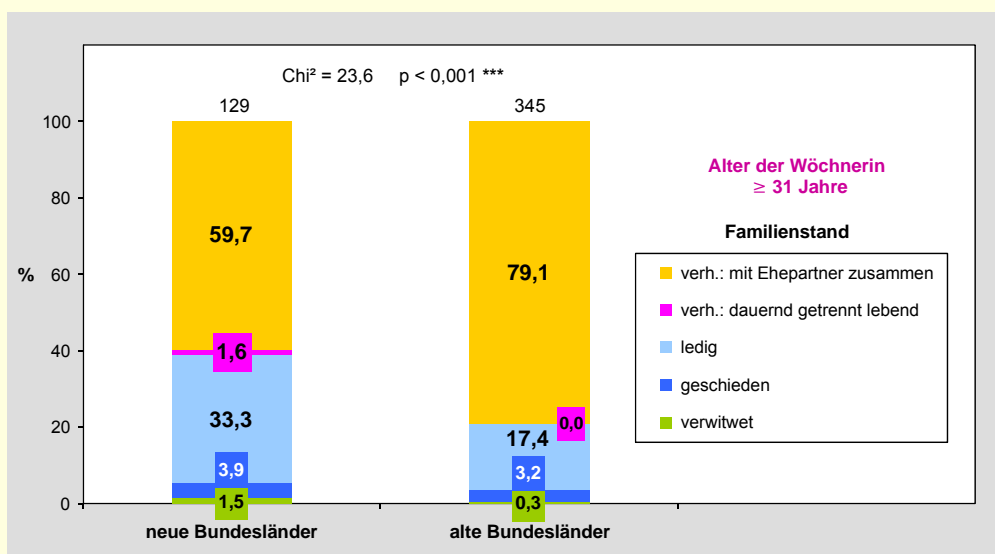
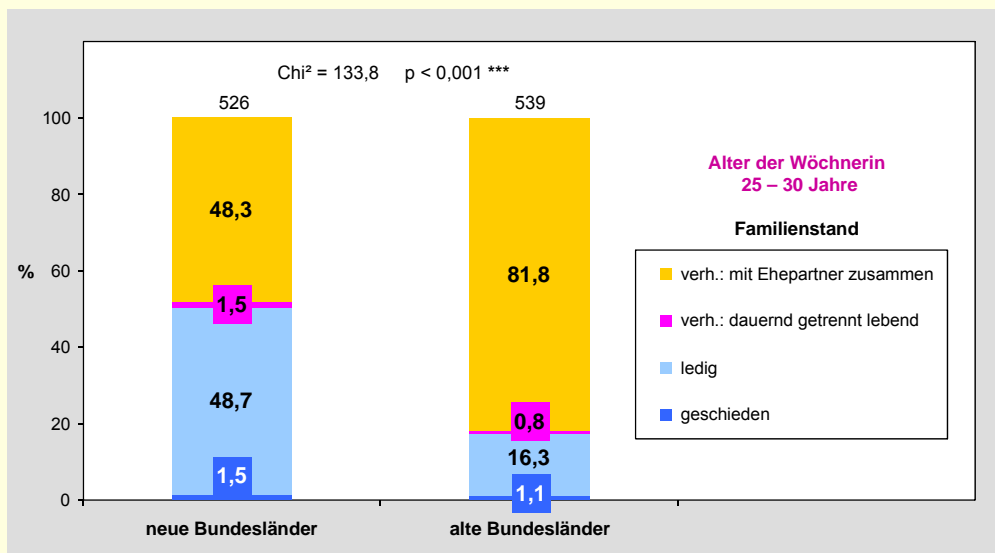
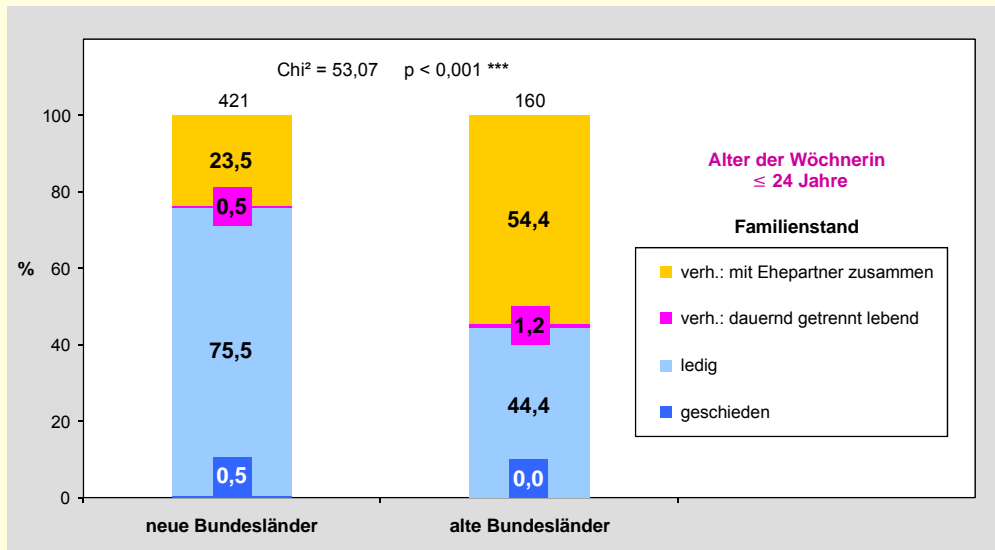


Abb. 17 Familienstand
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Erstgebärenden, die angaben 'ledig' zu sein, wurde die Frage gestellt, ob sie derzeit in einer festen Partnerschaft leben. Das Ergebnis zeigt Abb. 18.

Ca. 90% der Erstgebärenden lebten in einer festen Partnerschaft. Nur etwa 10% verneinten eine feste Partnerschaft. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind nicht signifikant.

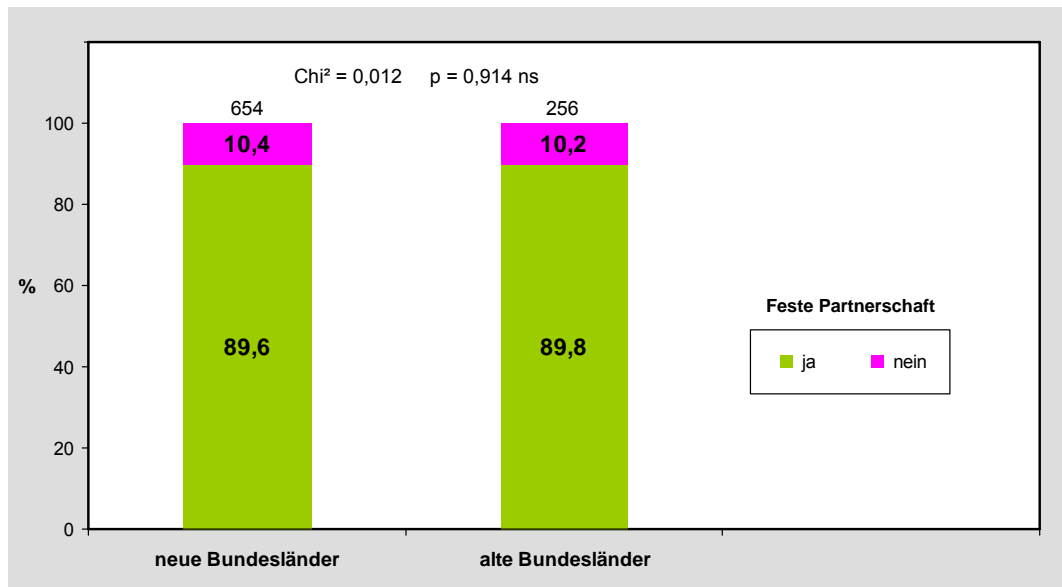


Abb. 18 Leben Sie derzeit in einer festen Partnerschaft?

Unter Berücksichtigung des Alters nahm der Anteil der Erstgebärenden, die in einer festen Partnerschaft lebten, prozentual zu (Abb. 19).

In den alten Bundesländern stieg dieser Anteil von 86,7% bei den relativ frühen Erstgebärenden auf 93,4% an. In den neuen Bundesländern war die gleiche Tendenz vorhanden. Eine Ausnahme machten die späten Erstgebärenden. Hier könnte auch die geringe Fallzahl (n = 51) verantwortlich sein. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind bei allen drei Altersgruppen nicht signifikant.

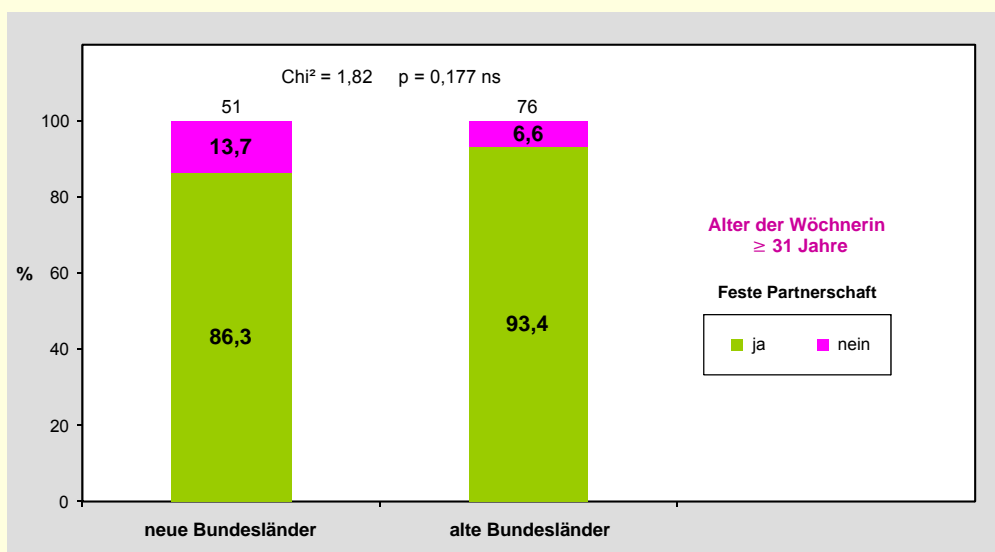
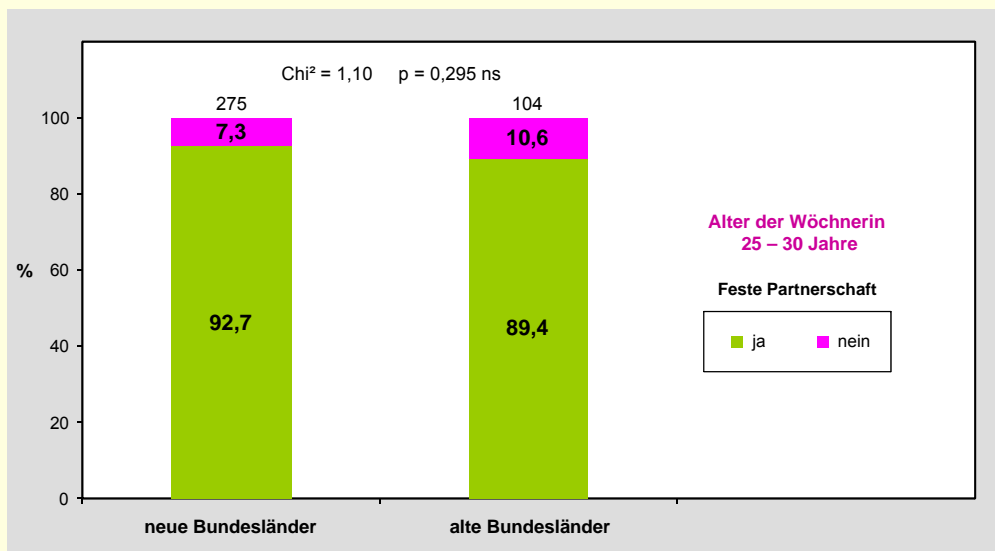
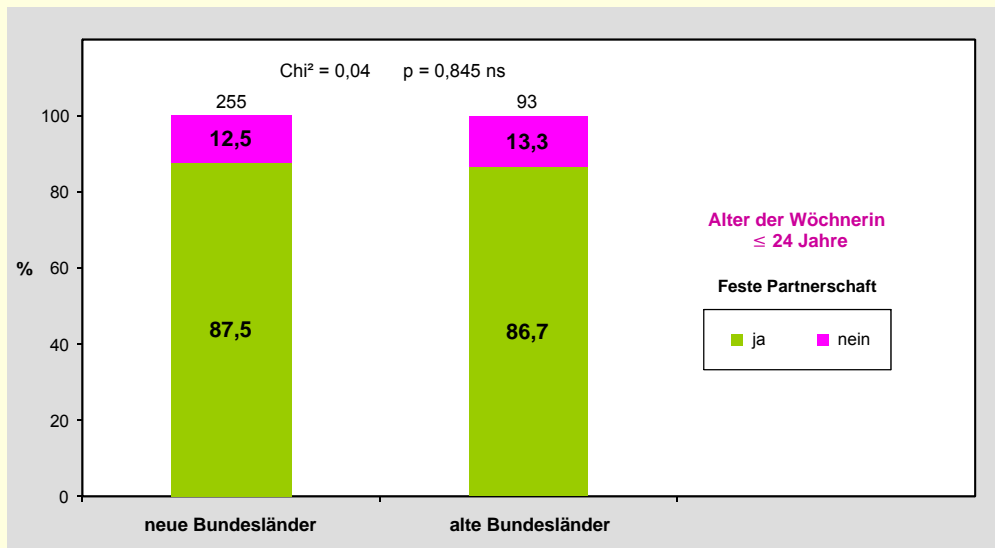


Abb. 19 Leben Sie derzeit in einer festen Partnerschaft?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Auf die Frage: 'War das jetzt geborene Kind geplant?', antworteten 77,1% der Erstgebärenden aus den neuen und 76,0% aus den alten Bundesländern mit 'ja' (Abb. 20). Nur knapp ein Viertel der Befragten verneinten die Planung der Schwangerschaft.

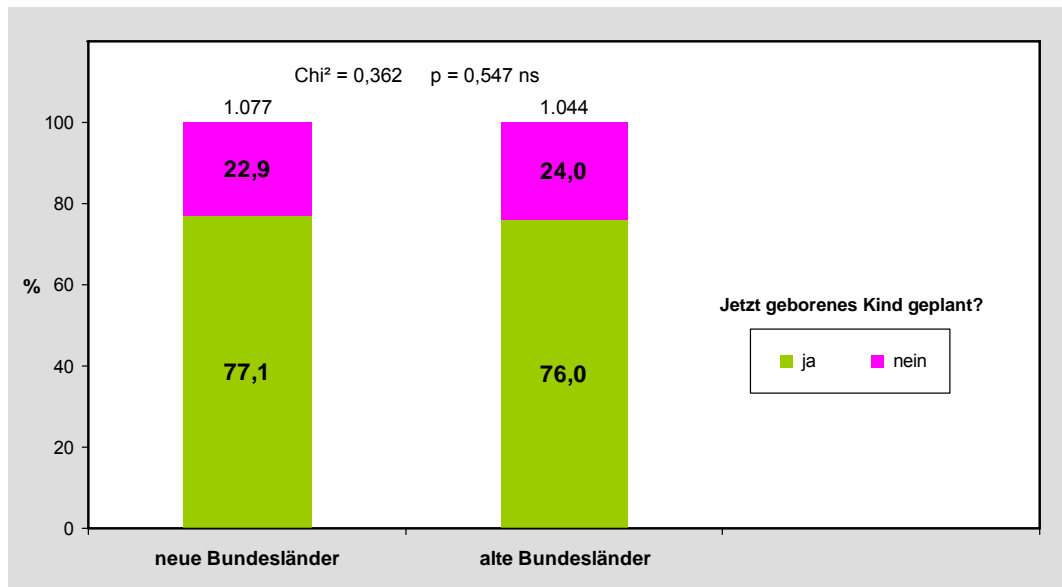


Abb. 20 War das jetzt geborene Kind geplant?

Unter Berücksichtigung des Alters nimmt die Planung des Kindes sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern deutlich zu (Abb. 21).

Erstgebärende bis 30 Jahre aus den neuen Bundesländern bejahten diese Frage aber häufiger als Erstgebärende aus den alten Bundesländern. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern waren in diesen Gruppen sehr signifikant. In den neuen Bundesländern hatten 79,1% der Erstgebärenden, die älter als 31 Jahre waren, das Kind geplant. In den alten Bundesländern waren es noch 3,4% mehr Erstgebärende (82,5%), die das Kind planten.

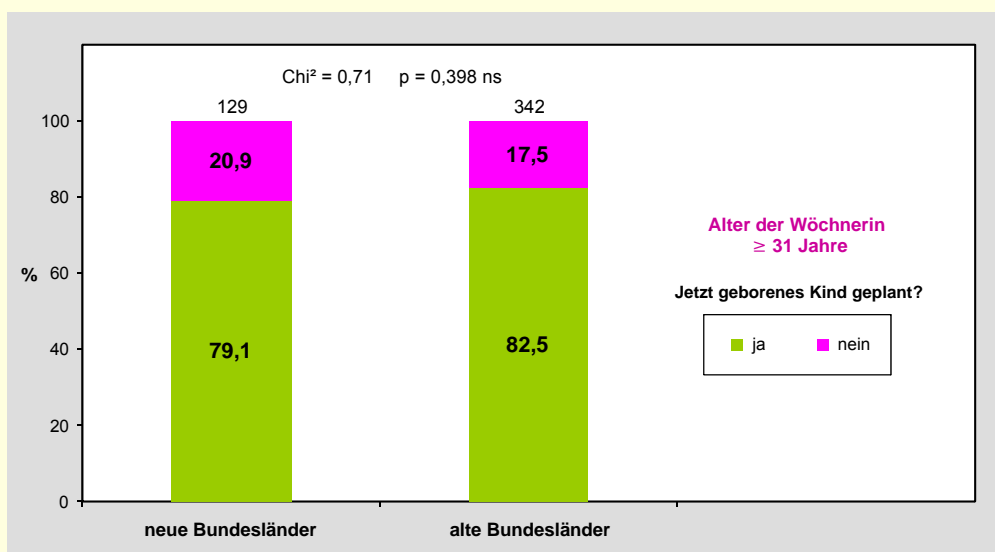
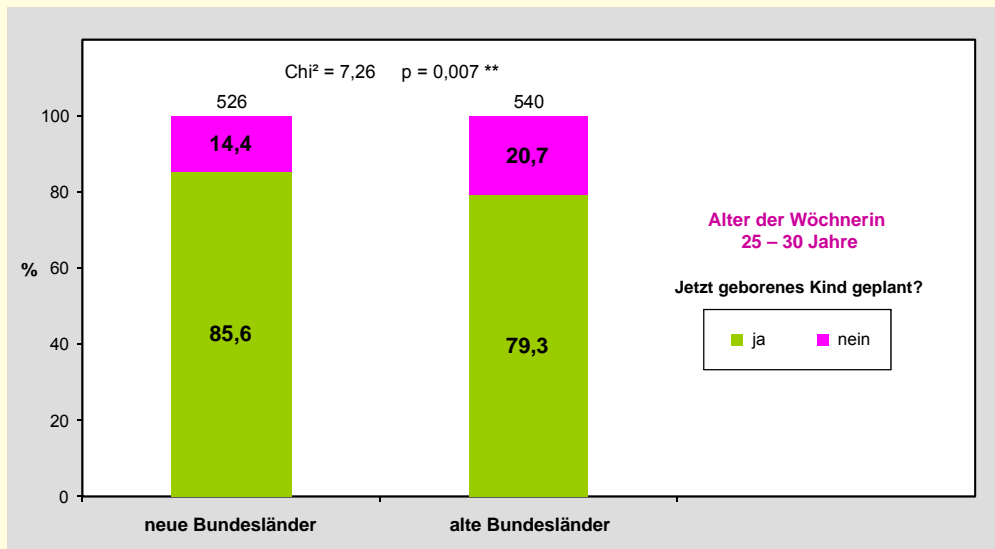
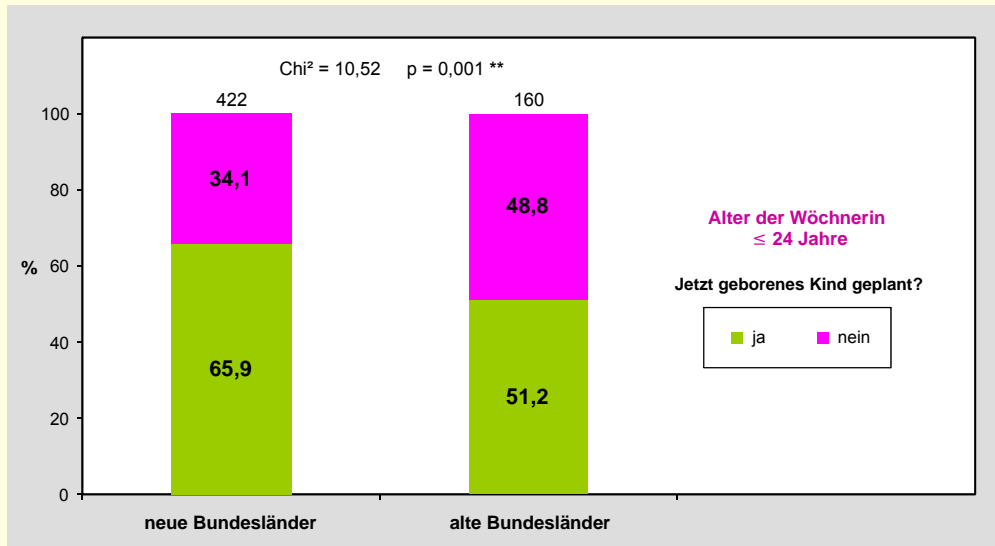


Abb. 21 War das jetzt geborene Kind geplant?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Abb. 22 zeigt die Planung des Kindes unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden an. Obwohl auch hier mehr Erstgebärende aus den neuen Bundesländern eine Planung des Kindes befürworteten, konnte ein Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern nicht als statistisch signifikant ausgewiesen werden. Eine Ausnahme bildeten die hochqualifizierten Angestellten. In den neuen Bundesländern planten 87,7% das Kind; in den alten Bundesländern nur 74,8%. In den neuen Bundesländern bejahten gut 80% diese Frage, unabhängig von ihrer beruflichen Stellung. Wenn überhaupt, planten in den alten Bundesländern eher Erstgebärende mit höherer Qualifikation das Kind.

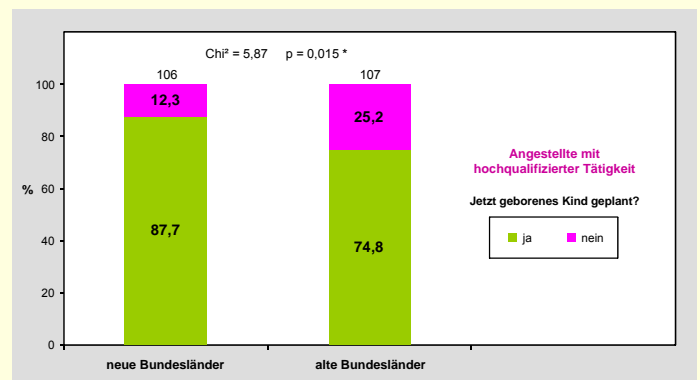
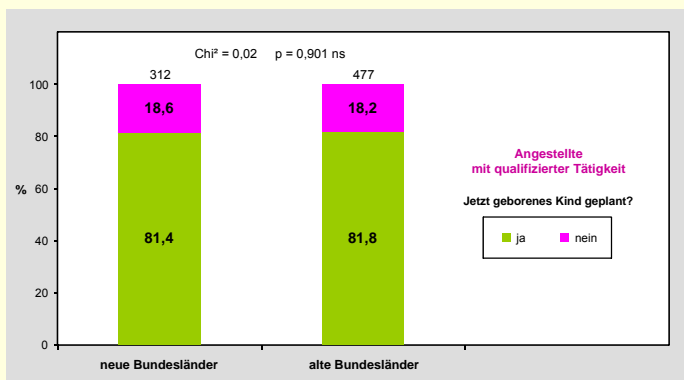
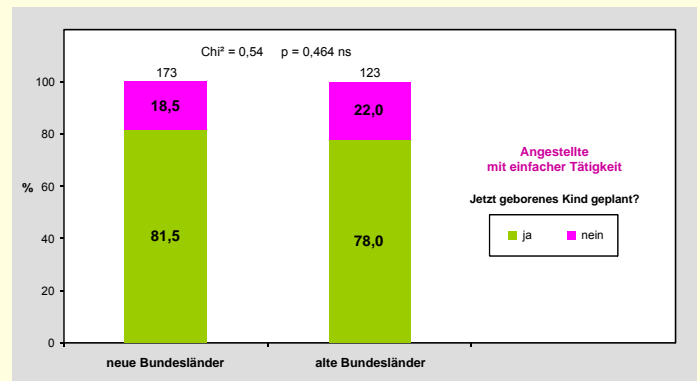
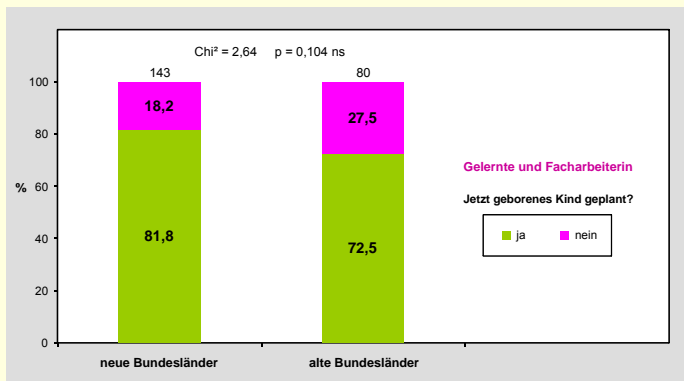
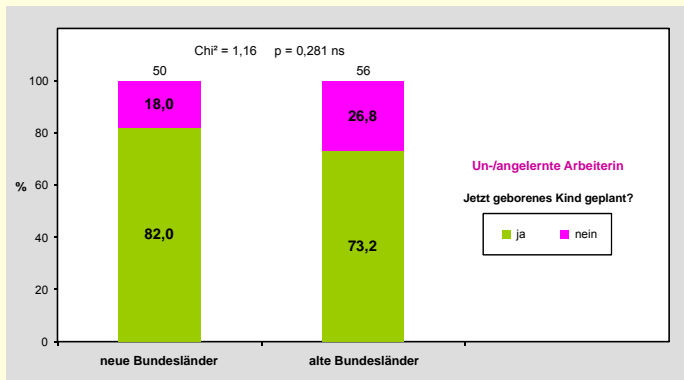


Abb. 22 War das jetzt geborene Kind geplant?
(unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden)

Auf die Frage: 'Gab es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft?', gaben die Erstgebärenden folgende Antworten (Abb. 23):

Rund ein Viertel der Befragten meinten, dass es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft gab. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind nicht signifikant.

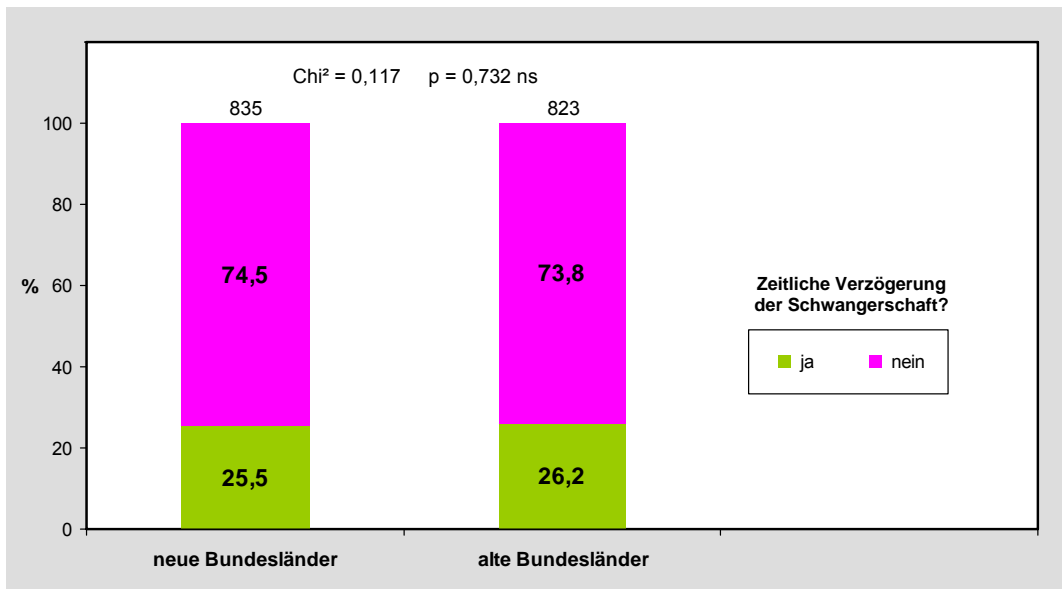


Abb. 23 Gab es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft?

Zieht man das Alter bei der Beantwortung dieser Frage heran, so ergibt sich folgendes Ergebnis (Abb. 24):

Erwartungsgemäß bejahten mit höherem Alter Erstgebärende häufiger eine zeitliche Verzögerung dieser Schwangerschaft als Frauen unter 30 Jahren. Auch meinten relativ junge und vom Alter her mittlere Erstgebärende aus den neuen Bundesländern häufiger, dass es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft gab. Bei den unter 24-jährigen Erstgebärenden waren es im Vergleich zu den alten Bundesländern 3,7% und in der mittleren Altersgruppe sogar 5,4% mehr. Bei den relativ späten Erstgebärenden meinte etwa ein Drittel, dass sie die Schwangerschaft zeitlich verzögert haben. Die Unterschiede sind aber nicht statistisch signifikant.

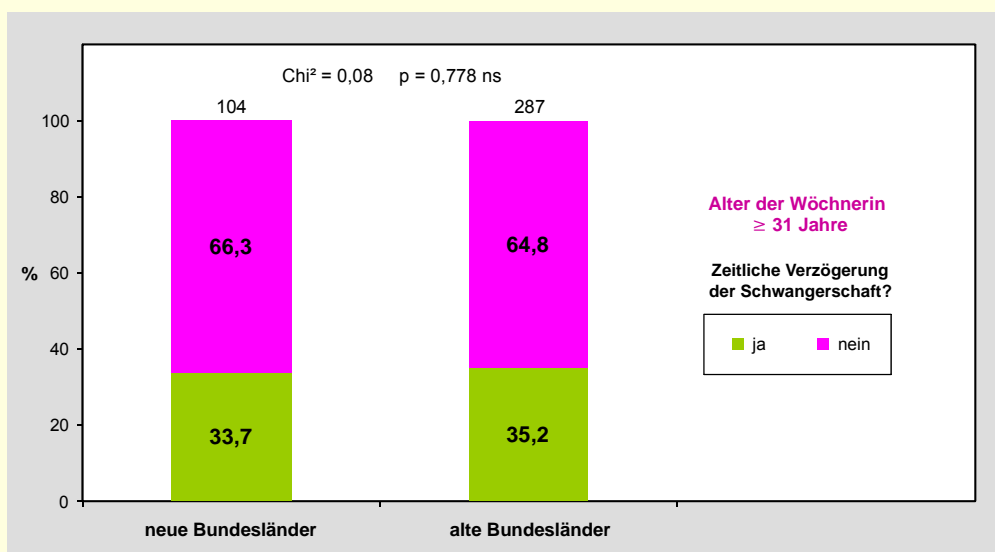
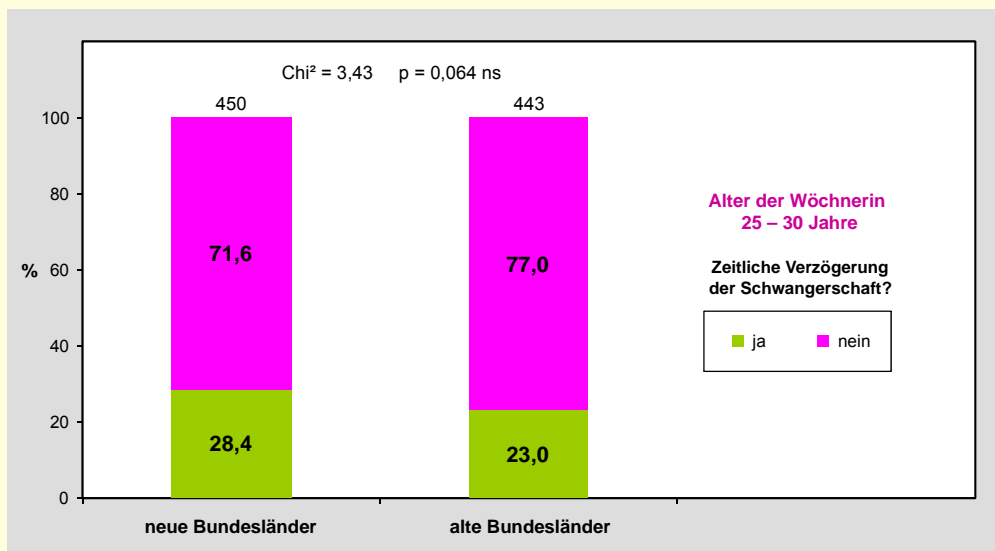
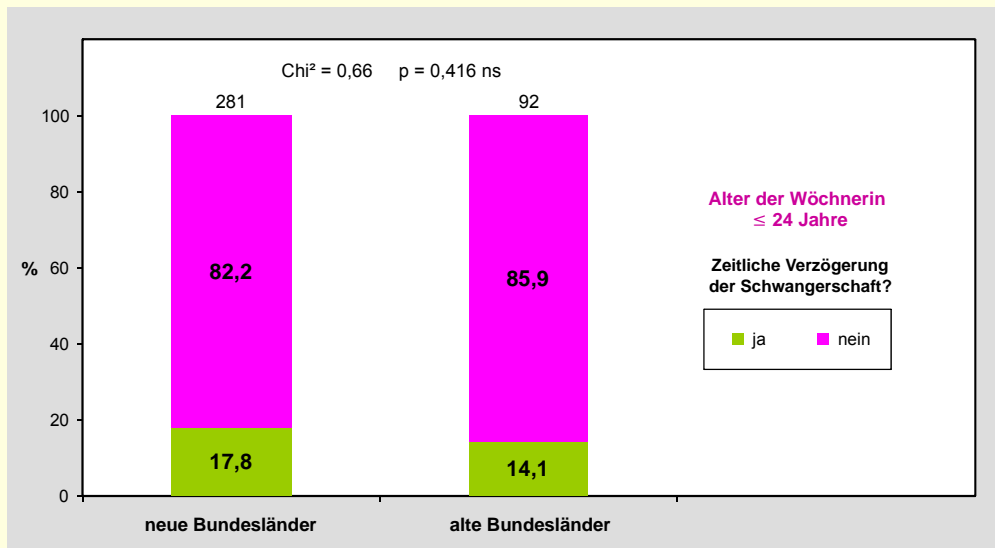


Abb. 24 Gab es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Die Meinung der Erstgebärenden zur zeitlichen Verzögerung unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Stellung zeigt Abb. 25.

Alle Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern konnten nicht als signifikant ausgewiesen werden. Un- und angelernte Arbeiterinnen gaben den höchsten Prozentsatz für eine Verzögerung mit 35,0% (neue Bundesländer) und 32,6% (alte Bundesländer) an, ansonsten lagen die Angaben für eine Verzögerung zwischen 22,3% und 28,3%.

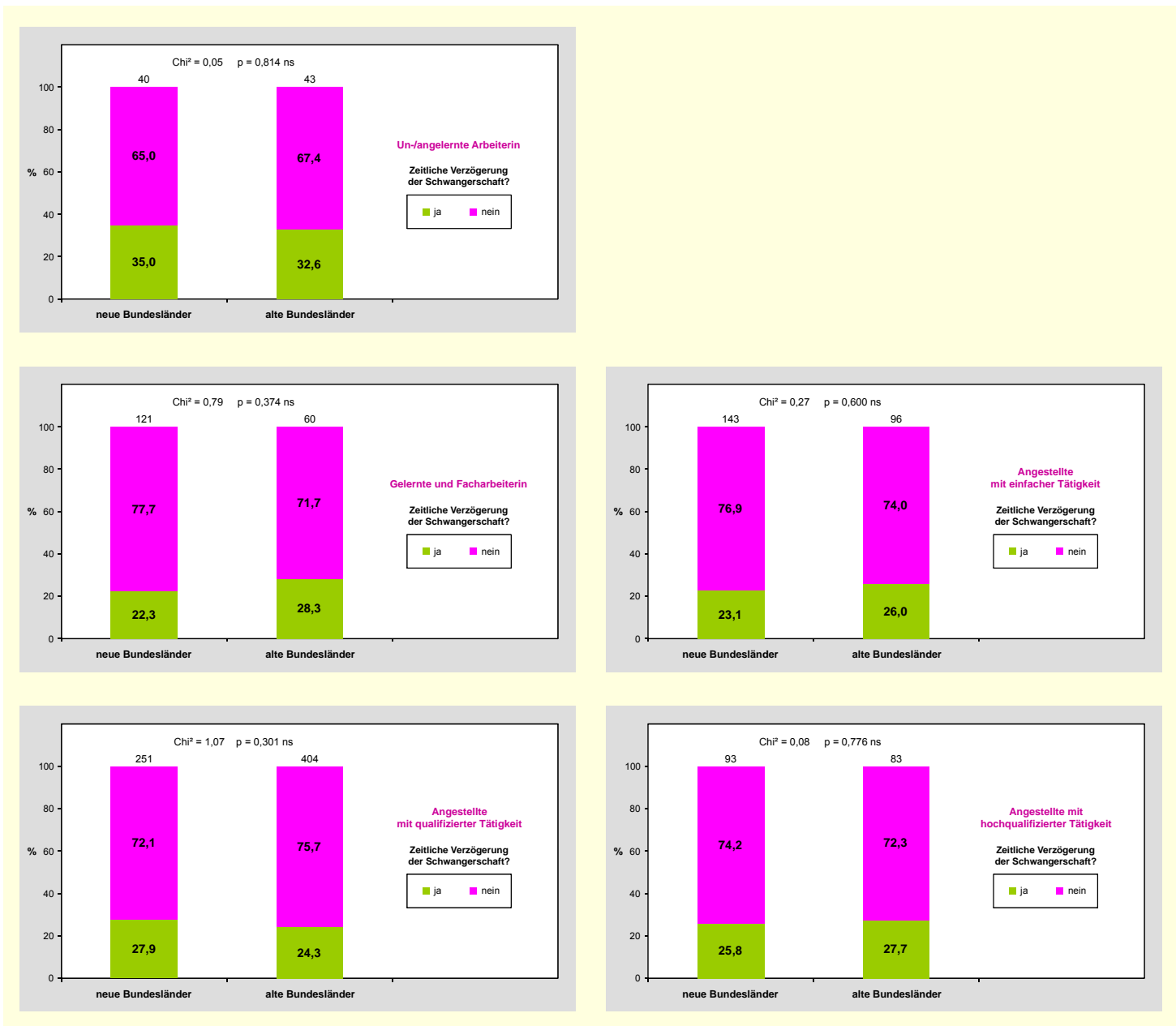


Abb. 25 Gab es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft?
(unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden)

Abb. 26 gibt einen Vergleich in der Länge der zeitlichen Verzögerung bei Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern. Die Unterschiede sind nicht statistisch signifikant. Ca. ein Drittel der Befragten gaben weniger als 1 Jahr bzw. bis zu 2 Jahren an. Gut 20% der Befragten meinte, dass sich diese Schwangerschaft länger als 3 Jahre verzögerte.

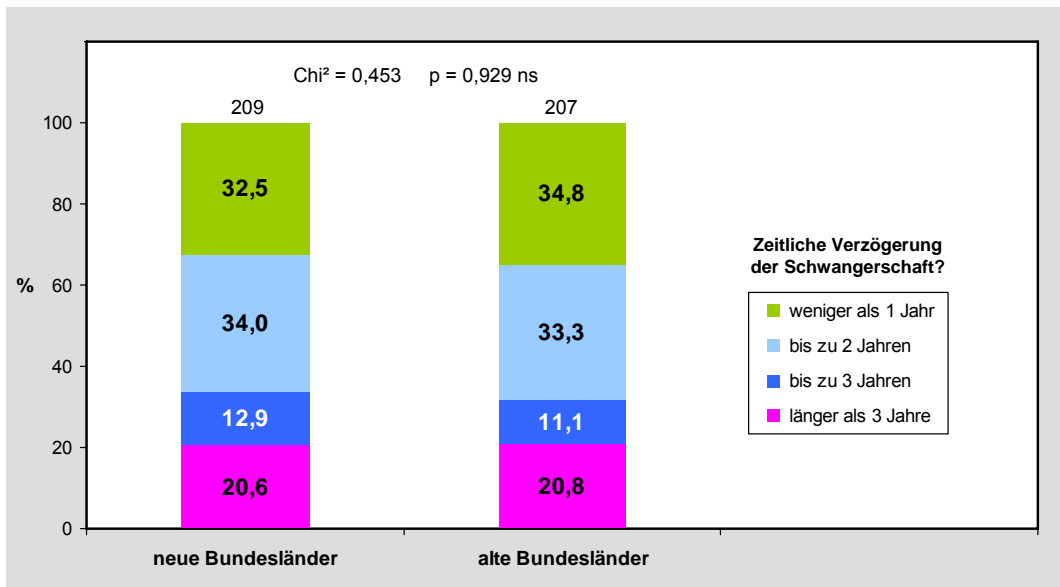


Abb. 26 Wie lange war die Verzögerung der Schwangerschaft?

Unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden ergab sich folgendes Bild (Abb. 27). Mit Zunahme des Alters der Erstgebärenden nahm auch erwartungsgemäß die zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft zu. Waren es nur 6,1% bei den relativ jungen Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern, die länger als 3 Jahre die Schwangerschaft verzögerten, so waren es bei den relativ späten Erstgebärenden mit 33,3% 5,5 mal so viele. In den alten Bundesländern war der Zeitraum einer Verzögerung insgesamt kürzer. Nur 7,7% der relativ jungen Erstgebärenden verzögerte diese Schwangerschaft bis zu 3 Jahren (länger dauerte keine Verzögerung). In der mittleren Altersgruppe waren es mit 13,1% genau 9,7% weniger im Vergleich zu den neuen Bundesländern, die länger als 3 Jahre diese Schwangerschaft verzögerten. Statistisch konnte dieser Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern, auch aufgrund des geringen Datenumfanges, nicht gesichert werden.

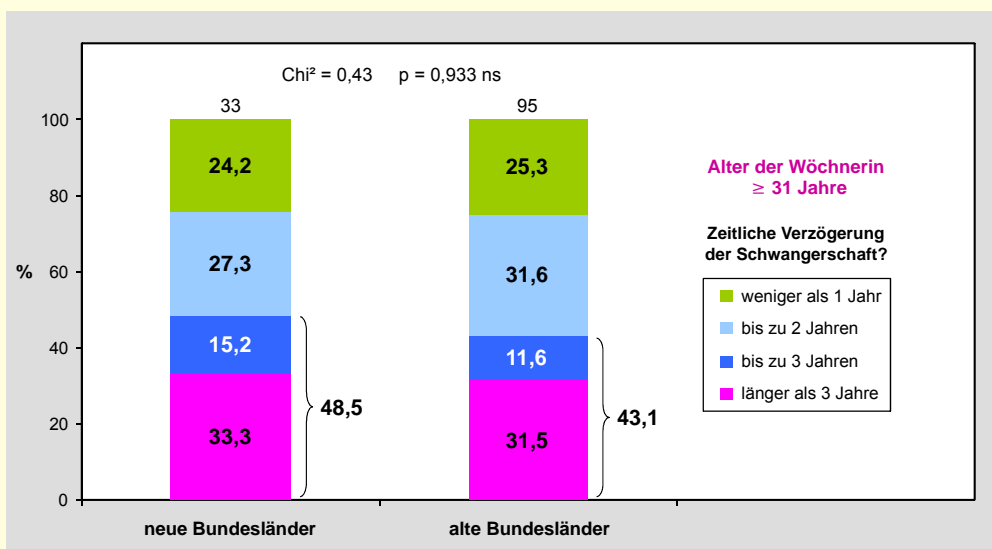
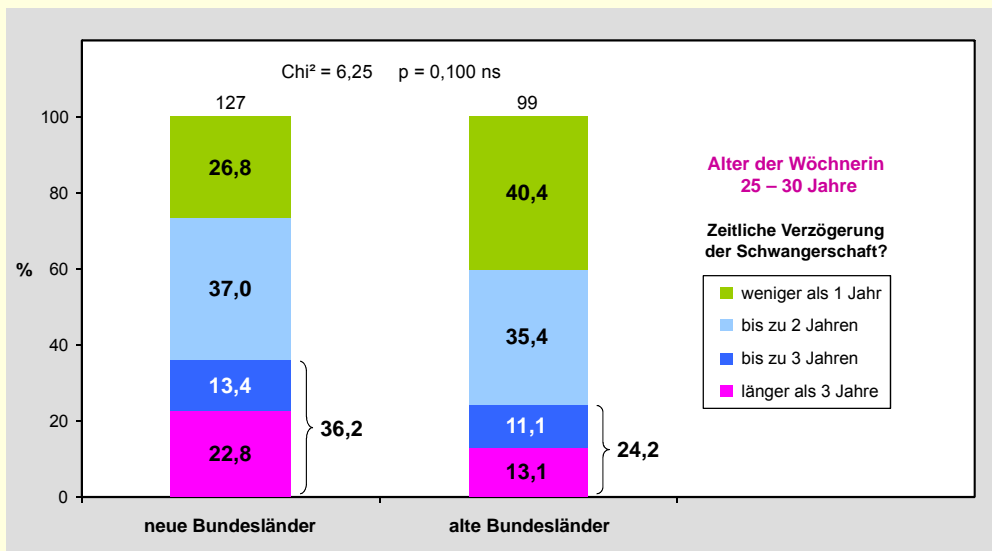
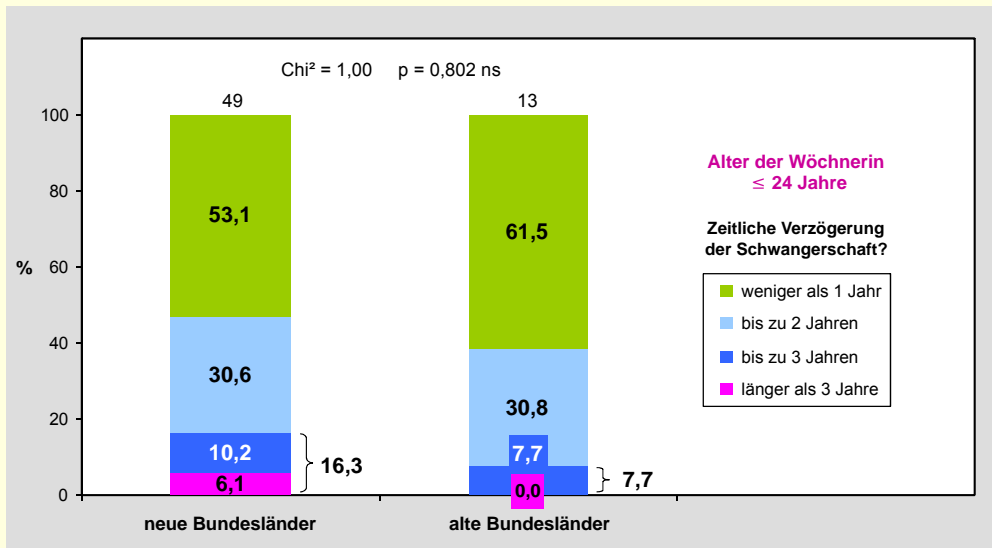


Abb. 27 Wie lange war diese Verzögerung?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Die Beantwortung dieser Frage, unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden, zeigt Abb. 28.

Hierbei zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern. In einigen Gruppen war der Datenumfang für eine Aussage zu gering. Insgesamt zeigte sich aber eine kürzere zeitliche Verzögerung bei niedrigerer Qualifikation der Erstgebärenden. Bei hoch qualifizierten Erstgebärenden lag der Prozentsatz einer längeren Verzögerung (bis zu 3 Jahren und länger) höher. Er betrug bei Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern 54,2% und aus den alten Bundesländern 47,6%.

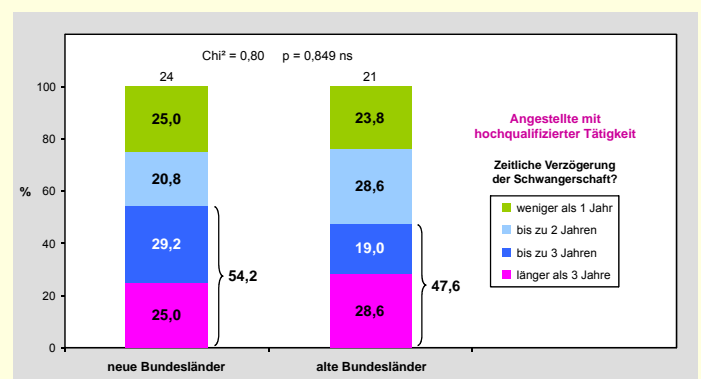
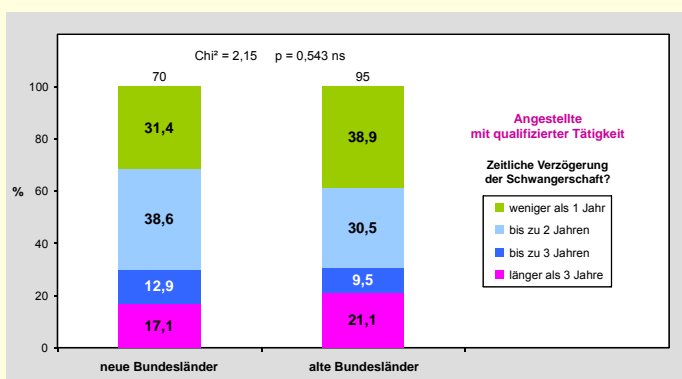
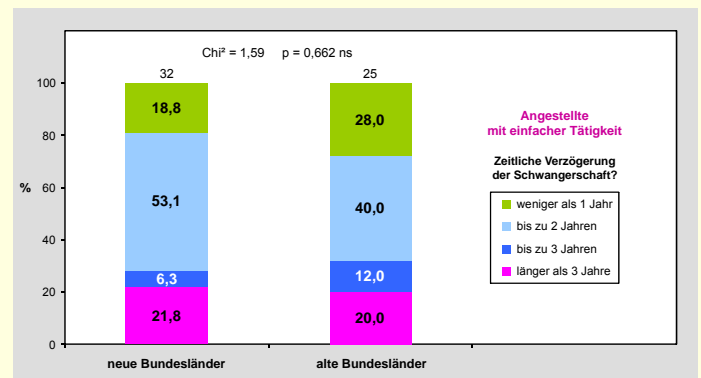
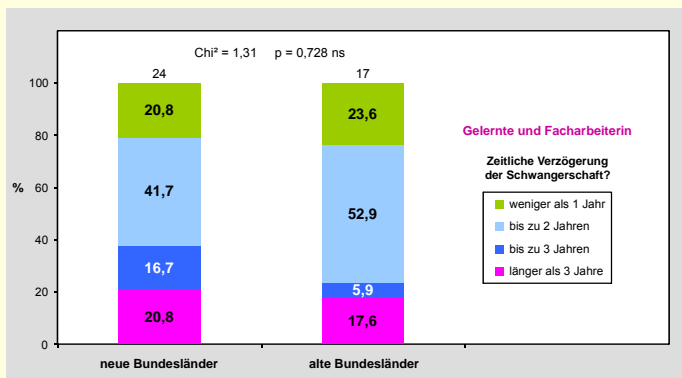
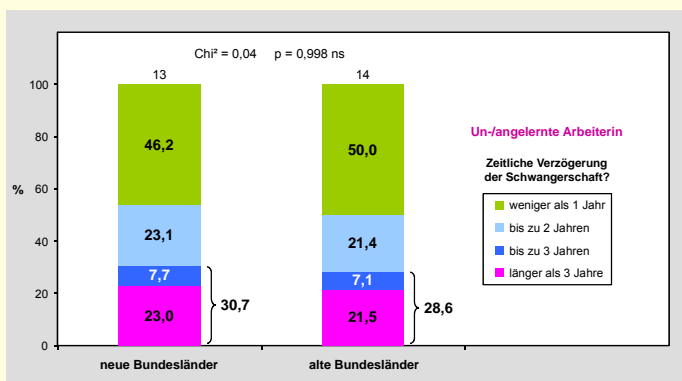


Abb. 28 Wie lange war diese Verzögerung?
(unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden)

4.3 Gründe einer zeitlichen Verzögerung der Schwangerschaft unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Unsicherheit der eigenen Erwerbssituation

Im Weiteren sollen die Gründe einer zeitlichen Verzögerung dieser Schwangerschaft analysiert werden. Abb. 29 gibt an, ob die Unsicherheit der eigenen Erwerbssituation dafür zutreffend war.

Für 29,2% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern traf dies 'voll bzw. weitgehend zu'. In den alten Bundesländern waren es „nur“ 18,3%. Für 70,8% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern und 81,7% aus den alten Bundesländern traf dies 'eher weniger bzw. nicht zu'. Die Unterschiede in der Aussage Erstgebärender zwischen neuen und alten Bundesländern sind hoch signifikant.

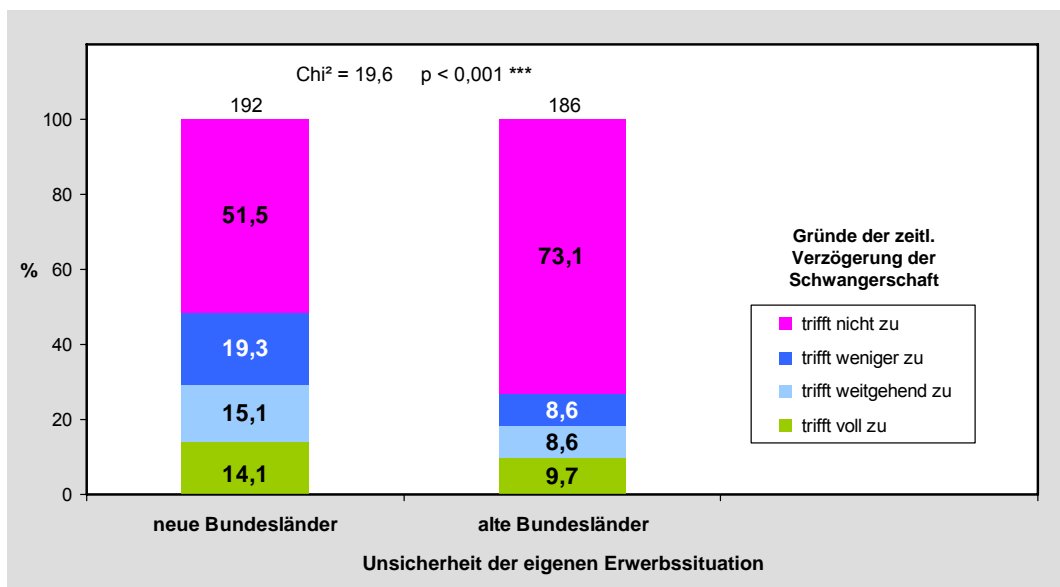


Abb. 29 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Unsicherheit der eigenen Erwerbssituation*

Zieht man das Alter der Erstgebärenden bei der Angabe dieses Grundes heran, so ergibt sich folgendes Bild (Abb. 30):

Bei Erstgebärenden der mittleren Altersgruppe traf diese Aussage in 36,2% für die neuen Bundesländer zu. In den alten Bundesländern waren es mit 14,9% und damit 21,3% weniger Erstgebärende, die diese Frage mit 'trifft zu bzw. trifft weitgehend zu' bejahten. Die Unterschiede sind in dieser Altersgruppe hoch signifikant. Bei den relativ späten Erstgebärenden zeigt sich keine signifikante Differenz in der Beantwortung dieser Frage zwischen neuen und alten Bundesländern. Die Bedeutung dieses Sachverhaltes wurde aber deutlich geringer eingeschätzt als bei jüngeren Erstgebärenden. Eine Interpretation dieser Einschätzung bei den relativ jungen Erstgebärenden ist aufgrund der geringen Fallzahl (n = 14) nicht möglich.

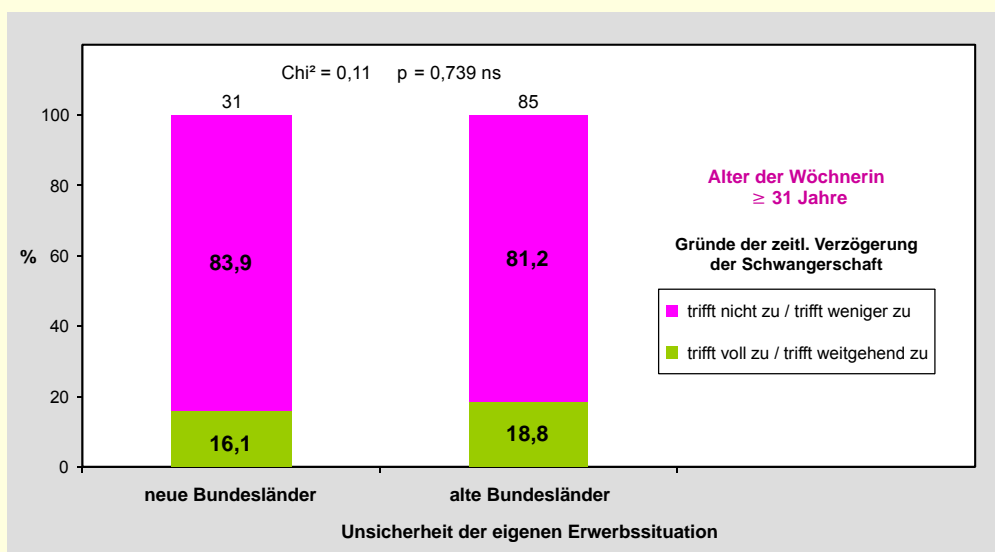
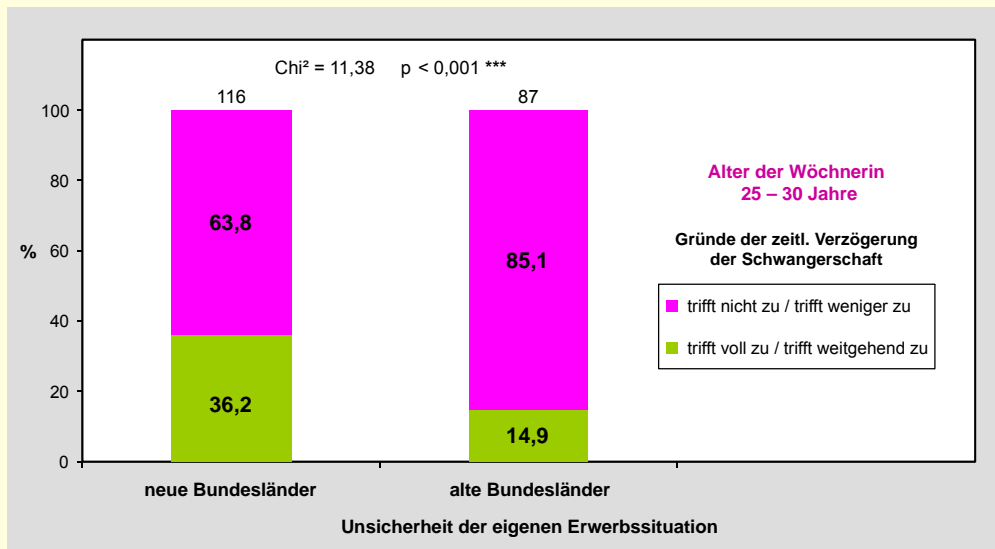
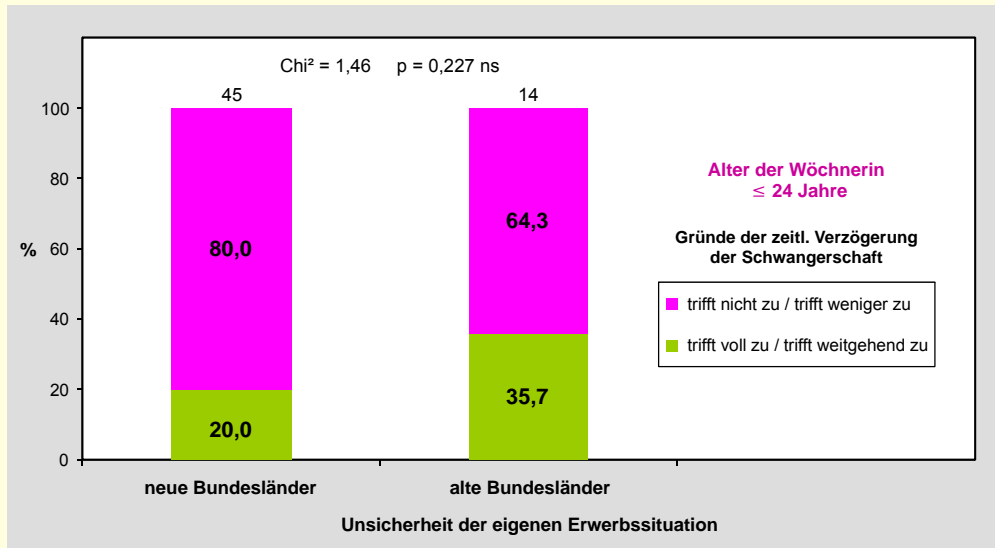


Abb. 30 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Unsicherheit der eigenen Erwerbssituation unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Beengte Wohnverhältnisse

Beengte Wohnverhältnisse gaben 27,0% der Erstgebärenden der neuen Bundesländer als Grund für eine Verzögerung der Schwangerschaft an (Abb. 31). In den alten Bundesländern waren es nur 13,0%. Für 64,1% der Erstgebärenden aus den neuen und 78,3% aus den alten Bundesländern waren beengte Wohnverhältnisse für eine Verzögerung der Schwangerschaft ohne Bedeutung. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind statistisch sehr signifikant.

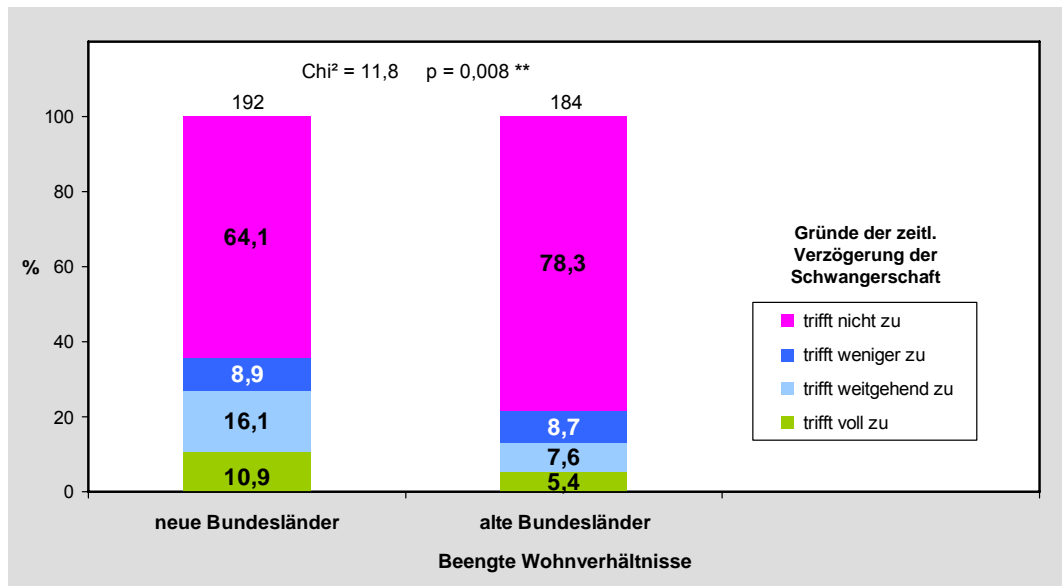


Abb. 31 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Beengte Wohnverhältnisse*

Auch unter Berücksichtigung des Alters zeigten sich die großen Differenzen in der Bewertung dieses Grundes zwischen Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern (Abb. 32). Bei Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern fiel der Prozentsatz 'trifft zu bzw. trifft weitgehend zu' von 34,8% bei den relativ jungen Erstgebärenden auf 21,9% bei den relativ späten Erstgebärenden ab. Bei Erstgebärenden aus den alten Bundesländern lag dieser Prozentsatz bei 12% – 14%. Das Alter spielte für diese Entscheidung keine Rolle.

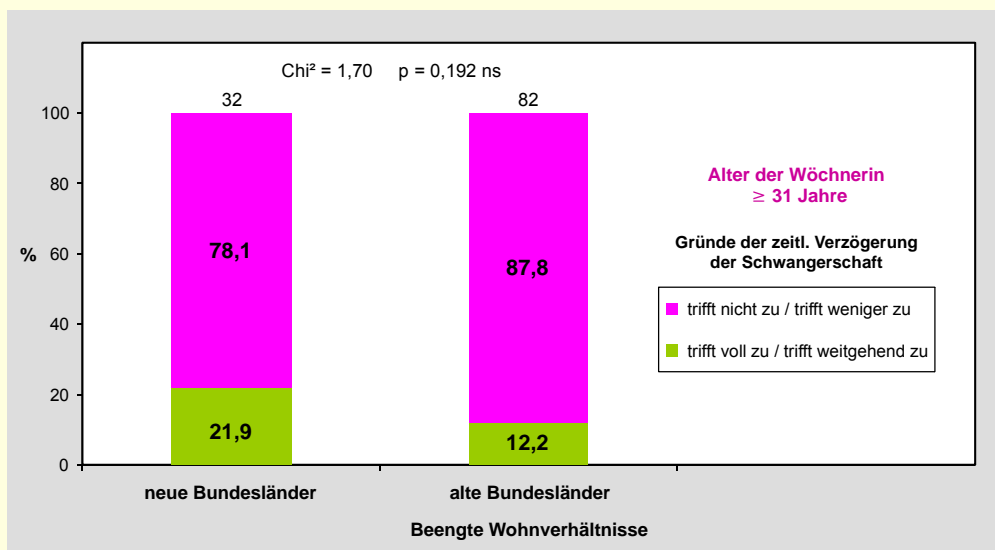
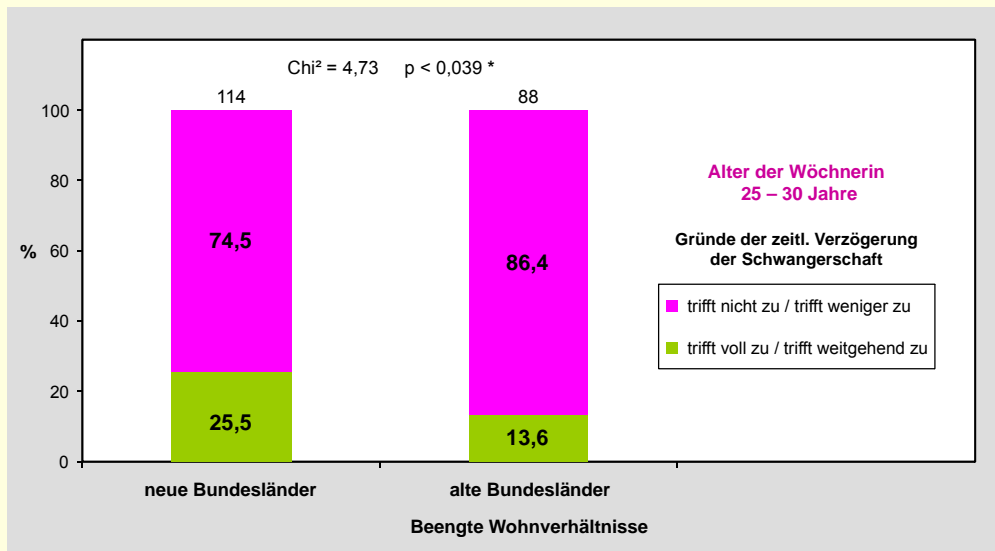
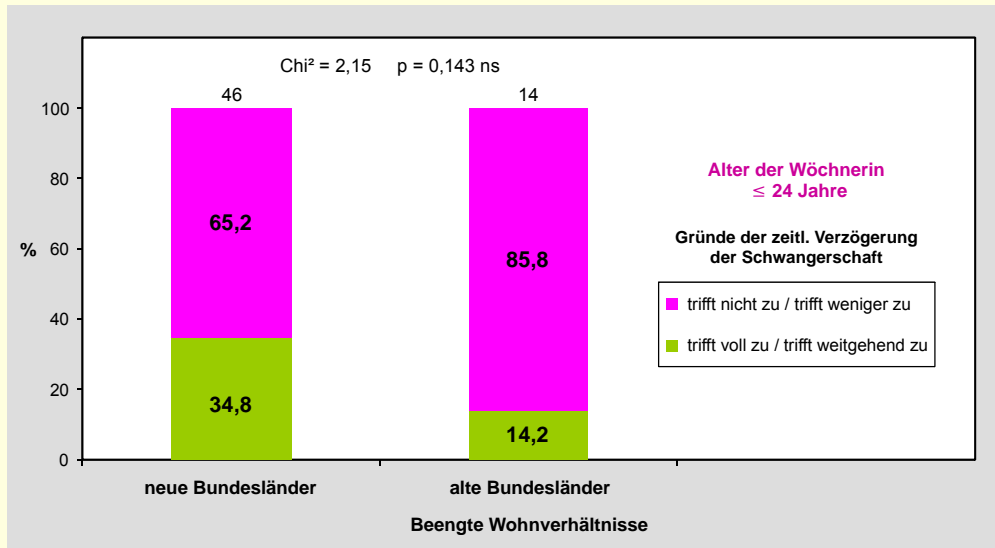


Abb. 32 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Beengte Wohnverhältnisse unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Unstimmigkeiten bzw. Unsicherheiten in der Partnerschaft

Bei dieser Antwortkategorie gab es keine Unterschiede in der Bewertung einer zeitlichen Verzögerung der Schwangerschaft bei Erstgebärenden zwischen neuen und alten Bundesländern (Abb. 33). Die Unterschiede sind nicht signifikant. Für über 90% der Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern traf eine Unstimmigkeit/Unsicherheit in der Partnerschaft als Grund für eine Verzögerung nicht zu. Lediglich 3,8% der Erstgebärenden aus den neuen und 1,6% aus den alten Bundesländern gaben dies als Grund mit 'trifft voll zu' an.

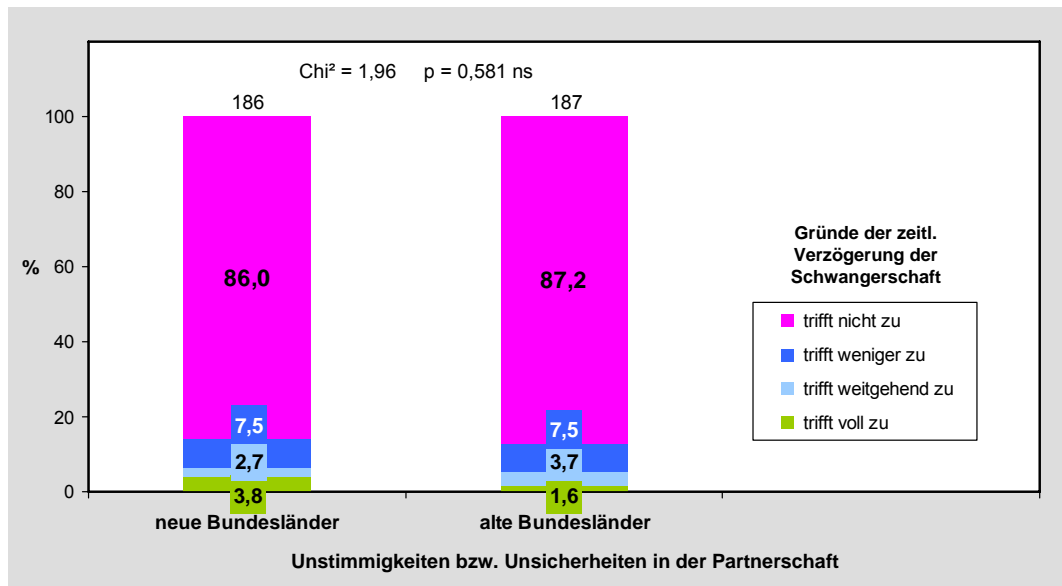


Abb. 33 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Unstimmigkeiten bzw. Unsicherheiten in der Partnerschaft

Bezieht man das Alter der Erstgebärenden in diese Betrachtung mit ein, so ergibt sich folgendes Bild (Abb. 34):

In den neuen Bundesländern nahmen mit steigendem Alter die Unstimmigkeiten/Unsicherheiten in der Partnerschaft als Grund für eine Verzögerung der Schwangerschaft eher ab (von 9,1% auf 6,5%). Dem gegenüber nahm die Unsicherheit in den alten Bundesländern zu (von 0% auf 5,9%). Die Unterschiede in der Bewertung zwischen neuen und alten Bundesländern sind jedoch statistisch nicht signifikant.

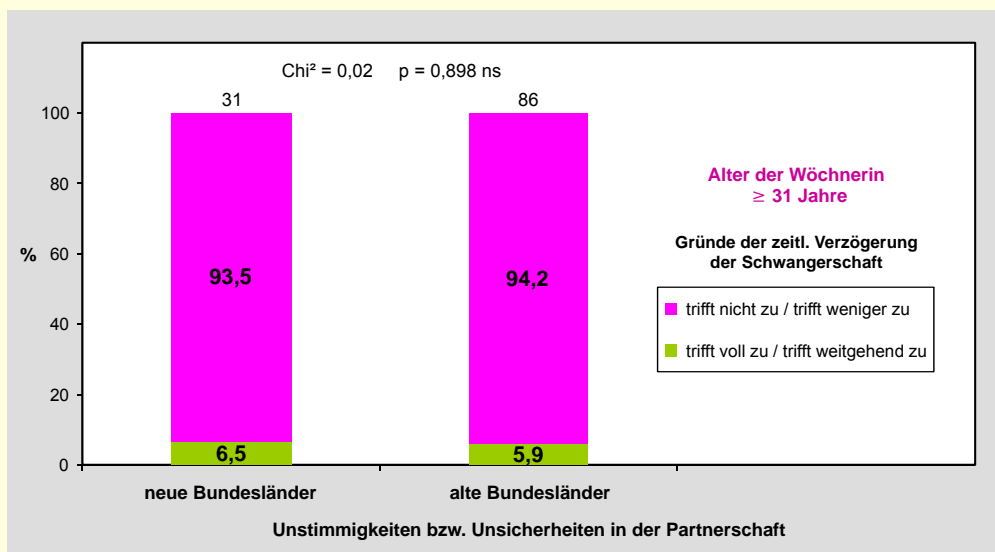
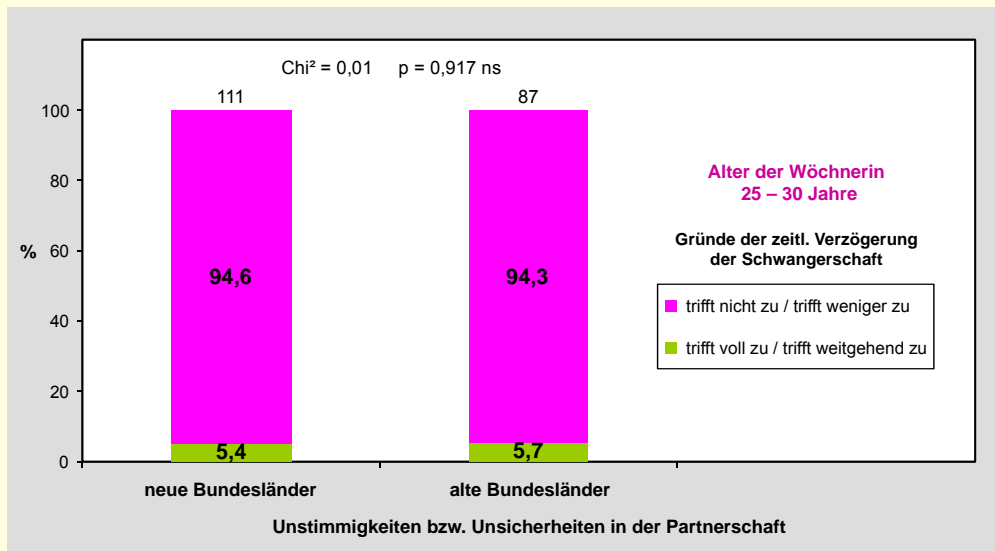
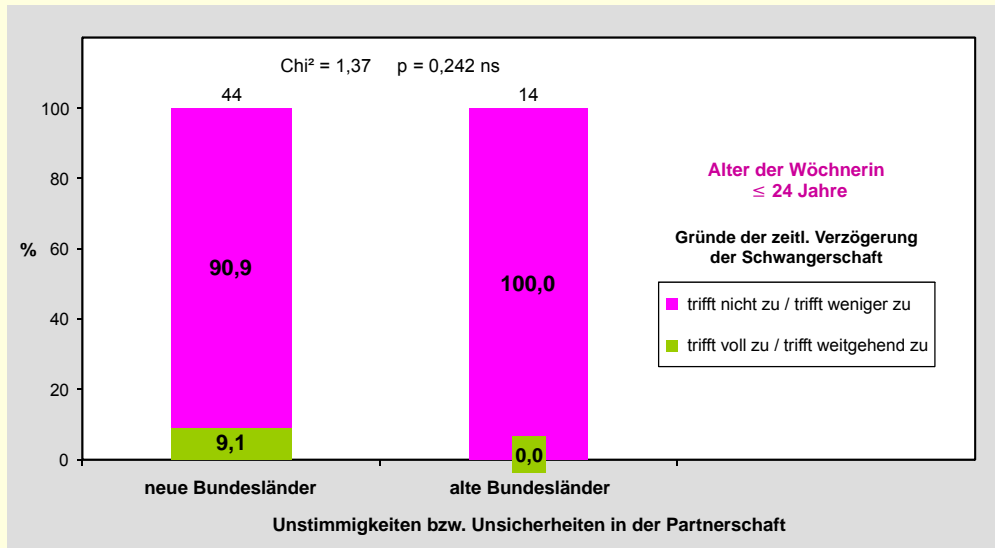


Abb. 34 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Unstimmigkeiten bzw. Unsicherheiten in der Partnerschaft unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Unsichere Erwerbssituation des Partners

Eine unsichere Erwerbssituation des Partners spielte in den neuen Bundesländern für eine Verzögerung der Schwangerschaft eine größere Rolle als in den alten Bundesländern (Abb. 35).

22,0% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern gaben dies als Grund mit 'trifft voll zu' an. In den alten Bundesländern waren es mit 12,9% deutlich weniger. Für 64,9% der Erstgebärenden aus den neuen und 83,3% aus den alten Bundesländern traf aber eine unsichere Erwerbssituation des Partners nicht als Grund für eine Verzögerung zu. Die Unterschiede in der Bewertung dieses Grundes sind im Vergleich der neuen mit den alten Bundesländern statistisch hoch signifikant.

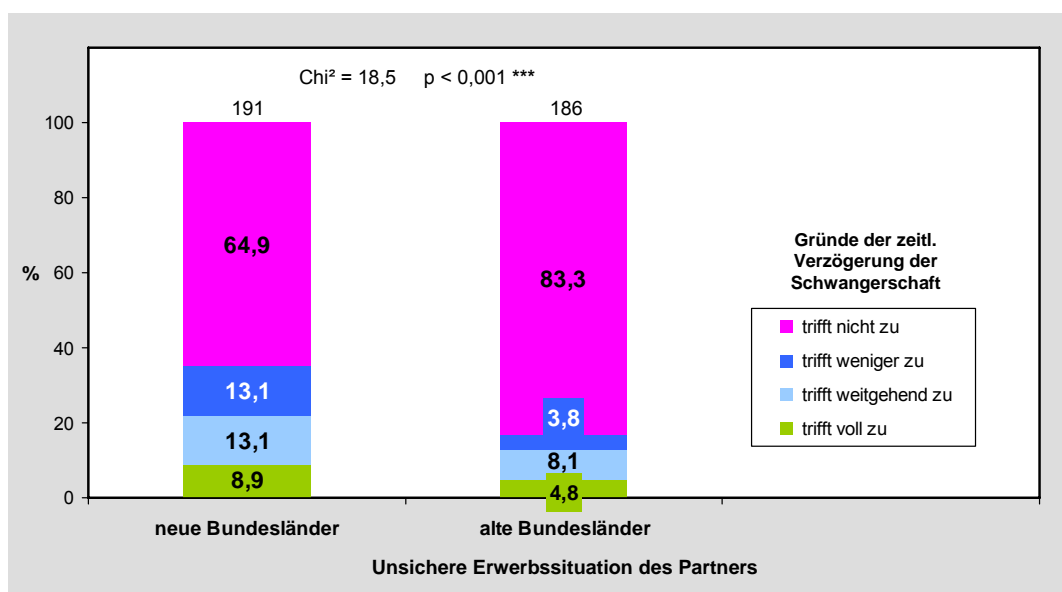


Abb. 35 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Unsichere Erwerbssituation des Partners*

Unter Berücksichtigung des Alters verlor dieser Grund für die Erstgebärenden an Bedeutung (Abb. 36).

Bei den relativ späten Erstgebärenden sagten nur noch 16,1% der Erstgebärenden aus den neuen und 11,9% aus den alten Bundesländern, dass dieser Grund 'voll zutrifft bzw. weitgehend zutrifft'. Bei den relativ jungen Erstgebärenden waren es mit 23,9% (neue Bundesländer) und 28,6% (alte Bundesländer) noch deutlich mehr.

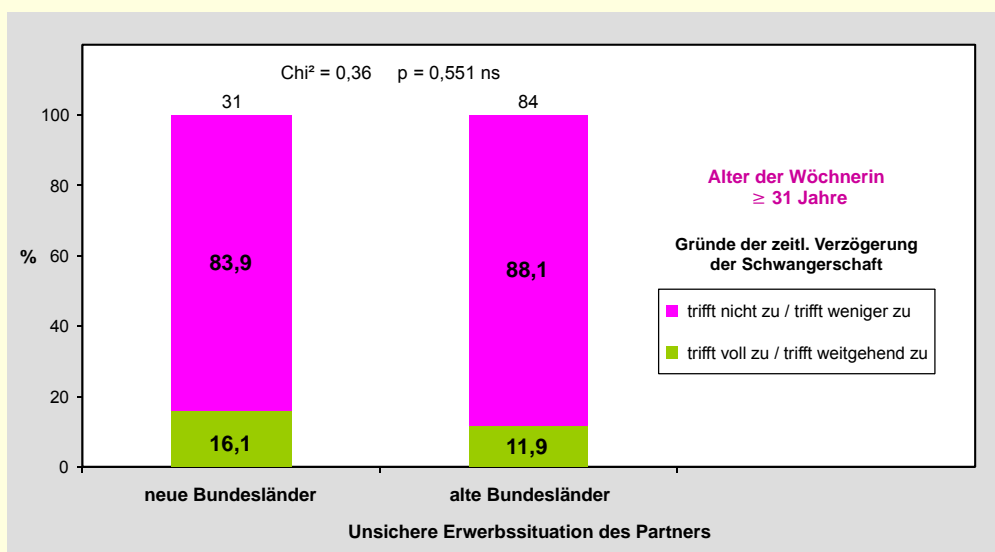
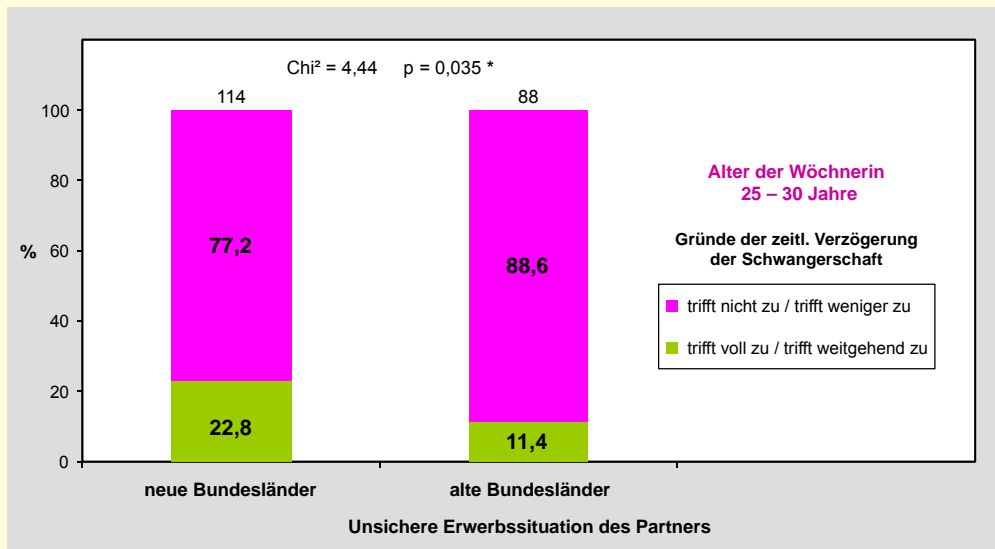
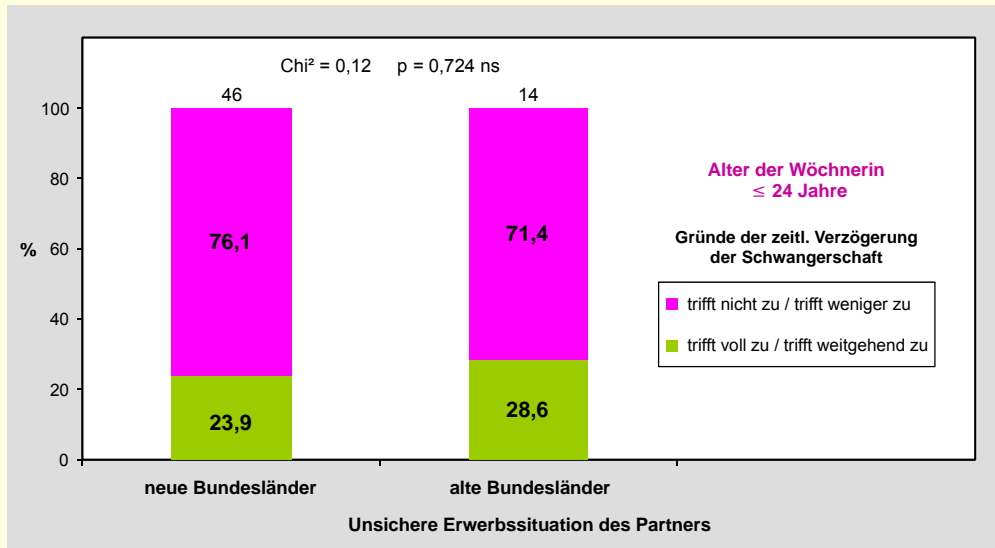


Abb. 36 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
 Unsichere Erwerbssituation des Partners unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Finanzielle / materielle Situation ließ es noch nicht zu

Mit 70,8% sagten deutlich mehr Erstgebärende aus den alten Bundesländern, dass dieser Grund für eine zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft nicht zutrifft (Abb. 37).

In den neuen Bundesländern waren es mit 51,3% deutlich weniger. Aber auch 22,5% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern meinten, dass es 'weniger zutrifft', dass es die finanzielle und materielle Situation noch nicht zuließ. In den neuen Bundesländern traf dies für 26,2% 'voll zu bzw. weitgehend zu'. In den alten Bundesländern waren es 21,8%. Die Unterschiede in der Bewertung dieses Grundes durch die Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern sind hoch signifikant.

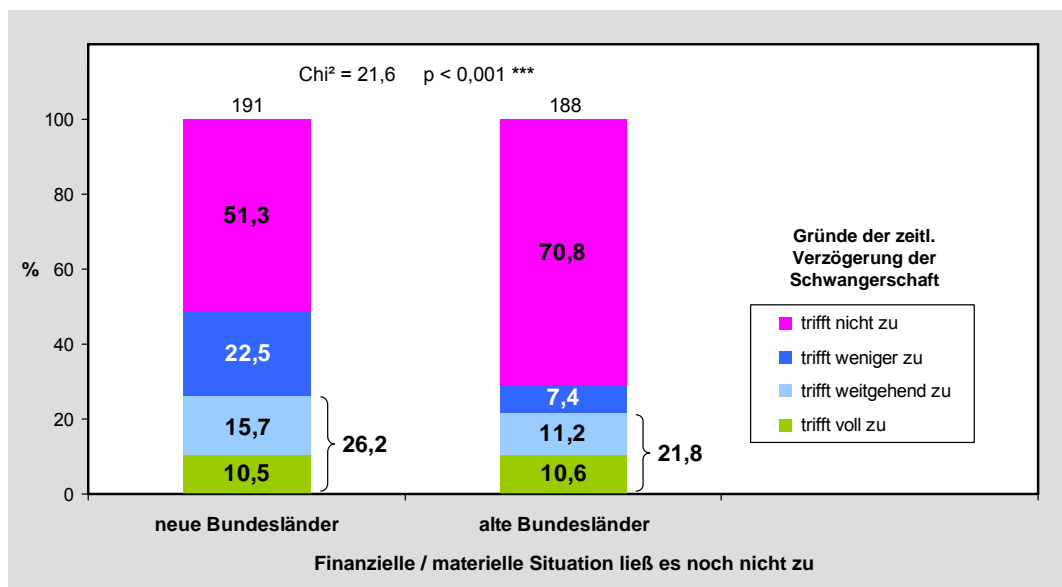


Abb. 37 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Finanzielle/materielle Situation ließ es noch nicht zu

Unter Berücksichtigung des Alters zeigte sich in der Bewertung dieses Grundes ein uneinheitliches Bild (Abb. 38).

Ein zufälliger Einfluss des z.T. geringen Datenumfanges kann nicht ausgeschlossen werden. In der mittleren Altersgruppe wurden noch einmal die Unterschiede in der Bewertung dieses Grundes zwischen Erstgebärenden aus den neuen im Vergleich zu Erstgebärenden aus den alten Bundesländern bestätigt. Für 28,7% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern traf dieser Grund 'voll bzw. weitgehend zu'. In den alten Bundesländern waren es nur 16,9%. Bei den älteren Erstgebärenden (über 30) wechselt sich das Bild. In den neuen Bundesländern sinkt er auf 16,1%, in den alten Bundesländern steigt er auf 24,7% an.

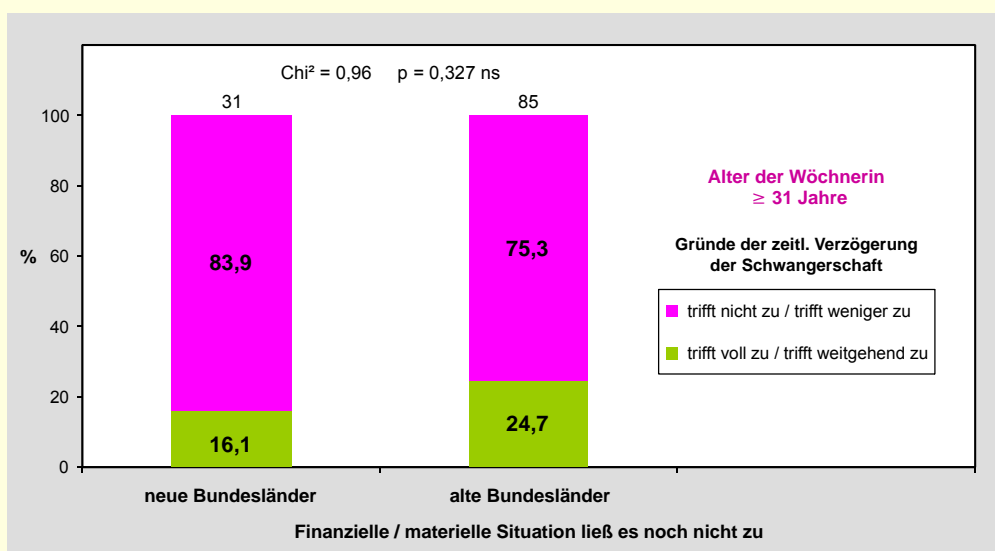
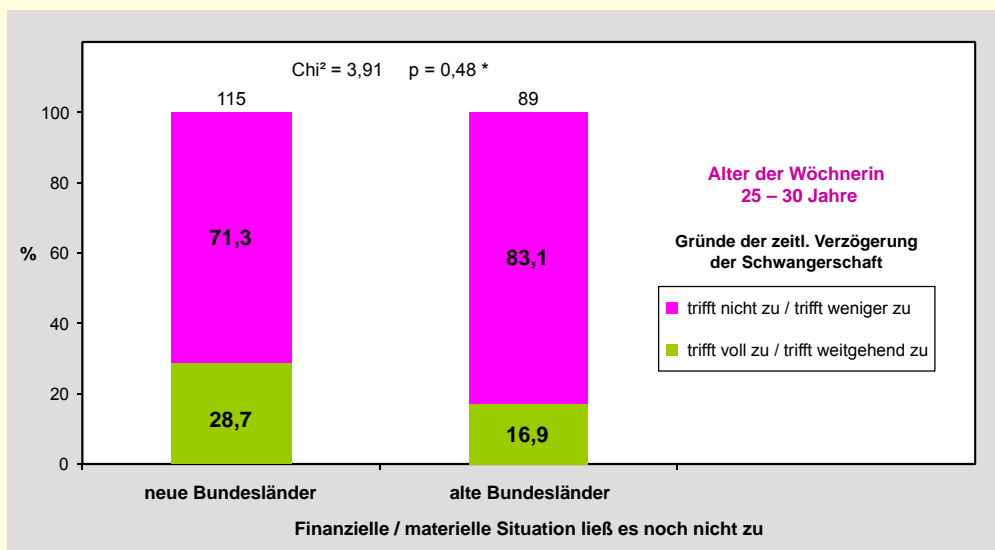
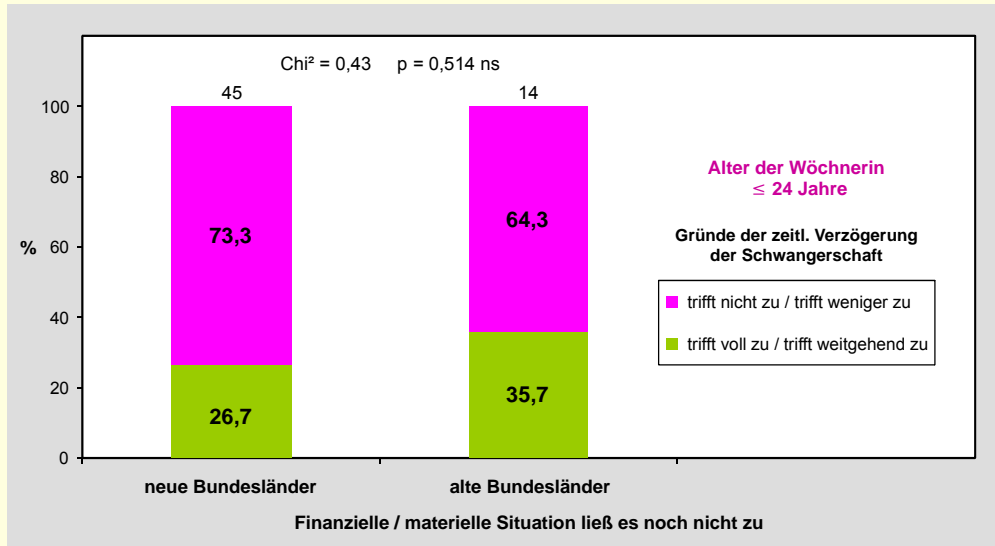


Abb. 38 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
 Finanzielle/materielle Situation ließ es noch nicht zu unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden

Partner bzw. ich war noch in Ausbildung

Auch bei diesem Grund zeigte sich für Erstgebärende aus den neuen Bundesländern eine höhere Bedeutung für eine Entscheidung hinsichtlich Verzögerung der Schwangerschaft (Abb. 39).

Für 19,9% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern traf dieser Grund 'voll bzw. weitgehend' zu. In den alten Bundesländern waren es 16,4%. Insgesamt sind die Unterschiede in der Bewertung dieses Grundes zwischen Erstgebärenden aus den neuen im Vergleich zu Erstgebärenden aus den alten Bundesländern aber nicht statistisch signifikant.

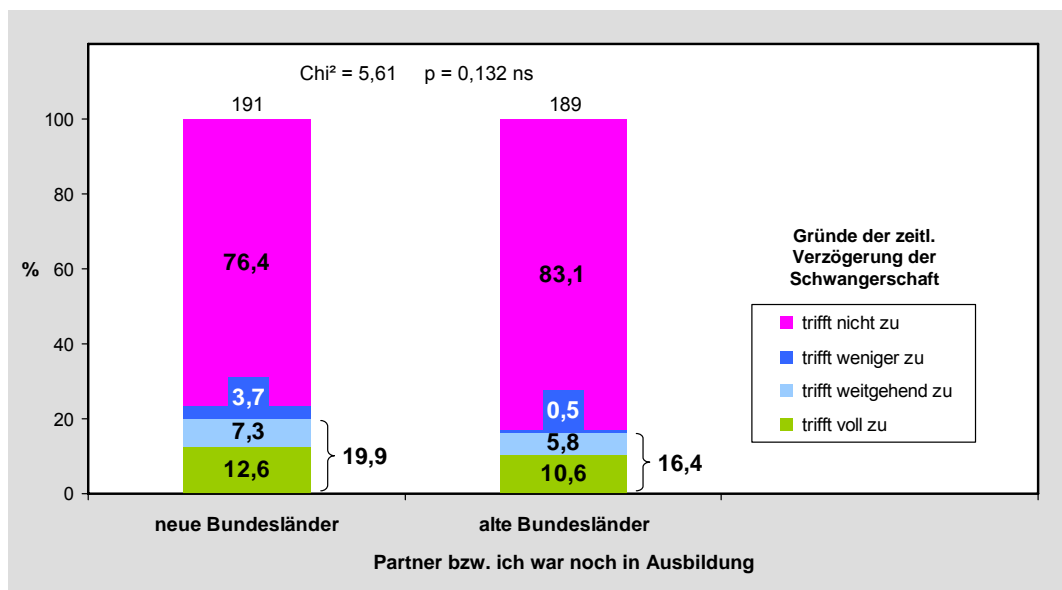


Abb. 39 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Partner bzw. ich war noch in Ausbildung*

Erwartungsgemäß verlor dieser Grund mit zunehmendem Alter der Erstgebärenden an Bedeutung (Abb. 40).

Für 31,9% (neue Bundesländer) bzw. für 42,9% (alte Bundesländer) traf dieser Grund bei den relativ jungen Erstgebärenden noch 'voll bzw. weitgehend' zu. Bei den relativ späten Erstgebärenden fiel er auf etwa 10% zurück. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind nicht statistisch signifikant.

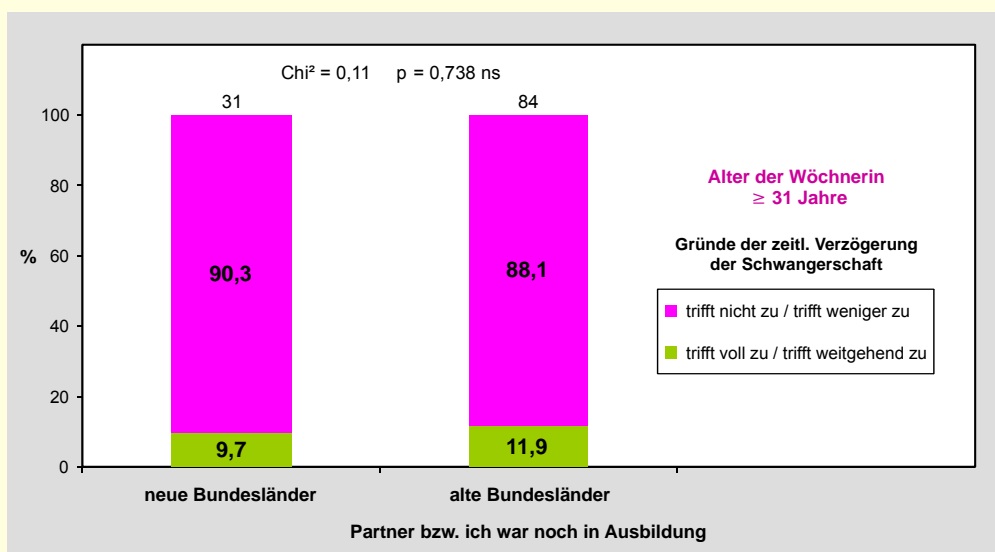
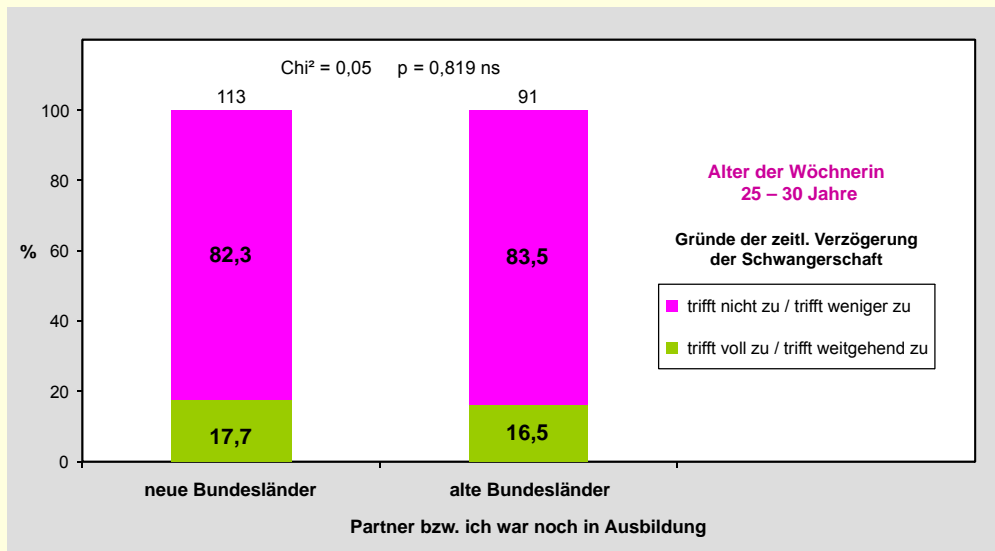
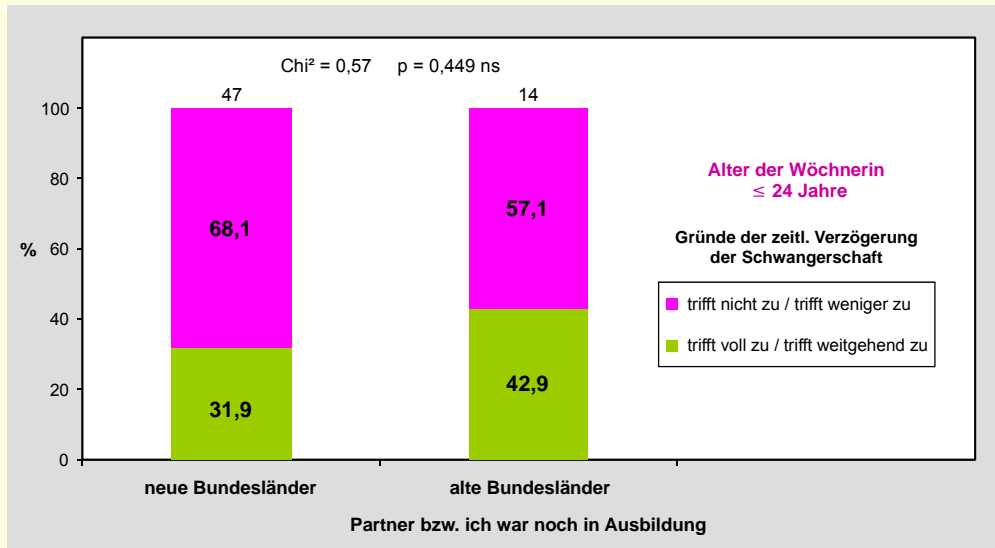


Abb. 40 Grund einer zeitlichen Verzögerung: Partner bzw. ich war noch in Ausbildung (unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Fühlte mich noch nicht reif genug

Auch hier gab es in der Bewertung von den Erstgebärenden aus den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern keine statistisch signifikanten Unterschiede (Abb. 41).

11,8% der Erstgebärenden aus den neuen und 12,0% aus den neuen Bundesländern gaben für diesen Grund 'trifft voll bzw. trifft weitgehend zu' an. Demgegenüber meinten knapp 90% deshalb auch, dass dieser Grund 'nicht bzw. weniger zutrifft'.

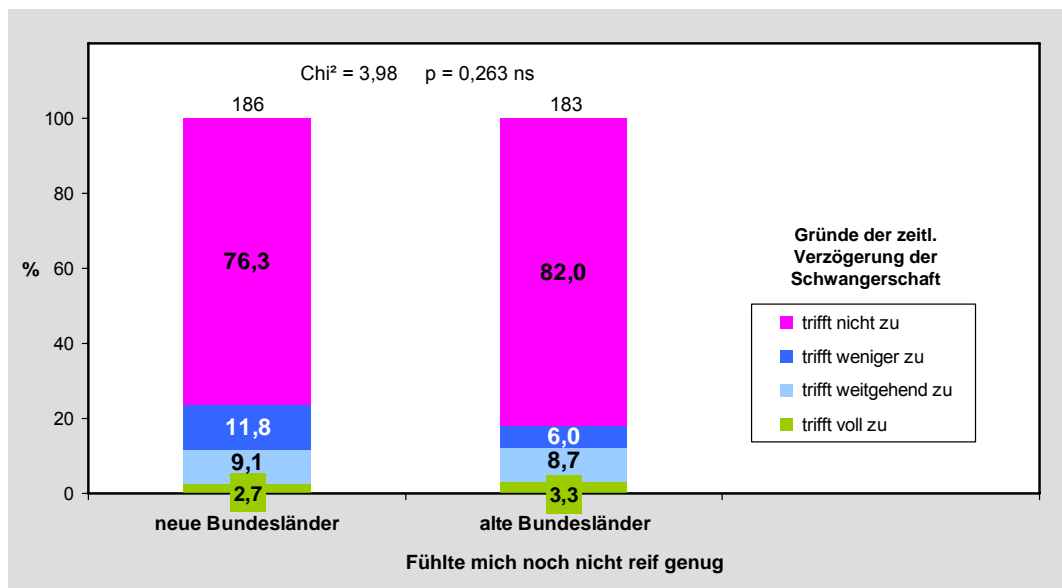


Abb. 41 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Fühlte mich noch nicht reif genug*

Unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden zeigten sich im Vergleich neue zu alte Bundesländer Unterschiede, die aber nicht als signifikant ausgewiesen werden (Abb. 42).

Für relativ junge und vom Alter her mittlere Erstgebärende aus den neuen Bundesländern hatte dieser Grund eine höhere Bedeutung als für Erstgebärende der gleichen Altersgruppe aus den alten Bundesländern. Demgegenüber sagten 15,5% der relativ späten Erstgebärenden aus den alten Bundesländern, dass dieser Grund 'voll bzw. weitgehend' zutrifft. In den neuen Bundesländern waren es Nullprozent.

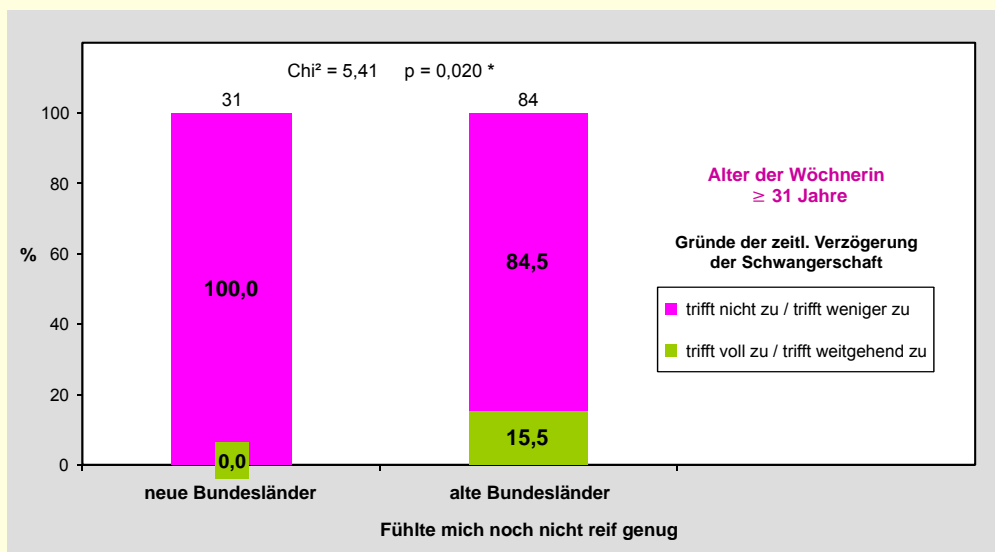
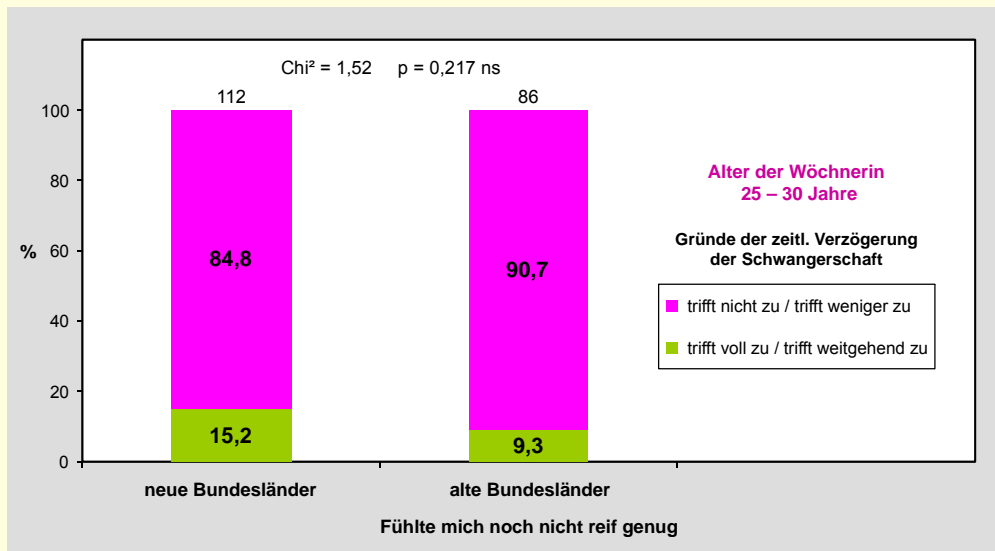
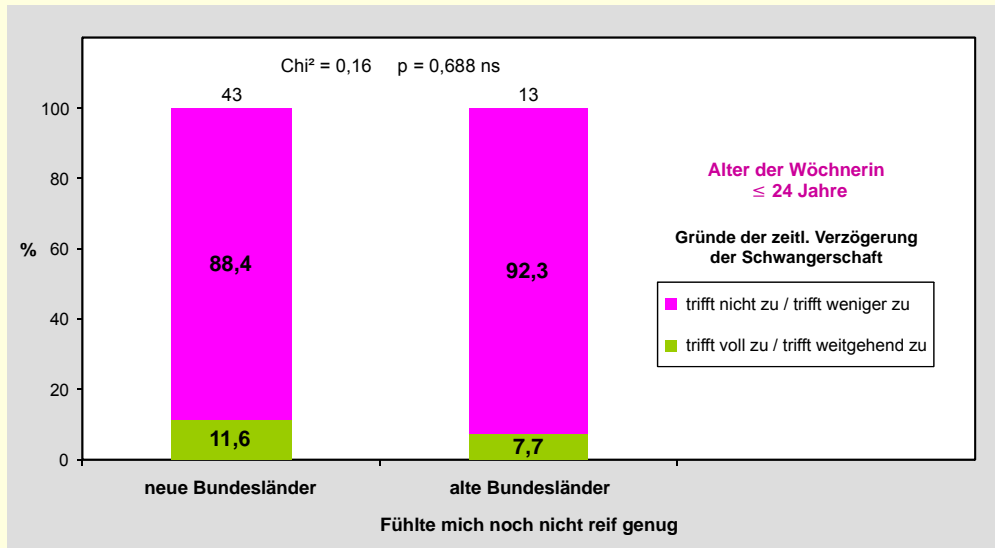


Abb. 42 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Fühlte mich noch nicht reif genug (unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Wollten erst noch unser Leben zu zweit genießen (z.B. Reisen unternehmen)

Nur für 12,4% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern spielte dieser Grund eine Rolle (Abb. 43).

In den alten Bundesländern waren es mit 23,5 % deutlich mehr. Der Unterschied wird als statistisch signifikant ausgewiesen. Dementsprechend meinten auch 87,6% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern, dass dieser Grund 'nicht bzw. weniger zutrifft'. In den alten Bundesländern waren es nur 76,5% und damit 11,1% weniger.

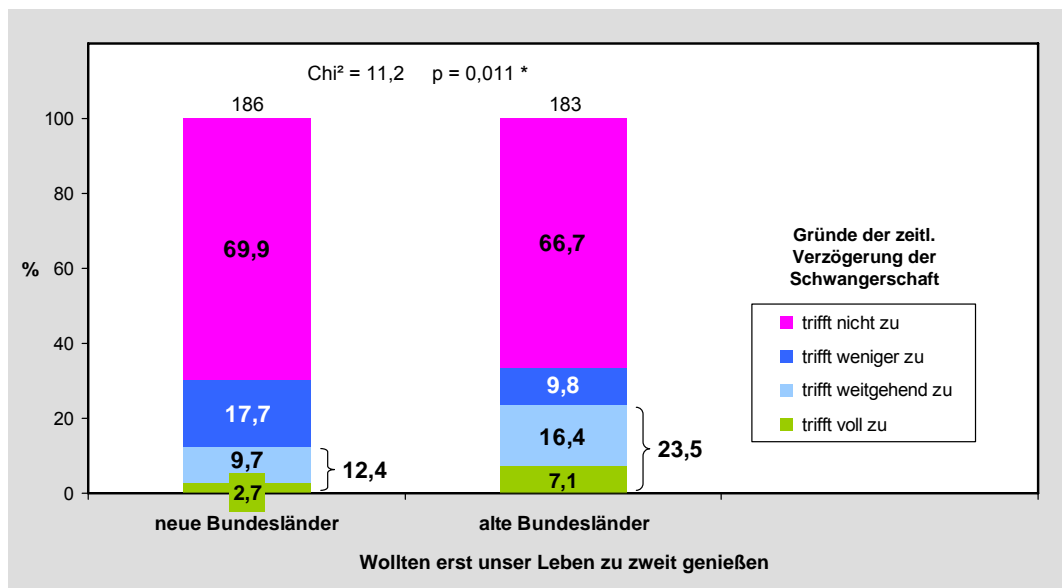


Abb. 43 Grund einer zeitlichen Verzögerung: *Wollten erst unser Leben zu zweit genießen*

Unter Berücksichtigung des Alters wurde dieses Ergebnis bestätigt (Abb. 44).

Für deutlich mehr Erstgebärende aus den alten Bundesländern traf dieser Grund 'voll bzw. weitgehend zu'. In der mittleren Altersgruppe ist der Unterschied statistisch signifikant. Erwartungsgemäß nahm dieser Grund mit zunehmendem Alter an Bedeutung zu. 16,1% der relativ späten Erstgebärenden aus den neuen und 20,5% aus den alten Bundesländern waren der Meinung, dass dieser Grund 'voll bzw. weitgehend zutrifft'.

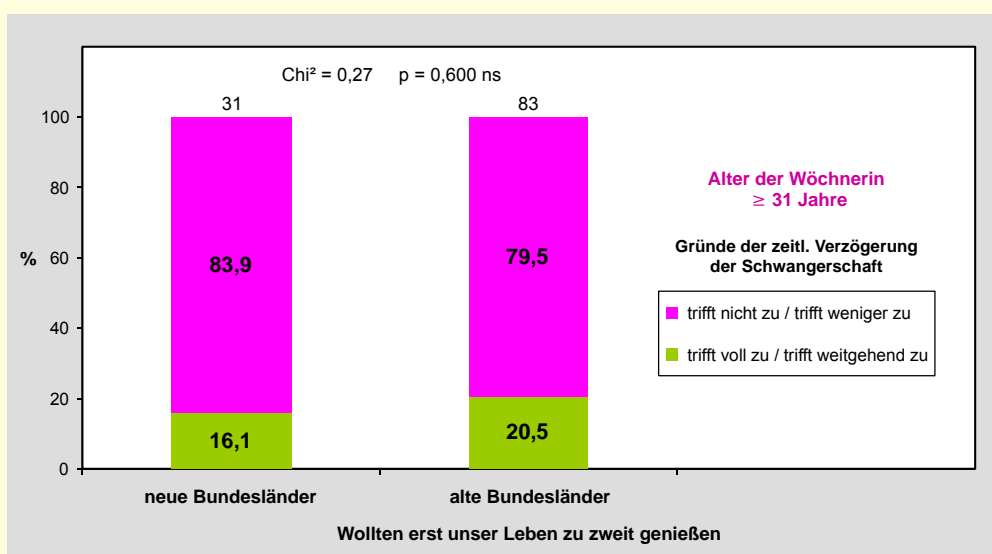
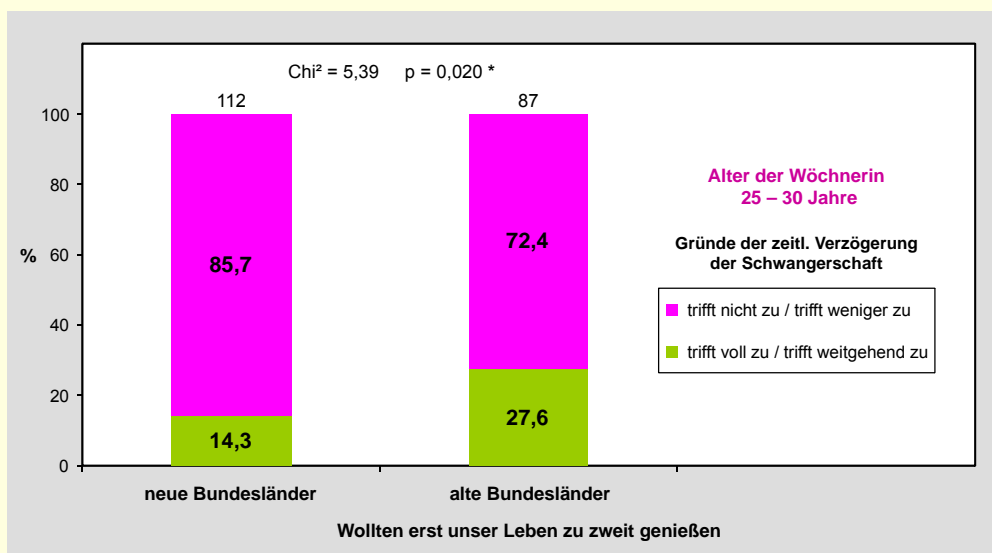
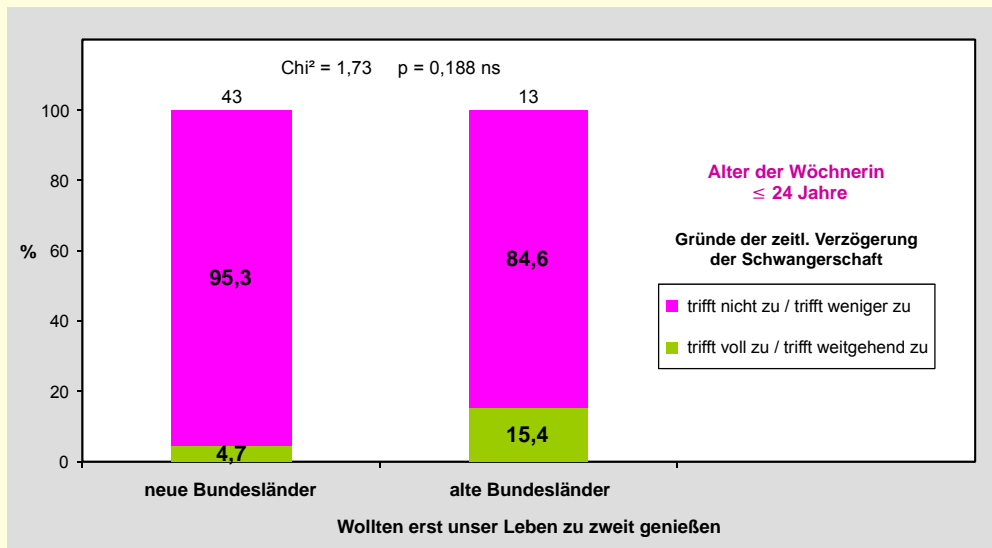


Abb. 44 Grund einer zeitlichen Verzögerung:
Wollten erst unser Leben zu zweit genießen (unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

4.4 Weiterer Kinderwunsch bei Erstgebärenden

Über den weiteren Kinderwunsch bei Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern gibt Abb. 45 Auskünfte.

17,4% der Erstgebärenden in den neuen Bundesländern betrachteten ihren Kinderwunsch schon als abgeschlossen. In den alten Bundesländern waren es mit 9,4% deutlich weniger. Andererseits wünschten sich in den neuen Bundesländern noch 34,7% ein weiteres Kind; in den alten Bundesländern sogar 52,1%. Die Unterschiede hinsichtlich weiteren Kinderwunsches bei Erstgebärenden sind zwischen neuen und alten Bundesländern hoch signifikant.

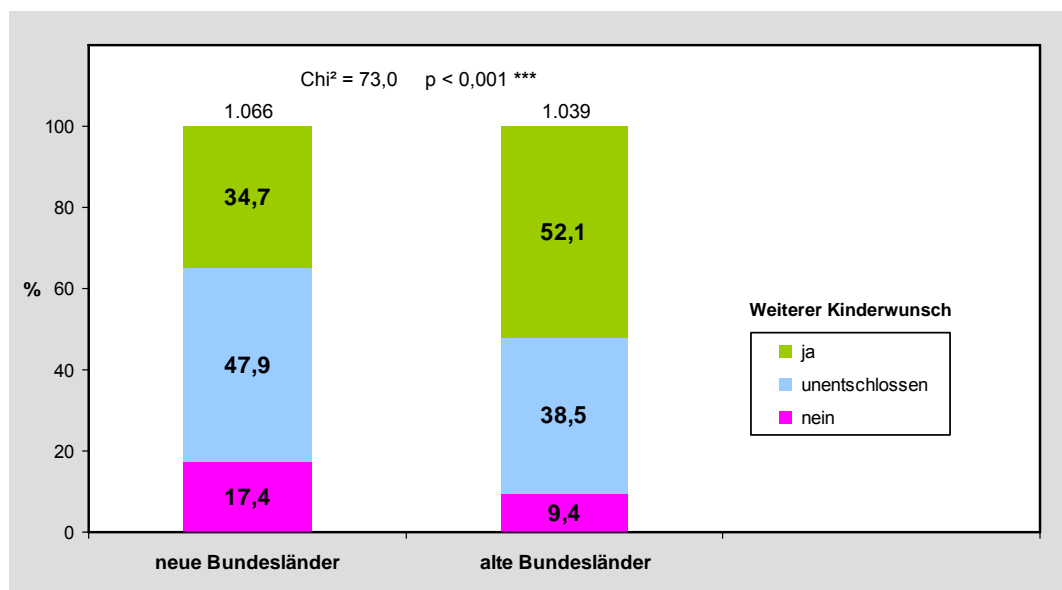


Abb. 45 Wünschen Sie sich noch weitere Kinder?

Erwartungsgemäß ging der Wunsch nach einem weiteren Kind mit zunehmendem Alter der Erstgebärenden zurück (Abb. 46).

Bei den relativ jungen Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern wünschten sich 15,7% kein weiteres Kind und 50,6% waren noch unentschlossen. Bei den relativ späten Erstgebärenden in den neuen Bundesländern betrachteten 28,9% ihren Kinderwunsch als abgeschlossen und 40,6% waren noch unentschlossen. In den alten Bundesländern äußerten sich deutlich mehr Erstgebärende positiver zum weiteren Kinderwunsch. Nur 1,9% der relativ jungen Erstgebärenden hatten keinen weiteren Kinderwunsch und 61,2% befürworteten ein weiteres Kind. Auch bei den relativ späten Erstgebärenden verneinten nur 16,4% einen weiteren Kinderwunsch und 43,0% waren für ein weiteres Kind. Die Unterschiede in der Aussage hinsichtlich weiteren Kinderwunsches zwischen Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern sind hoch bzw. sehr signifikant.

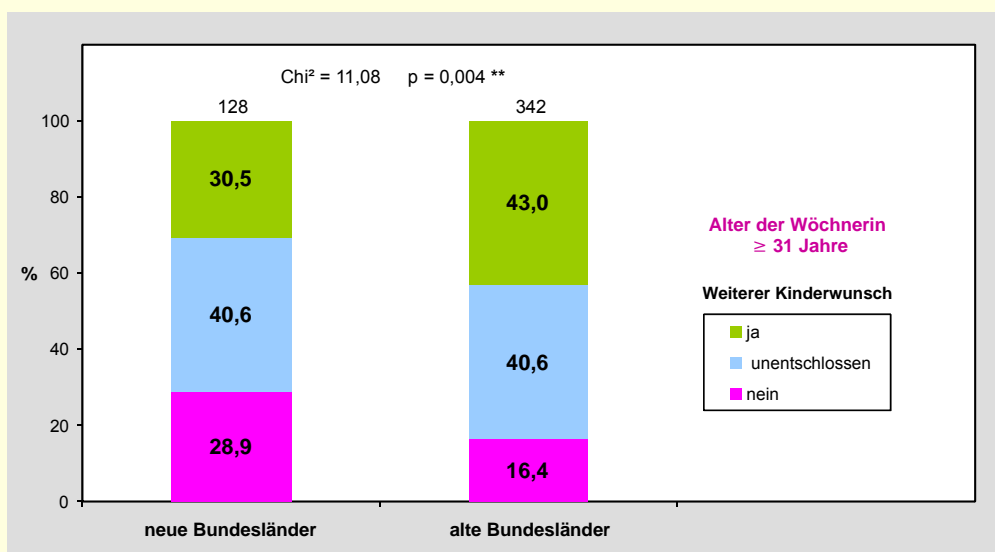
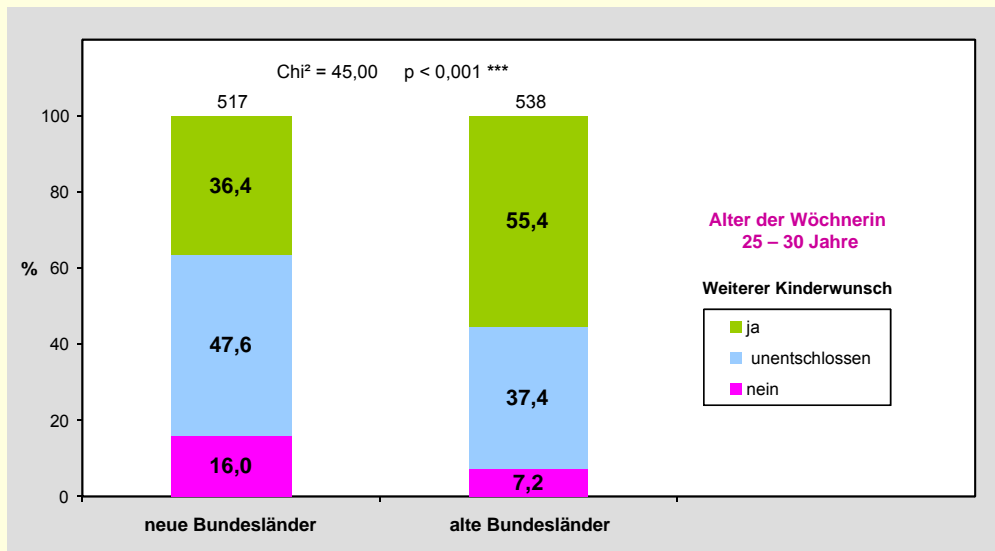
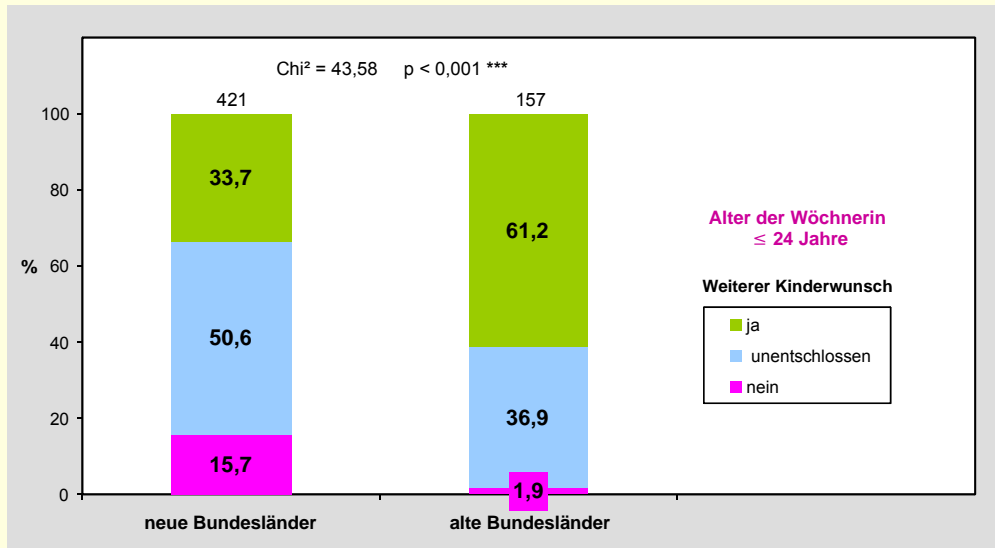


Abb. 46 Wünschen Sie noch weitere Kinder?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Einen weiteren Kinderwunsch bei Erstgebärenden unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Stellung zeigt Abb. 47. Auch hier sind die deutlichen Unterschiede hinsichtlich weiteren Kinderwunsches zwischen neuen und alten Bundesländern zu erkennen.

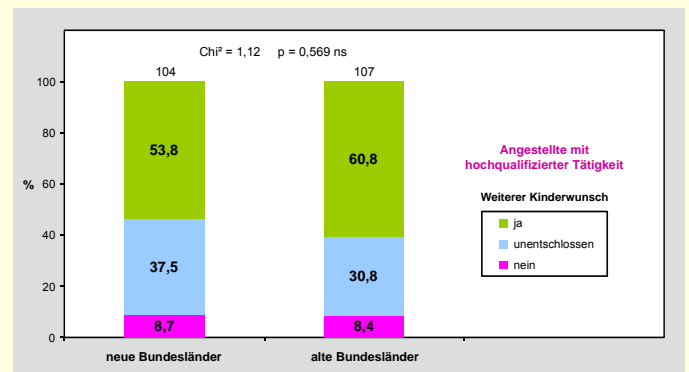
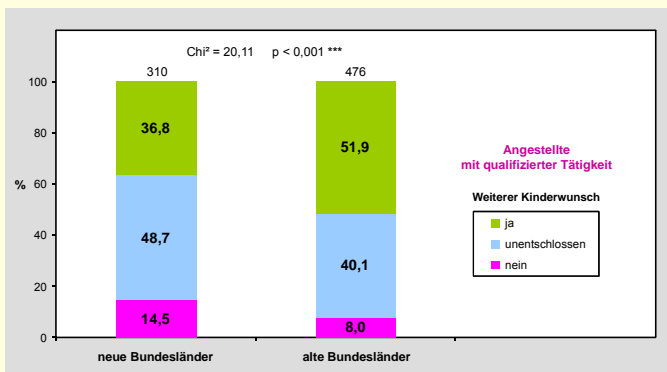
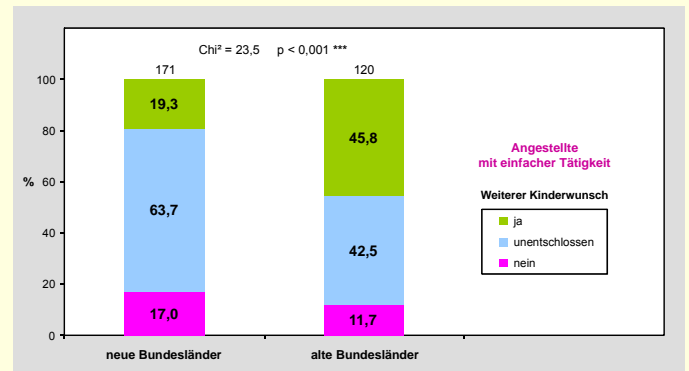
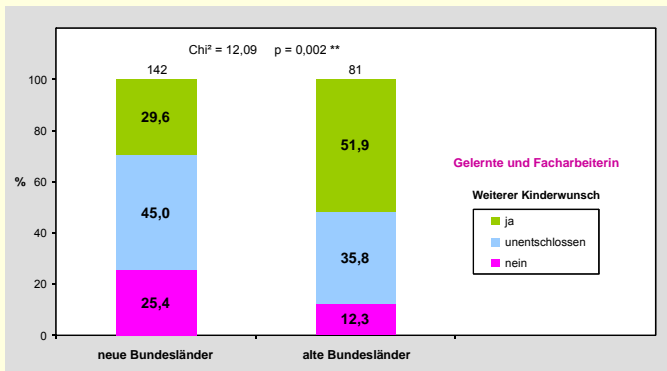
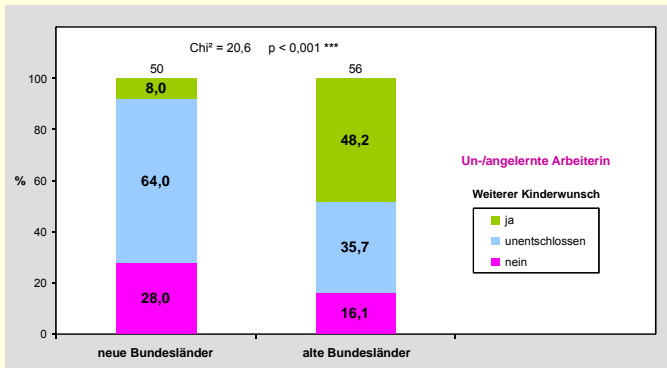


Abb. 47 Wünschen Sie noch weitere Kinder? (unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden)

Insgesamt wünschten sich Erstgebärende mit niedrigeren Qualifikationen häufiger kein weiteres Kind mehr im Vergleich zu Erstgebärenden mit höheren Qualifikationen. 28,0% Erstgebärende aus den neuen Bundesländern, die un- bzw. angelernte Arbeiten ausübten, wünschten sich kein weiteres Kind mehr. Bei den Facharbeiterinnen waren es 25,4%. Zu einer gleichen Aussage kommt man auch für Erstgebärende aus den alten Bundesländern, wenngleich hier deutlich weniger Erstgebärende ihren Kinderwunsch als abgeschlossen betrachteten. Bei Erstgebärenden mit hochqualifizierter Tätigkeit wünschten sich nur 8,7% aus den neuen und 8,4%

aus den alten Bundesländern kein weiteres Kind. Über die Hälfte dieser Gruppe wünschte noch ein weiteres Kind zu haben, wobei in den neuen Bundesländern der Prozentsatz Unentschlossener mit 37,5% um 6,7% höher lag als in den alten Bundesländern. Die Unterschiede sind hier aber zwischen neuen und alten Bundesländern nicht signifikant.

Bei der Beantwortung der Frage 'Wünschen Sie sich noch weitere Kinder und wenn ja, wie viele?', gab es folgende Antworten (Abb. 48):

77,9% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern, die noch weitere Kinder haben wollten, antworteten: 'ja, aber nur noch 1 weiteres Kind' und 22,1% wünschten sich noch zwei und mehr Kinder. In den alten Bundesländern lag der Anteil der Erstgebärenden, die noch zwei und mehr Kinder haben wollten, mit 35,7% um 13,6% höher als in den neuen Bundesländern. Der Unterschied ist hoch signifikant.

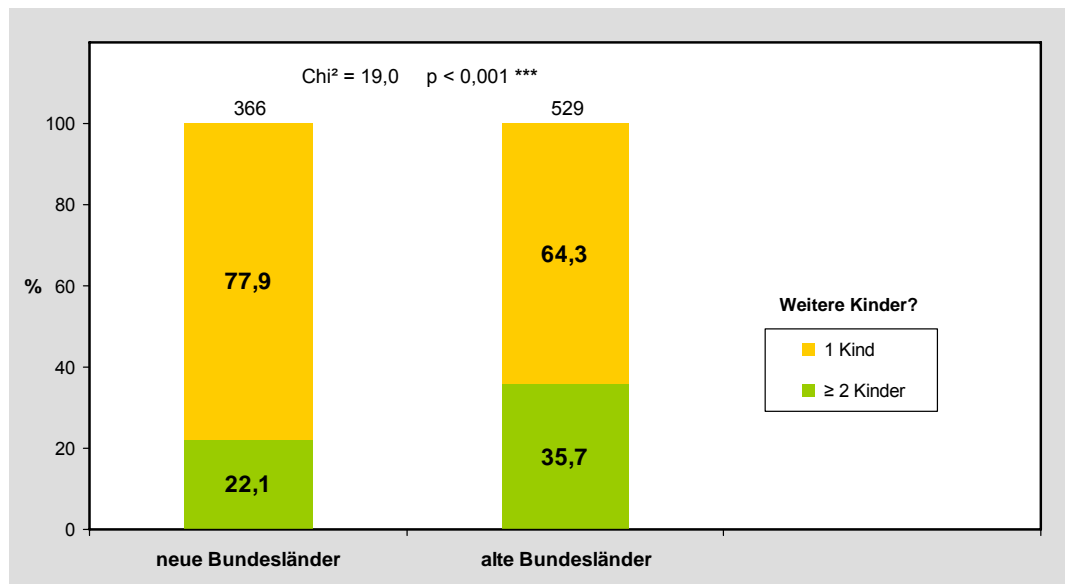


Abb. 48 Wünschen Sie noch weitere Kinder? Wenn ja, wie viele?

Unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden waren die Ost-West-Unterschiede in der mittleren Altersgruppe und in der Gruppe der relativ jungen Erstgebärenden am größten (Abb. 49).

In der mittleren Altersgruppe sagten 80,5% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern, die überhaupt noch Kinder haben wollten, dass sie sich nur noch ein Kind wünschen. In den alten Bundesländern waren es 66,2%, dafür war aber der Anteil der Erstgebärenden, die sich noch zwei und mehr Kinder wünschten deutlich höher mit 33,8%. Bei den relativ jungen Erstgebärenden waren die Unterschiede ähnlich, wobei der Anteil der Erstgebärenden, die sich mehr als nur noch ein Kind wünschen, prozentual höher lag als in der mittleren Altersgruppe. Bei den relativ späten Erstgebärenden waren die Differenzen – hinsichtlich der noch gewünschten Kinderzahl – wieder etwas ausgeglichener zwischen neuen und alten Bundesländern. Der Unterschied ist auch nicht mehr signifikant.

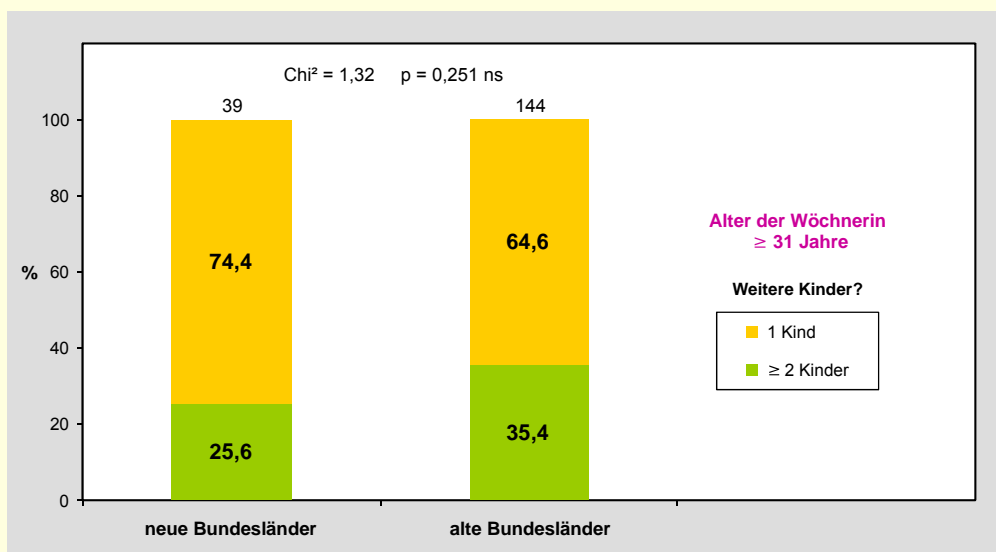
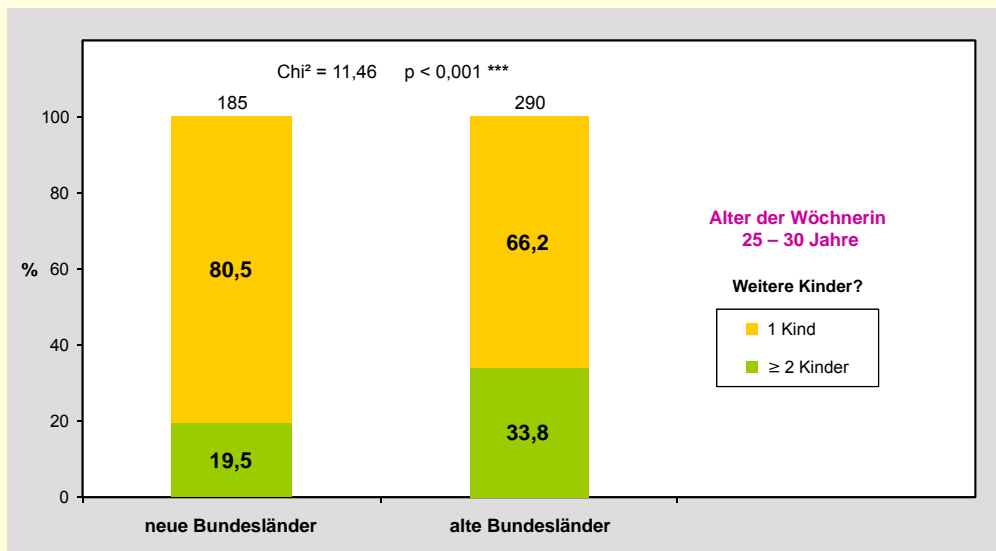
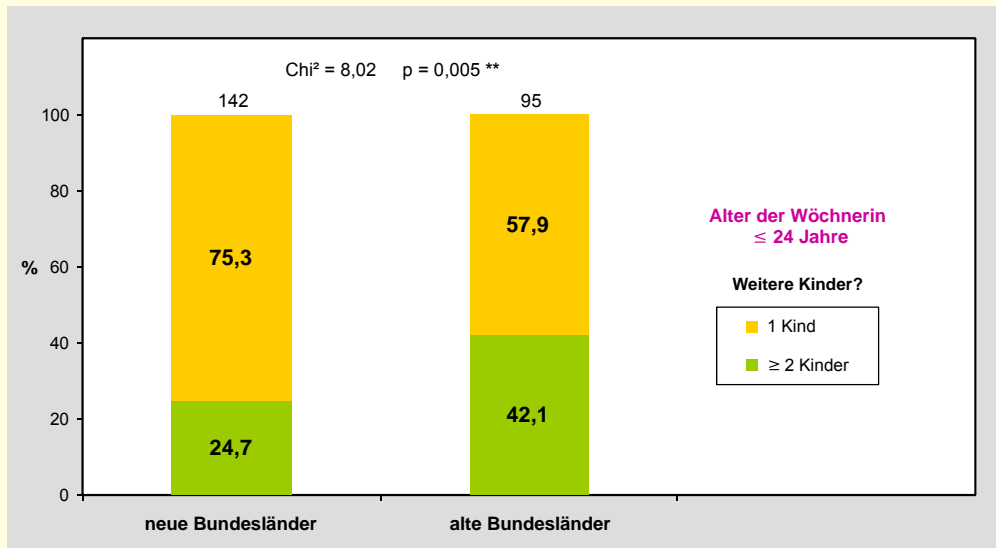


Abb. 49 Wünschen Sie noch weitere Kinder? Wenn ja, wie viele?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden ergab sich im Vergleich Ost-West folgendes Ergebnis (Abb. 50):

In den alten Bundesländern war der Wunsch nach zwei und mehr Kindern deutlich höher als in den neuen Bundesländern. Der Wunsch nach zwei und mehr Kindern war am stärksten ausgeprägt mit 42,2% bei den hochqualifizierten Erstgebärenden der alten Bundesländer. Aber auch in den neuen Bundesländern lag der entsprechende Anteil mit 29,1% in dieser Gruppe am höchsten. Aufgrund der z.T. sehr geringen Fallzahlen ist eine Bewertung nur eingeschränkt möglich. Es scheint aber so zu sein, dass mit abnehmender Qualifikation der Wunsch nach nur einem Kind in den neuen Bundesländern noch stärker ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern.



Abb. 50 Wünschen Sie noch weitere Kinder? Wenn ja, wie viele?
(unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden)

4.5 Vergleich der Zufriedenheit von Erstgebärenden mit unterschiedlichen Lebensbereichen

mit ihrem Lebensstandard insgesamt

Bei der Einschätzung ihres Lebensstandards insgesamt zeigten sich noch hoch signifikante Differenzen in den Aussagen der Erstgebärenden zwischen neuen und alten Bundesländern (Abb. 51).

'Sehr zufrieden' mit ihrem Lebensstandard waren in den alten Bundesländern 40,7%; in den neuen Bundesländern nur 26,3%. Der Anteil der Erstgebärenden, die mit 'eher zufrieden' antworteten, war in beiden Gruppen sehr groß und betrug um die 45%. 21,6% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern legten sich nicht fest und antworteten mit 'teils/teils'. In den alten Bundesländern waren es nur 12,0%. Mit ihrem Lebensstandard 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' waren in den neuen Bundesländern 5,4%, in den alten Bundesländern waren es 3,3%.

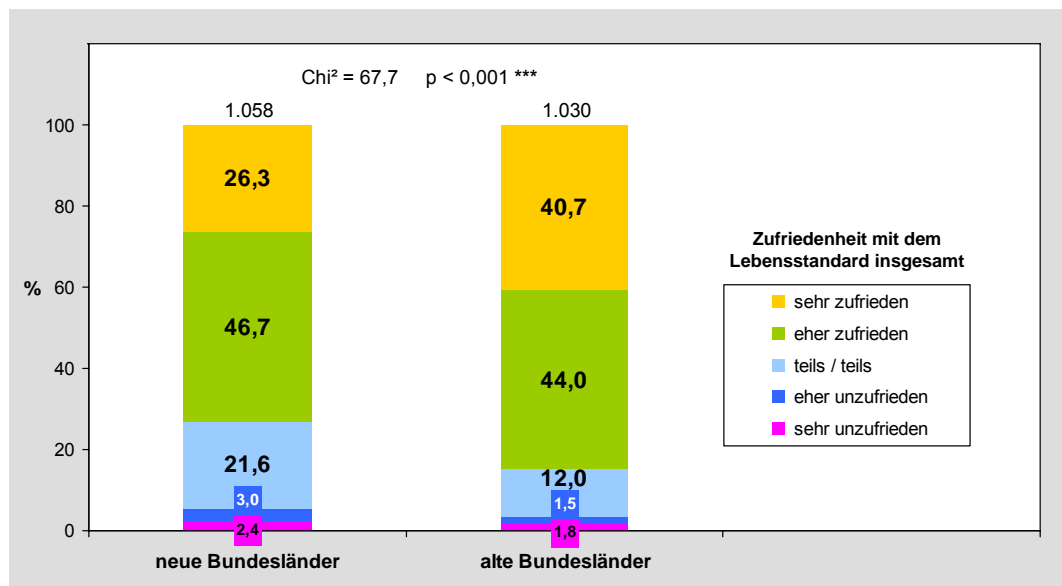


Abb. 51 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit ihrem Lebensstandard insgesamt

Abb. 52 gibt unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden Auskunft über die Einschätzung ihres Lebensstandards.

Signifikante Differenzen in der Einschätzung sind bei allen drei Altersgruppen vorhanden. Mit Zunahme des Alters stieg auch der Prozentsatz von Erstgebärenden an, die mit ihrem Lebensstandard 'sehr zufrieden' sind. Bei den relativ späten Erstgebärenden waren 31,7% der Erstgebärenden aus den neuen und 46,2% aus den alten Bundesländern mit ihrem Lebensstandard 'sehr zufrieden'. Der Anteil Erstgebärender, die mit ihrem Lebensstandard 'sehr unzufrieden' waren, ist bei den relativ jungen Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern am höchsten (4,3%).

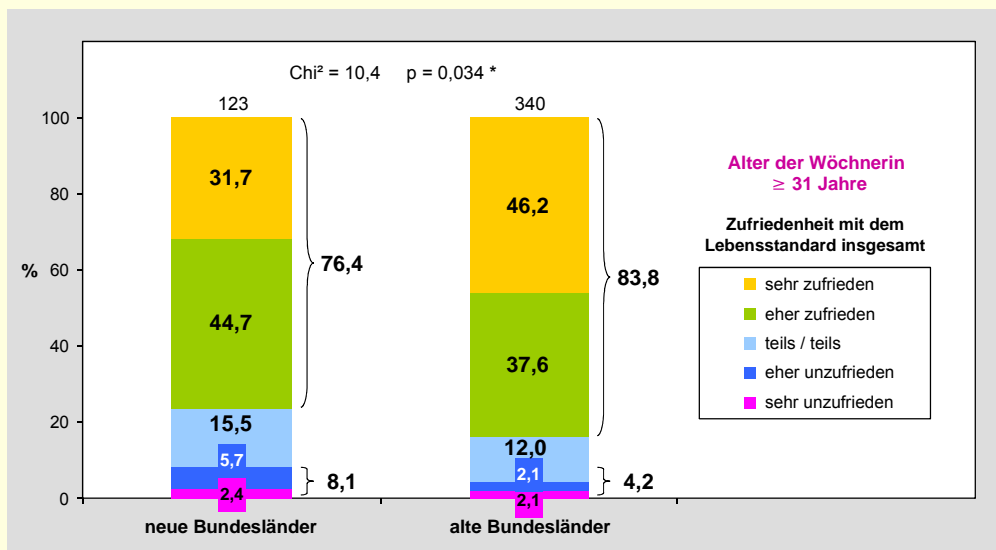
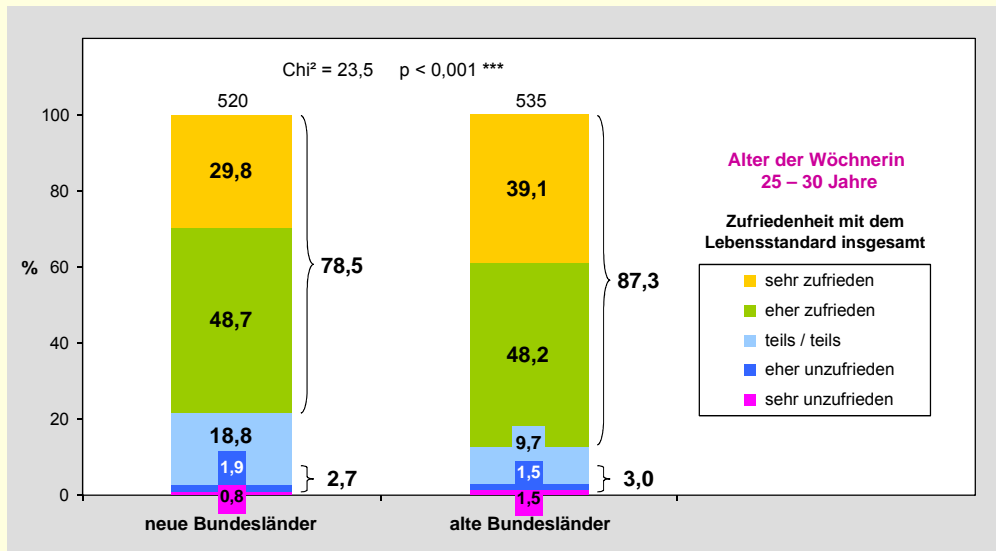
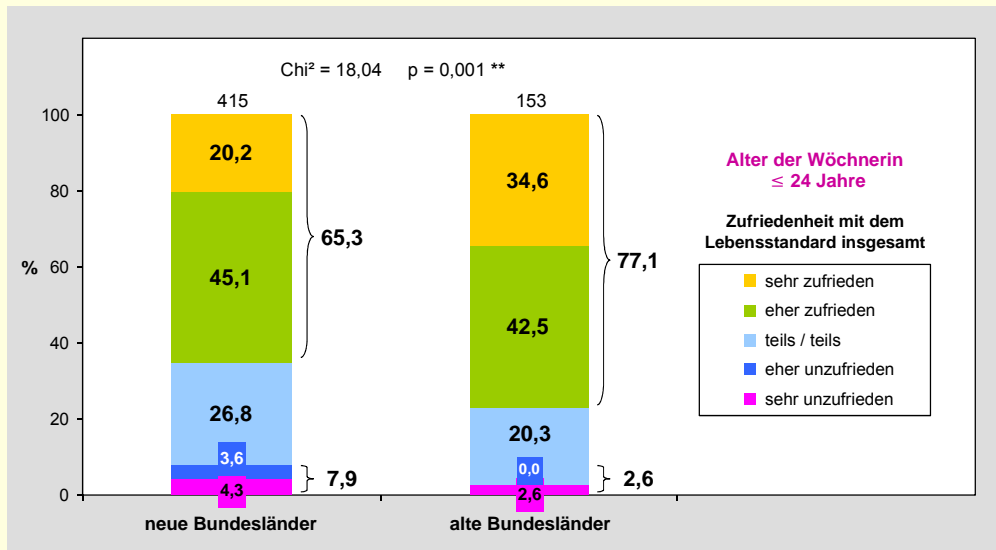


Abb. 52 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit ihrem Lebensstandard insgesamt (unter Berücksichtigung ihres Alters)

mit dem Einkommen ihres Haushaltes

Hoch signifikante Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern zeigten sich auch bei der Frage: 'Wie zufrieden sind Sie mit dem Einkommen Ihres Haushaltes?'

Abb. 53 zeigt, dass 20,3% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern 'sehr zufrieden' mit dem Einkommen ihres Haushaltes waren, in den neuen Bundesländern nur 9,9%. Auch waren 9,1% mehr der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern (41,1%) 'eher zufrieden' als aus den neuen Bundesländern (32,0%). Dem gegenüber waren 22,0% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' mit dem Einkommen des Haushaltes; in den alten Bundesländern waren es „nur“ 11,6%.

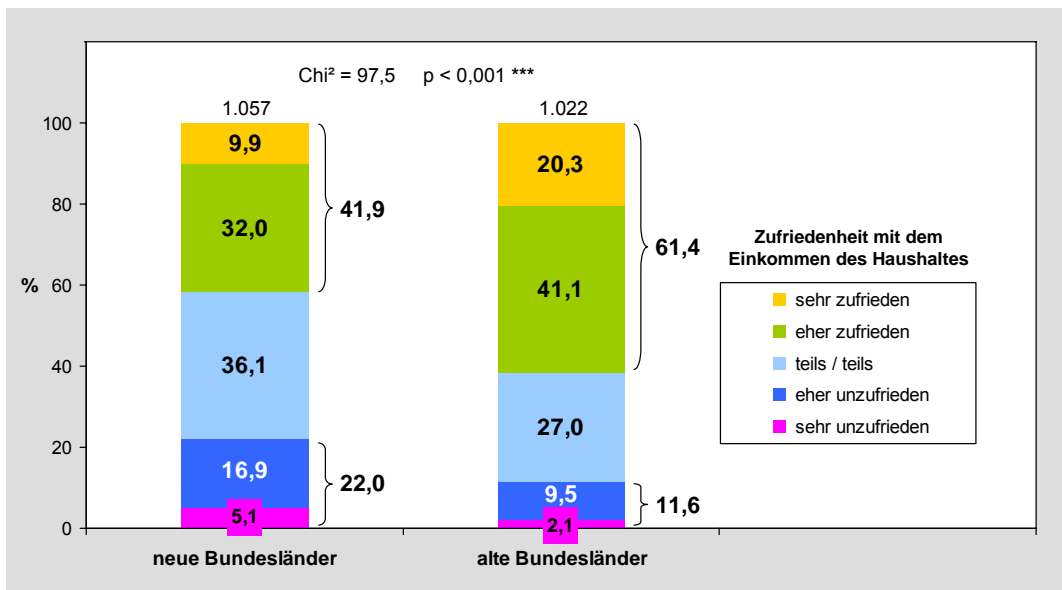


Abb. 53 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit dem Einkommen Ihres Haushaltes

Besonders hoch war bei den relativ jungen Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern die Unzufriedenheit mit dem Einkommen ihres Haushaltes, denn 27,7% waren 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' (Abb. 54).

In den alten Bundesländern betrug der entsprechende Anteil 15,1%. Mit zunehmendem Alter wurden die Unterschiede in der Einschätzung aber kleiner. Betrug die Differenz bei den relativ jungen Erstgebärenden, die ihre Zufriedenheit mit dem Einkommen als 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' einstufen, im Ost-West-Vergleich noch 12,5% (27,7% – 15,1%), so lag diese Differenz bei den relativ späten Erstgebärenden nur noch bei 5,6% (17,8% – 12,2%). Auch bei den Erstgebärenden, die eine Einschätzung mit 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden' angaben, verringerte sich die Differenz mit zunehmendem Alter der Erstgebärenden von 19,5% bei den relativ jungen Erstgebärenden auf 5,8% bei den relativ späten Erstgebärenden. Die Unterschiede in der Einschätzung der Zufriedenheit sind bei den relativ jungen und vom Alter her mittleren Erstgebärenden hoch signifikant; bei den relativ späten Erstgebärenden noch signifikant.

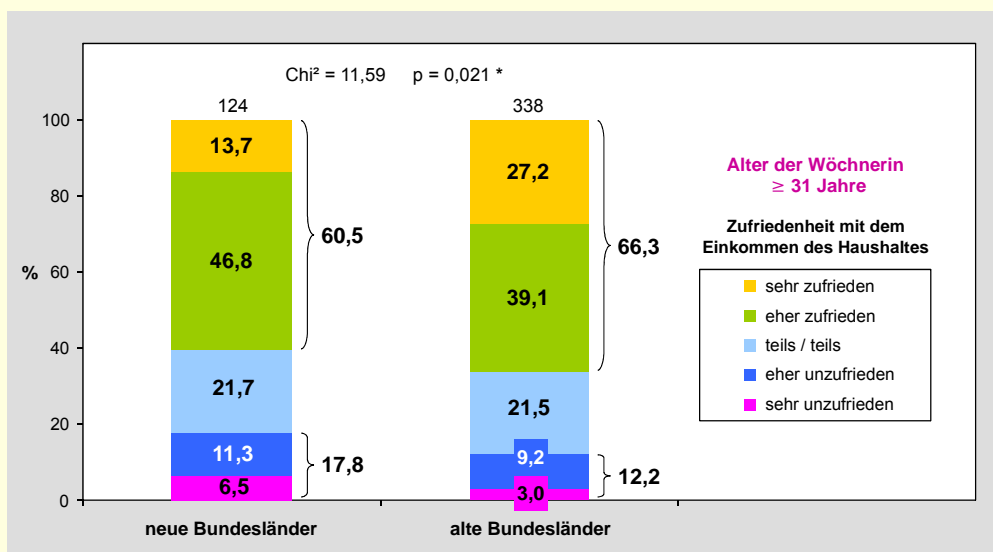
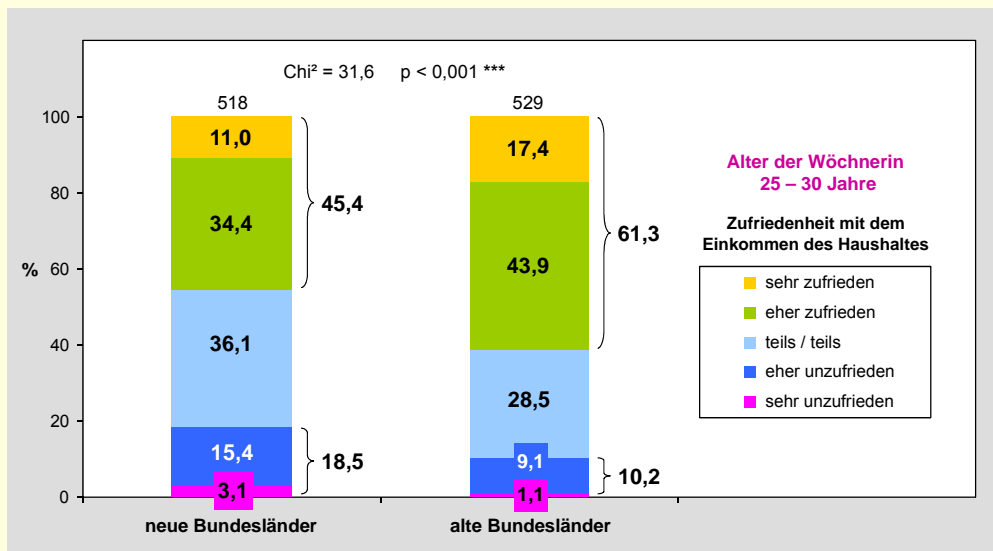
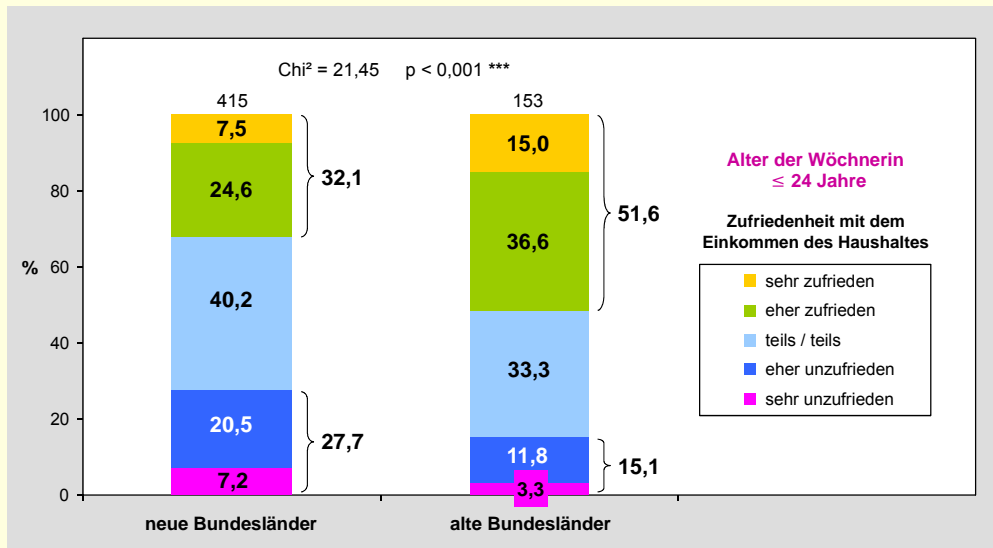


Abb. 54 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit dem Einkommen Ihres Haushaltes (unter Berücksichtigung ihres Alters)

mit ihrer Wohnung

Auch hinsichtlich Wohnungseinschätzung der Erstgebärenden sind die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern hoch signifikant (Abb. 55).

42,2% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern waren mit ihrer Wohnung 'sehr zufrieden'. In den alten Bundesländern waren es mit 55,6% 13,4% Erstgebärende mehr. Es waren aber mehr Erstgebärende aus den neuen Bundesländern mit ihrer Wohnung 'eher zufrieden' (33,0%) als in den alten Bundesländern (25,1%). 'Sehr unzufrieden bzw. eher unzufrieden' waren in den neuen Bundesländern 9,0% der Erstgebärenden und in den alten Bundesländern 7,7%.

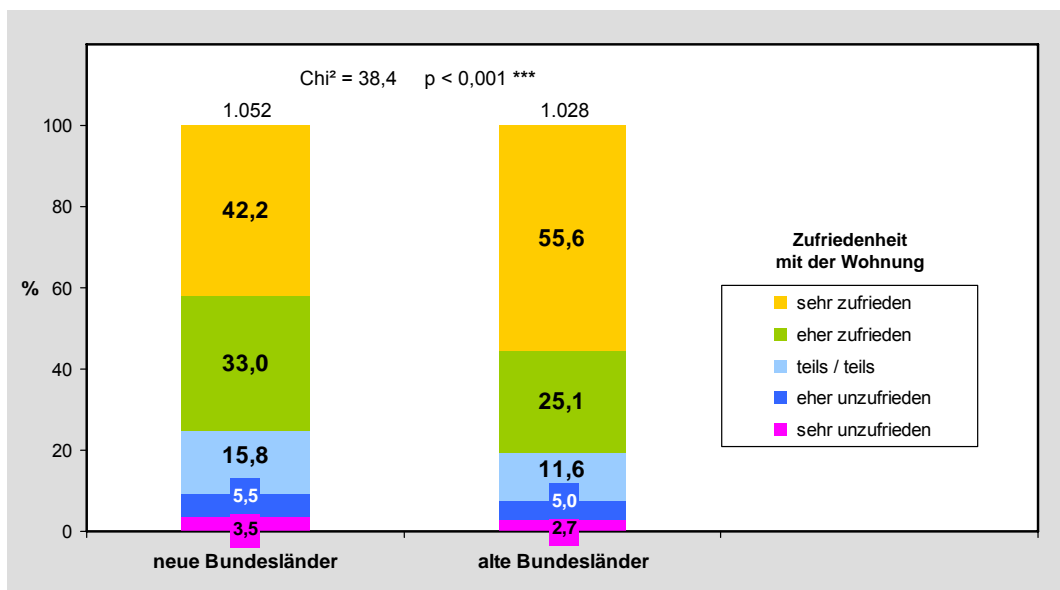


Abb. 55 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit ihrer Wohnung

Die Zufriedenheit mit der Wohnung im Ost-West-Vergleich unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden zeigt Abb. 56.

Bei den relativ jungen Erstgebärenden waren 10,5% in den neuen Bundesländern mit ihrer Wohnung 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den alten Bundesländern war dieser Prozentsatz mit 5,9% deutlich geringer. Auch schätzten 54,2% der relativ jungen Erstgebärenden aus den alten Bundesländern ihre Zufriedenheit mit der Wohnung als 'sehr zufrieden' ein. In den neuen Bundesländern waren es nur 42,7%, aber hier lag der Anteil, die ihre Wohnung mit 'eher zufrieden' einstufen, bei 31,7% und damit um 7,5% höher als in den alten Bundesländern. Besonders deutlich und auch statistisch hoch signifikant sind die Unterschiede in der Wohnungseinschätzung bei den relativ späten Erstgebärenden. 58,1% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern waren mit ihrer Wohnung sehr zufrieden, in den neuen Bundesländern waren es nur 36,3% (Differenz: 21,8%). Dafür war der Anteil, die 'eher zufrieden' sind bzw. 'teils/teils' angaben, in den neuen Bundesländern höher. Mit 8,8% in den neuen Bundesländern und 9,4% in den alten Bundesländern war der Prozentsatz von relativ späten Erstgebärenden, die ihre Wohnung mit 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' einschätzten, etwa gleich groß.

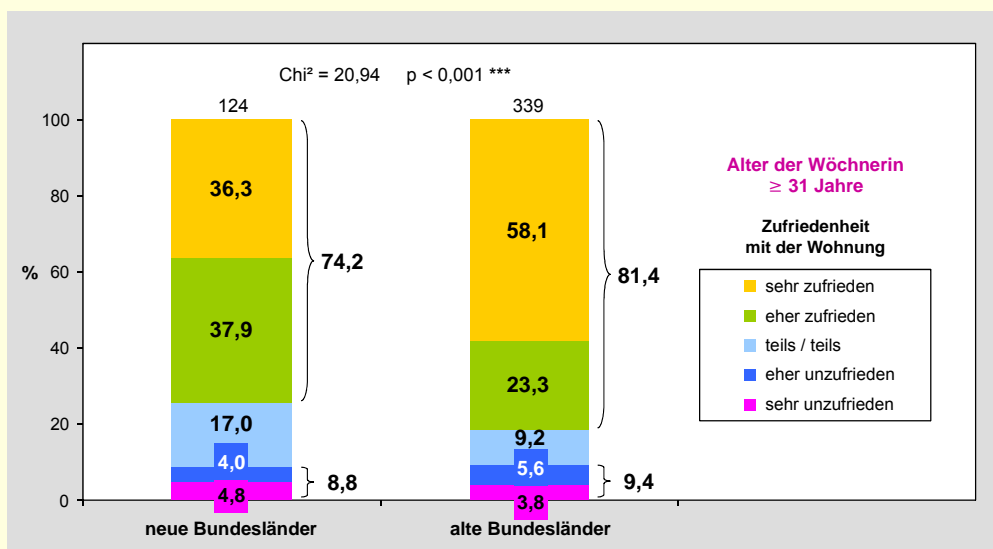
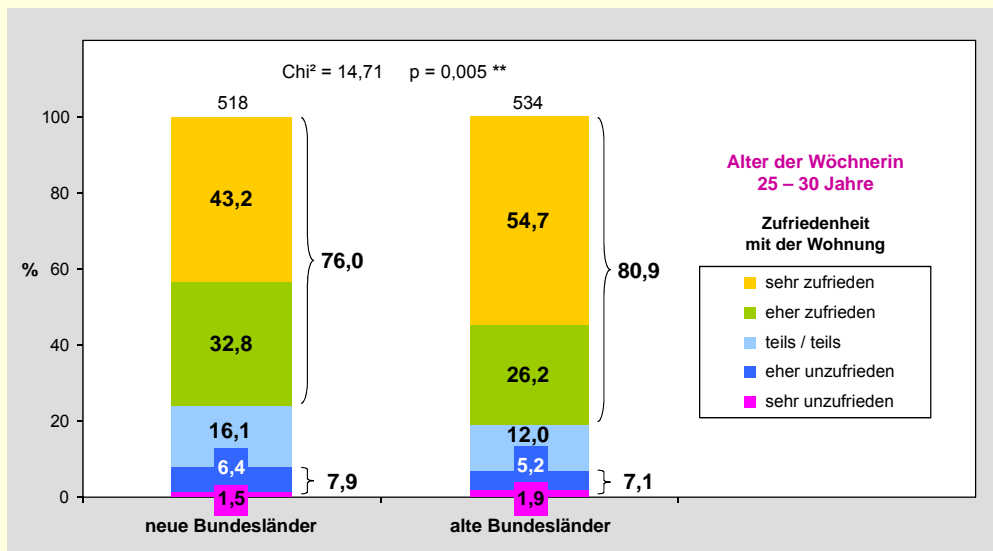
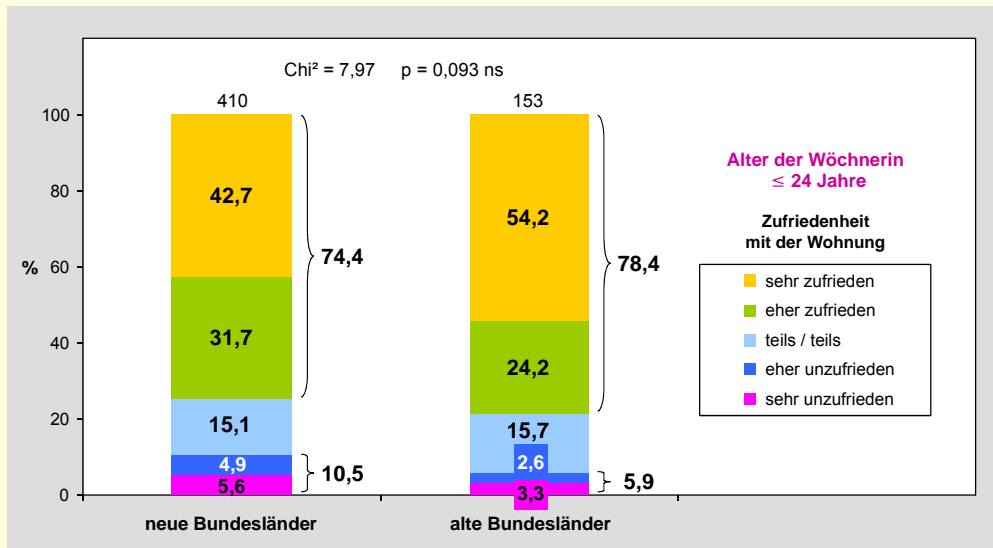


Abb. 56 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit der Wohnung
(unter Berücksichtigung ihres Alters)

mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung

Abb. 57 zeigt die Zufriedenheitseinschätzung der Erstgebärenden mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung:

24,3% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern war mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung 'sehr zufrieden'. Andererseits waren aber auch 19,6% 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den neuen Bundesländern zeigte sich ein ausgeglicheneres Bild: Hier waren nur 14,9% mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung 'sehr zufrieden' und 15,8% 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. Der Anteil, der 'teils/teils' angab, lag mit 35,5% um 9,6% höher als in den alten Bundesländern.

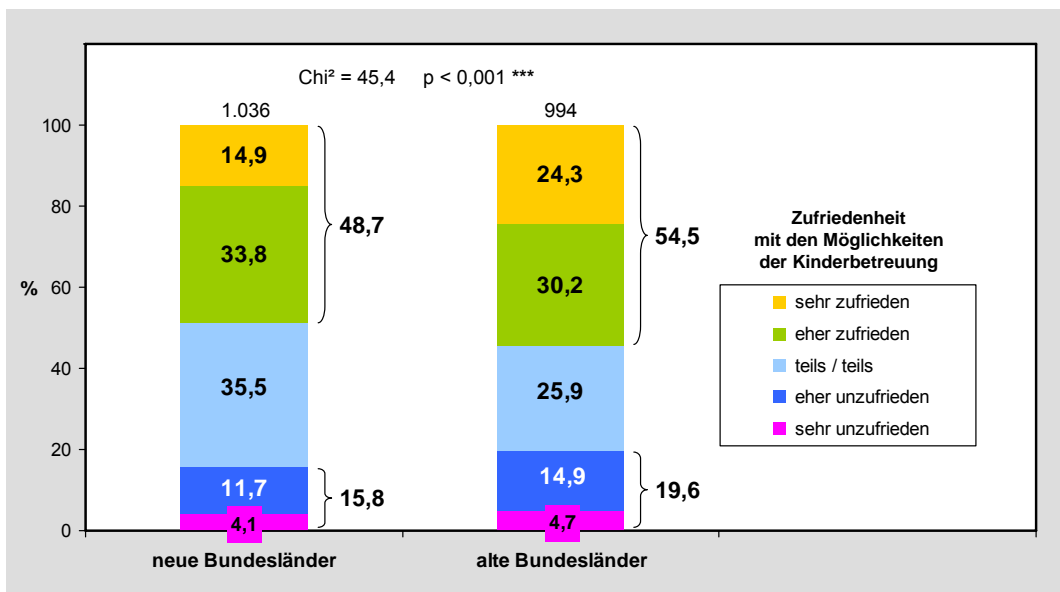


Abb. 57 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung

Die Einschätzung zu den Möglichkeiten bei gleichem Alter der Erstgebärenden im Ost-West-Vergleich zeigt Abb. 58.

Die Unterschiede in der Einschätzung sind statistisch sehr bzw. hoch signifikant. Bei den relativ jungen Erstgebärenden aus den alten Bundesländern überwog eine positivere Einschätzung zu den Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Vergleich zu den neuen Bundesländern. 67,1% waren 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden'. In den neuen Bundesländern waren es nur 51,9%. In 17,6% waren relativ junge Erstgebärende aus den neuen Bundesländern mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den alten Bundesländern war der Anteil aber mit 15,8% nur leicht geringer. Mit zunehmendem Alter wurde die Einschätzung bei Erstgebärenden aus den alten Bundesländern zunehmend schlechter im Vergleich zu Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern. Bei den relativ späten Erstgebärenden waren 26,2% mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den neuen Bundesländern waren es dagegen nur 15,0%. Auch das Verhältnis der Erstgebärenden, die mit den Möglichkeiten 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden' waren, war zwischen neuen und alten Bundesländern mit 47,5% bzw. 48,3% ausgeglichen.

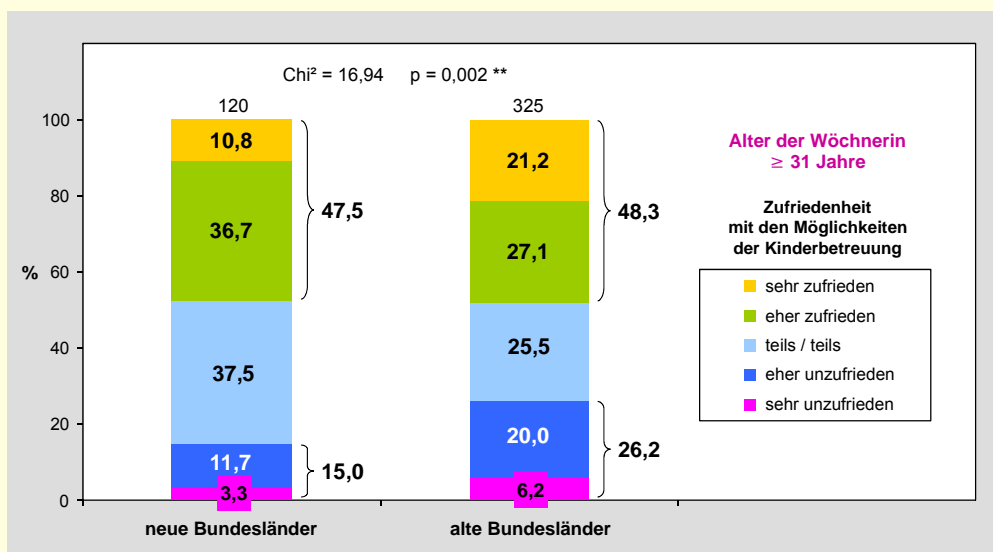
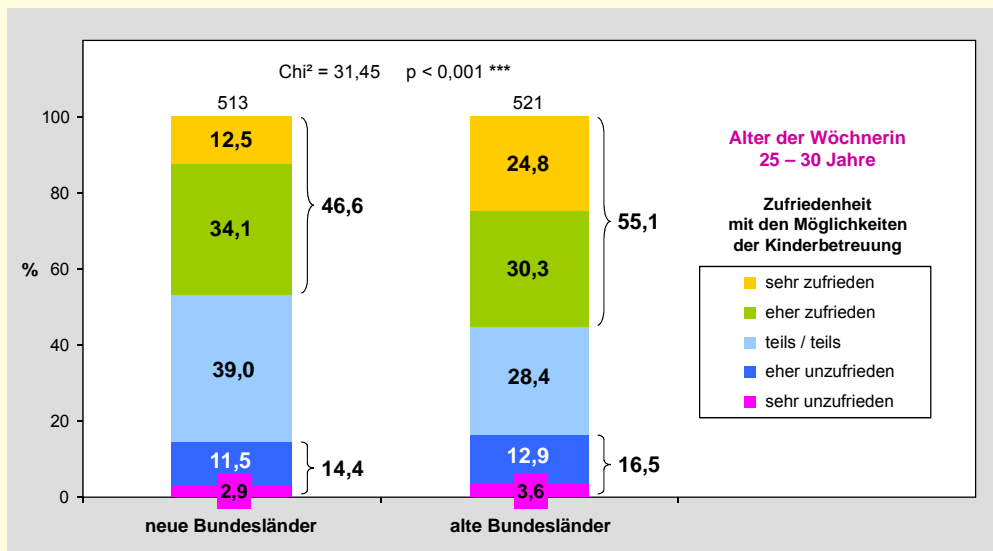
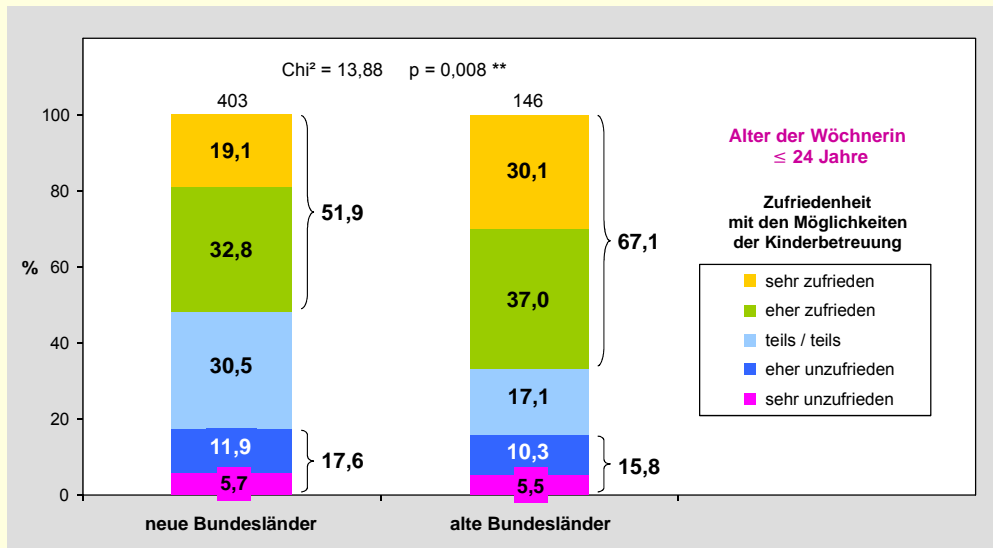


Abb. 58 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung (unter Berücksichtigung ihres Alters)

mit ihrer Partnerschaft

Abb. 59 zeigt die Zufriedenheit der Erstgebärenden mit der Partnerschaft zwischen neuen und alten Bundesländern.

82,5% waren in den neuen Bundesländern mit ihrer Partnerschaft 'sehr zufrieden', in den alten Bundesländern sogar 86,0%. Aber auch 6,3% der Erstgebärenden waren in den neuen Bundesländern mit ihrer Partnerschaft 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den alten Bundesländern betrug dieser Prozentsatz nur 3,2%. Die Unterschiede in der Bewertung der Partnerschaft zwischen neuen und alten Bundesländern sind signifikant unterschiedlich.

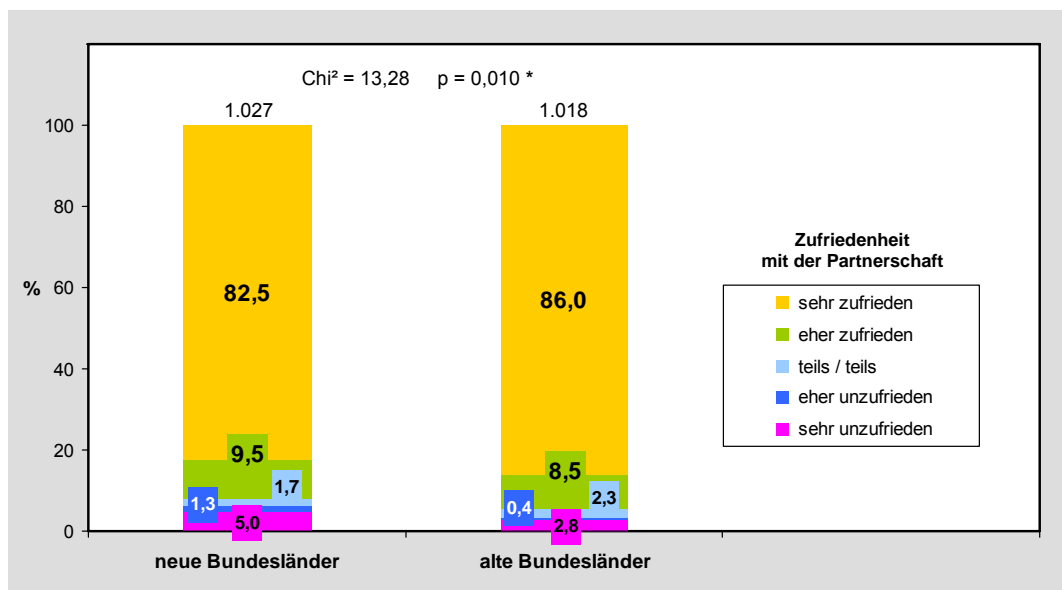


Abb. 59 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit ihrer Partnerschaft

Gerade bei relativ jungen Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern war die Zufriedenheit mit der Partnerschaft am geringsten (Abb. 60).

Nur 77,6% waren hier mit ihrer Partnerschaft 'sehr zufrieden' und 10,8% sogar 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. In den alten Bundesländern waren in dieser Altersgruppe 89,9% 'sehr zufrieden' und auch nur 6,1% 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. Der höchste Zufriedenheitsgrad zeigte sich in der mittleren Altersgruppe. Mit über 96% waren sowohl die Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern als auch aus den alten Bundesländern mit ihrer Partnerschaft 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden'. Bei der älteren Altersgruppe zeigten sich ähnliche Differenzen zwischen neuen und alten Bundesländern wie bei den relativ jungen Erstgebärenden. Die Unterschiede in der Bewertung der Partnerschaft sind bei allen drei Altersgruppen nicht statistisch signifikant.

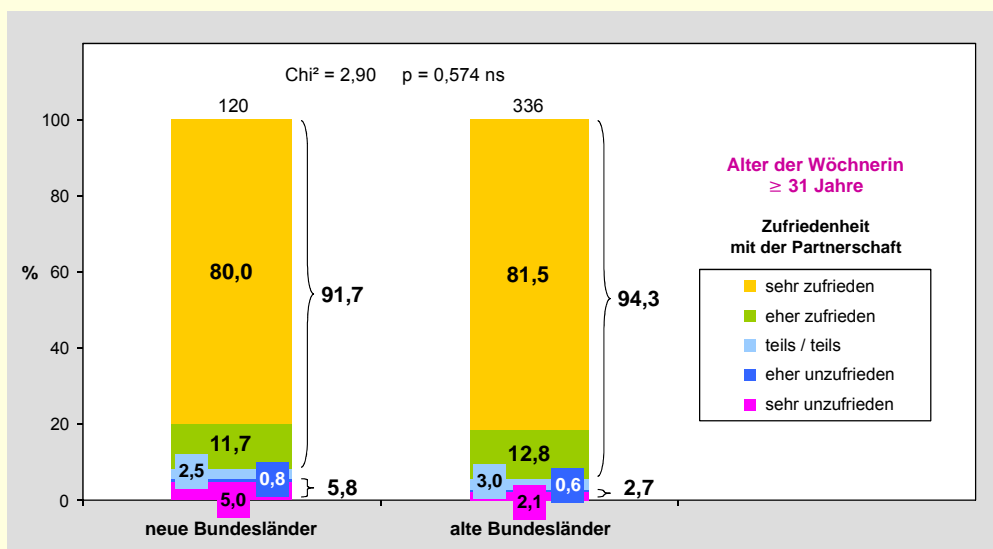
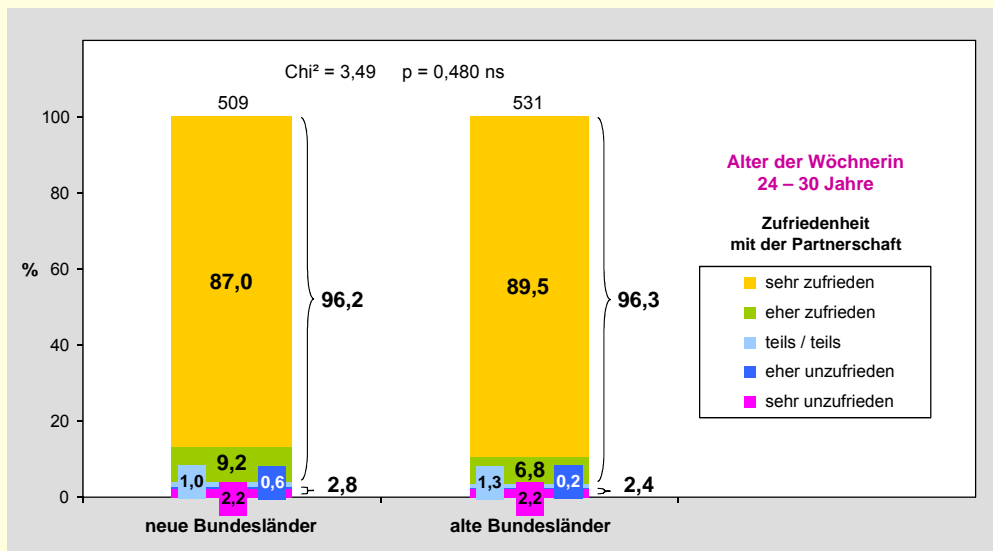
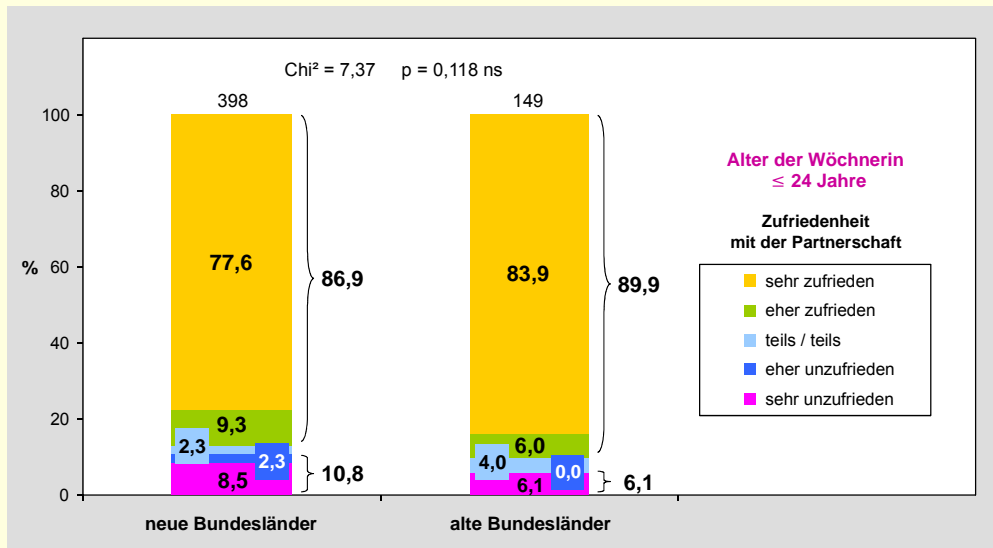


Abb. 60 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit ihrer Partnerschaft
(unter Berücksichtigung ihres Alters)

mit der staatlichen Unterstützung von Familien

Die Zufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien zeigt Abb. 61.

Hier gab es nahezu keine Differenzen im Ost-West-Vergleich. Der Unterschied ist nicht signifikant. 16,6% der Erstgebärenden aus den neuen und 15,4% aus den alten Bundesländern waren mit der staatlichen Unterstützung von Familien 'sehr unzufrieden'. Knapp die Hälfte der Erstgebärenden in den neuen und alten Bundesländern war mit der staatlichen Unterstützung von Familien 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. Nur etwa 17% der Erstgebärenden waren 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden'.

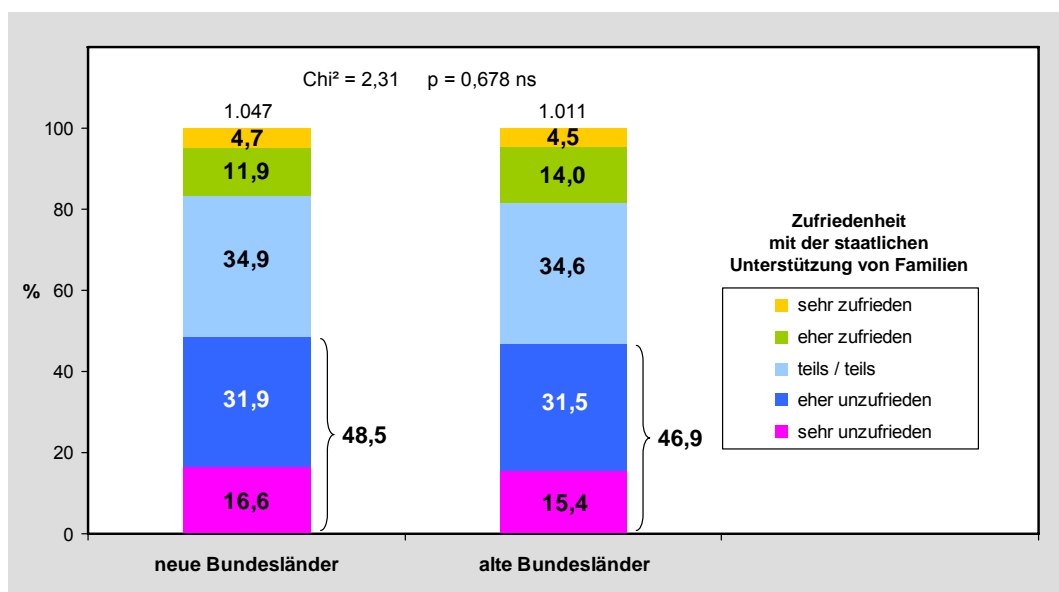


Abb. 61 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit der staatlichen Unterstützung von Familien

Die Zufriedenheit der Erstgebärenden mit der staatlichen Unterstützung von Familien im Vergleich neue zu alte Bundesländer unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden zeigt Abb. 62.

Bei relativ jungen Erstgebärenden überwog eine positivere Bewertung in den alten Bundesländern im Vergleich zu den neuen Bundesländern. 33,1% waren mit der staatlichen Unterstützung von Familien 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden'. In den neuen Bundesländern waren es nur 22,9%. In der mittleren Altersgruppe und auch bei den relativ späten Erstgebärenden ging die Zufriedenheit aber deutlich, sowohl in den neuen als auch alten Bundesländern, zurück. Nur noch 12,4% – 16,1% waren 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden'. Der Anteil der Erstgebärenden, die 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden' waren, stieg deutlich an. Der Prozentsatz der Unzufriedenheit nahm besonders in den alten Bundesländern deutlich zu. Waren nur 35,1% der relativ jungen Erstgebärenden mit der staatlichen Unterstützung von Familien 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden', so meinten dieses bei den relativ späten Erstgebärenden 52,5%. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind bei allen drei Altersgruppen nicht signifikant.

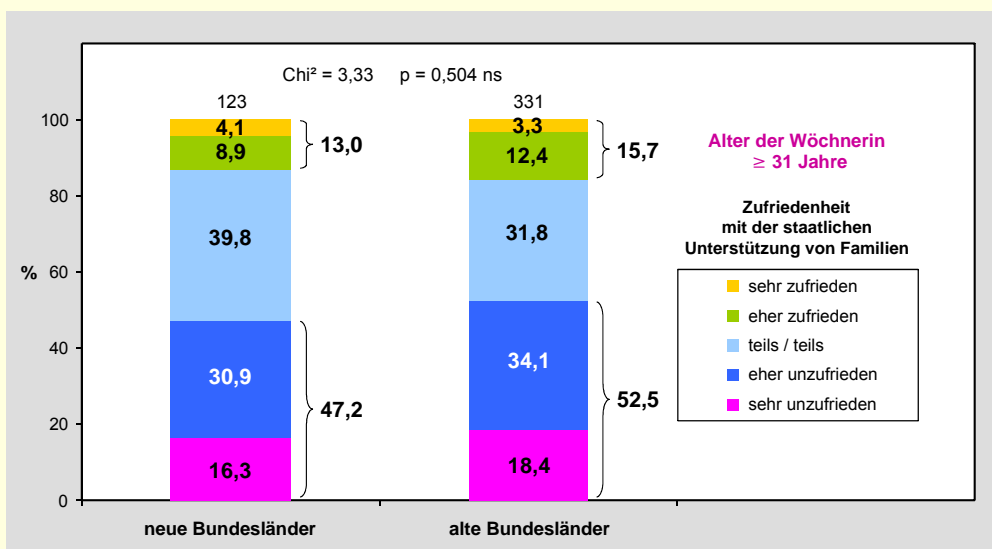
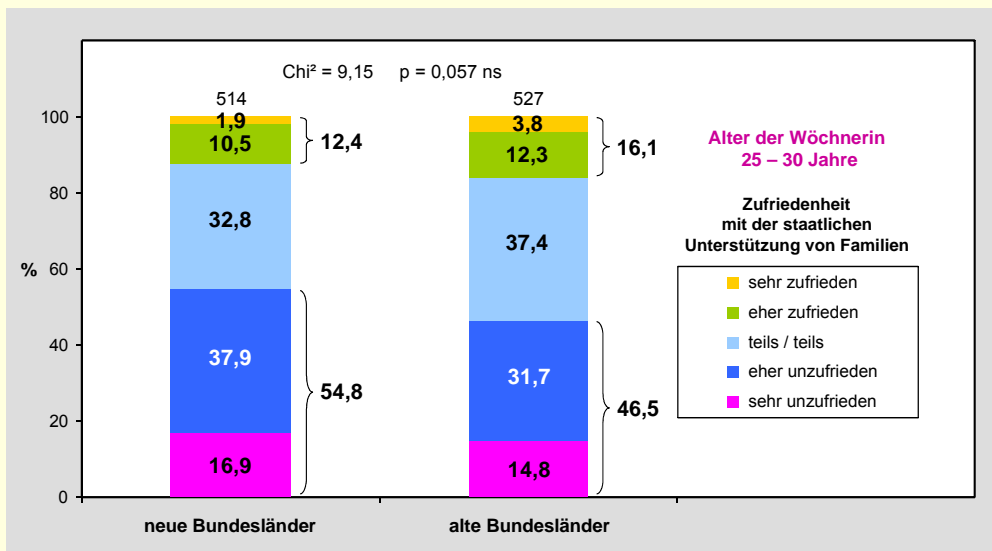
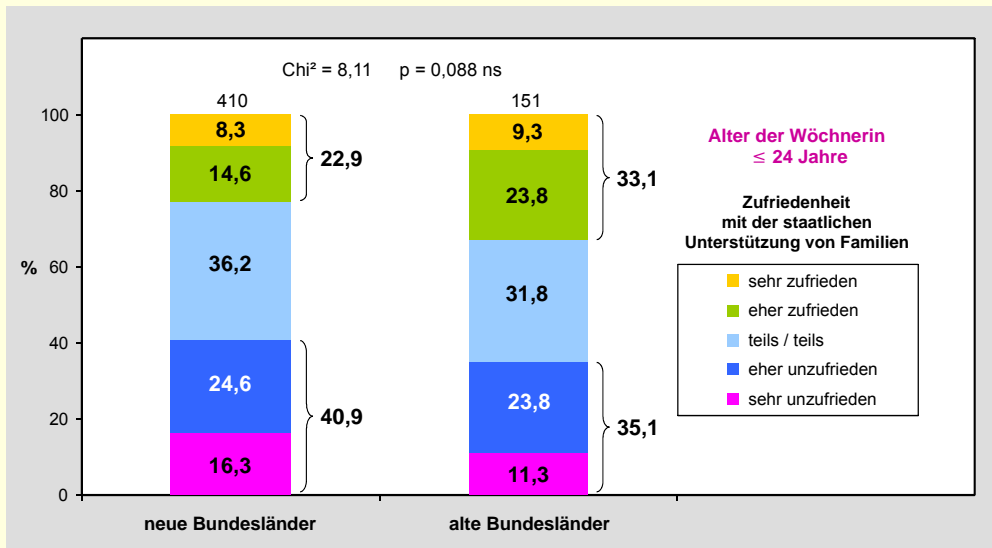


Abb. 62 Zufriedenheit von Erstgebärenden mit der staatlichen Unterstützung von Familien (unter Berücksichtigung ihres Alters)

4.6 Unterschiede in der Beurteilung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Erstgebärenden

Abb. 63 zeigt die allgemeine Einschätzung der Erstgebärenden, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können im Ost-West-Unterschied.

Danach meinten 69,2% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern 'es ist nicht leicht, aber möglich'. In den alten Bundesländern waren es nur 57,8%. 2,8% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern waren sogar der Meinung, dass es 'leicht möglich ist', Beruf und Familie mit einem Kleinkind verbinden zu können. Der Unterschied in der Aussage zwischen neuen und alten Bundesländern ist hoch signifikant.

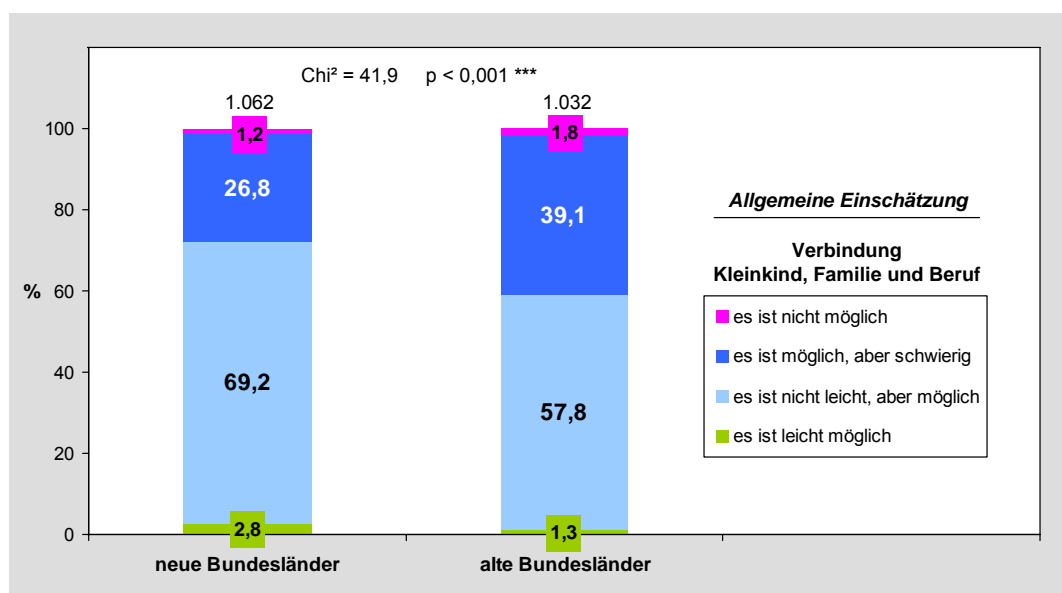


Abb. 63 Wie schätzen Sie *allgemein* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

Mit zunehmendem Alters nahm die positive Einstellung sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern ab (Abb. 64).

Nur noch 61,3% der relativ späten Erstgebärenden in den neuen Bundesländern meinten, dass es 'nicht leicht, aber möglich' ist. Bei den relativ jungen Erstgebärenden waren es noch 70,8%. Auch in den alten Bundesländern war eine Abnahme um 7,3% von 60,8% auf 53,5%. Am deutlichsten sind die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern in der mittleren Altersgruppe (hochsignifikant), aber auch bei den relativ jungen Erstgebärenden.

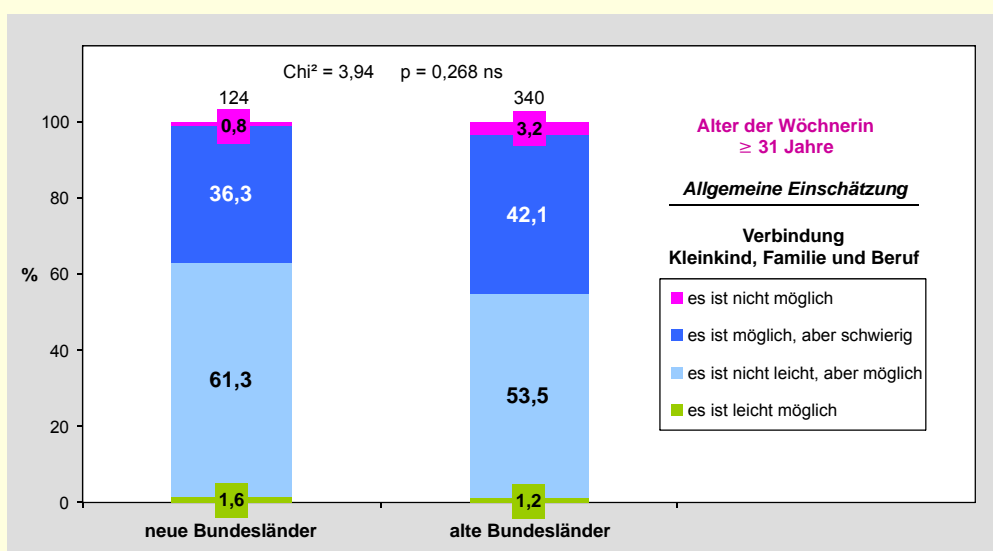
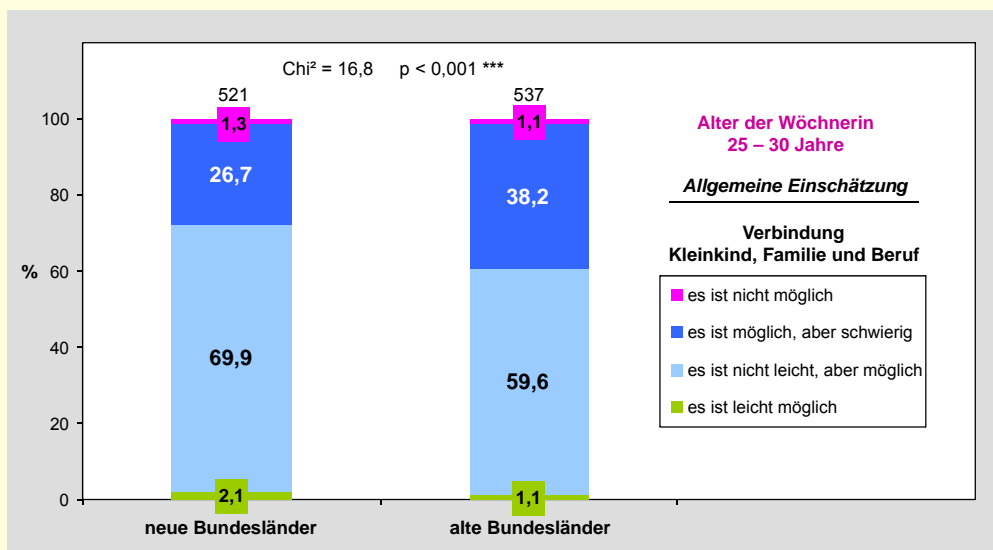
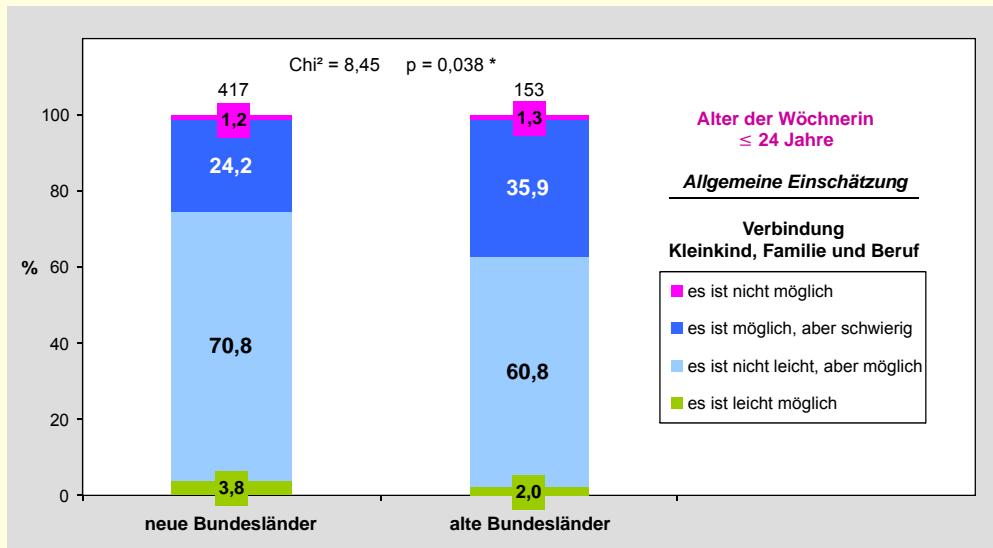


Abb. 64 Wie schätzen Sie *allgemein* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können? (unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Bei der persönlichen Einschätzung dieser Frage ergab sich folgendes Ergebnis (Abb. 65): Der Anteil der Erstgebärenden, die meinen 'es ist leicht möglich', stieg gegenüber der allgemeinen Einschätzung sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern noch leicht an. Aber auch die Rubrik 'es ist nicht möglich' nahm besonders in den alten Bundesländern zu. Hier stieg der Prozentsatz auf 10,3%. Auch bei der persönlichen Einschätzung zur möglichen Verbindung von Beruf und Familie sind die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern hoch signifikant.

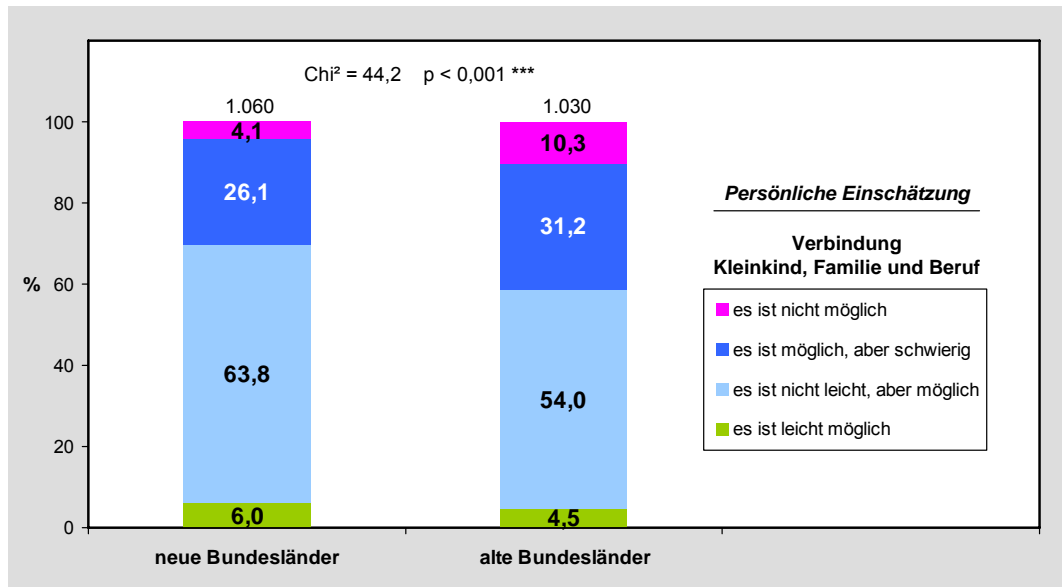


Abb. 65 Wie schätzen Sie *persönlich* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

Auch unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden schätzten deutlich mehr Frauen aus den neuen Bundesländern auch persönlich die Möglichkeit besser ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können (Abb. 66).

71,8% der Erstgebärenden der mittleren Altersgruppe meinten, dass es 'leicht möglich bzw. nicht leicht, aber möglich ist'. In den alten Bundesländern waren es in der gleichen Altersgruppe nur 59,7%. Der Unterschied ist hoch signifikant. In den beiden anderen Altersgruppen lagen ähnliche Ergebnisse vor.

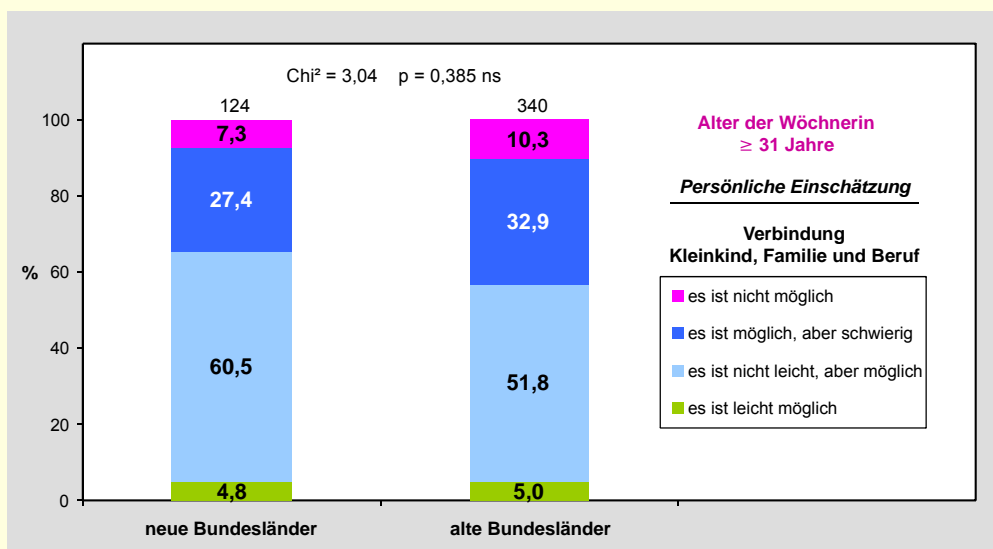
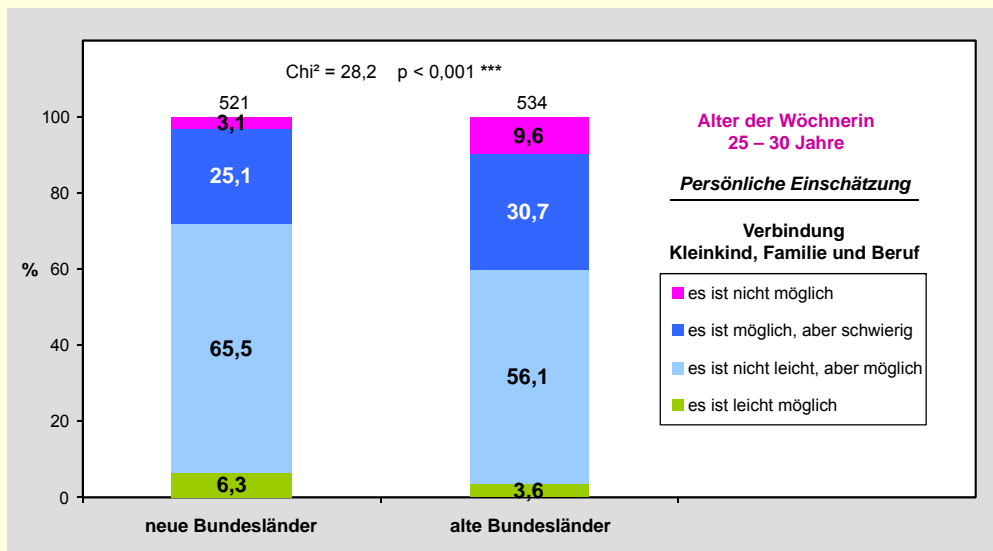
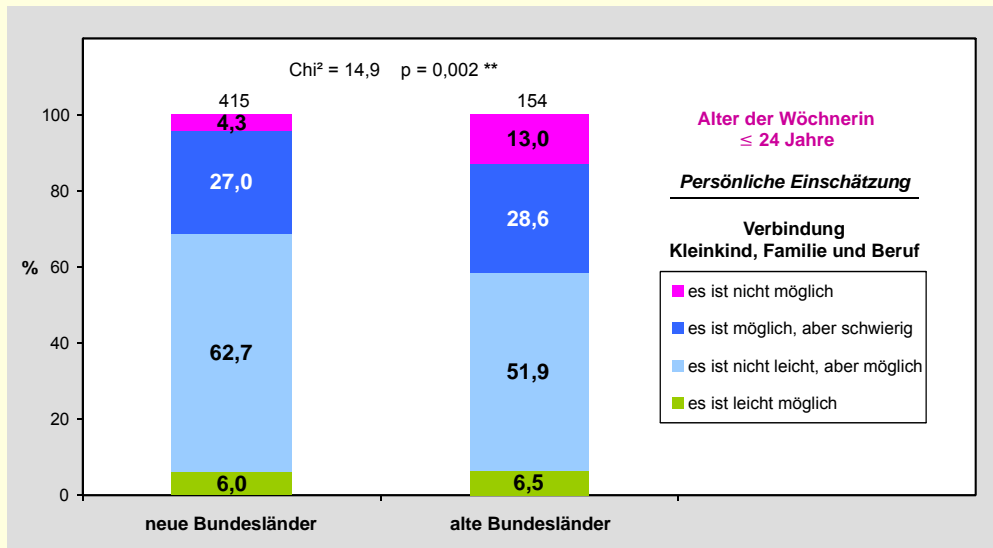


Abb. 66 Wie schätzen Sie *persönlich* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können? (unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Auf die Frage: 'Wenn der Partner ein ausreichend hohes Einkommen erzielt, sollte die Frau auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind?', äußerten sich die Erstgebärenden folgendermaßen (Abb. 67):

Deutlich mehr Erstgebärende aus den alten Bundesländern stimmten hier zu. 64 % stimmten 'voll und ganz bzw. eher' zu. In den neuen Bundesländern waren es nur 36,1%. Dafür verneinten 28,8% der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern klar diese Frage; in den alten Bundesländern nur 13,0%. Die Unterschiede in der Bewertung dieser Frage sind hoch signifikant.

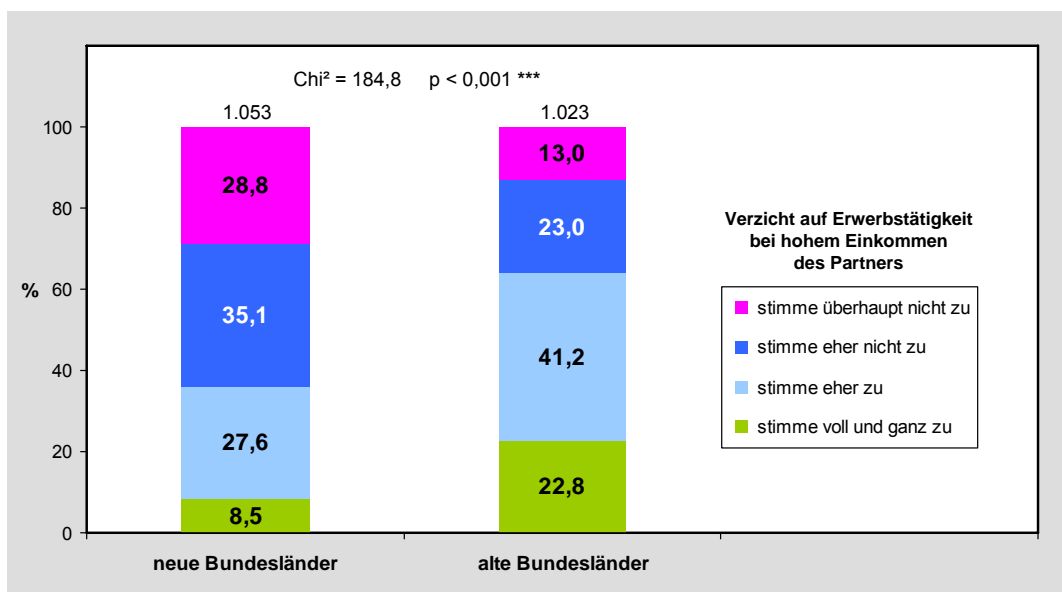


Abb. 67 Verzicht auf eigene Erwerbstätigkeit der Frau, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind (bei ausreichend hohem Einkommen des Partners)

Auch unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden sind die Unterschiede in Bezug auf diese Frage zwischen neuen und alten Bundesländern statistisch hoch signifikant unterschiedlich (Abb. 68).

Mit zunehmendem Alter nahm der Anteil an Erstgebärenden, die überhaupt nicht in dieser Frage zustimmten, zu: in den neuen Bundesländern von 26,5% bei den relativ jungen Erstgebärenden auf 32,5% bei den relativ späten Erstgebärenden. Besonders auch bei den späten Erstgebärenden der alten Bundesländer lag dieser Anteil mit 19,9% um mehr als das 2-fache höher als in den anderen beiden Altersgruppen. Dementsprechend ging der Anteil an Erstgebärenden, die 'voll und ganz' zustimmen, von 31,4% bei den jungen Erstgebärenden auf nur noch 16,6% bei den späten Erstgebärenden deutlich zurück. In den neuen Bundesländern war dieser Anteil auch unter Berücksichtigung des Alters relativ konstant. Er schwankte zwischen 10,1% und 6,9%.

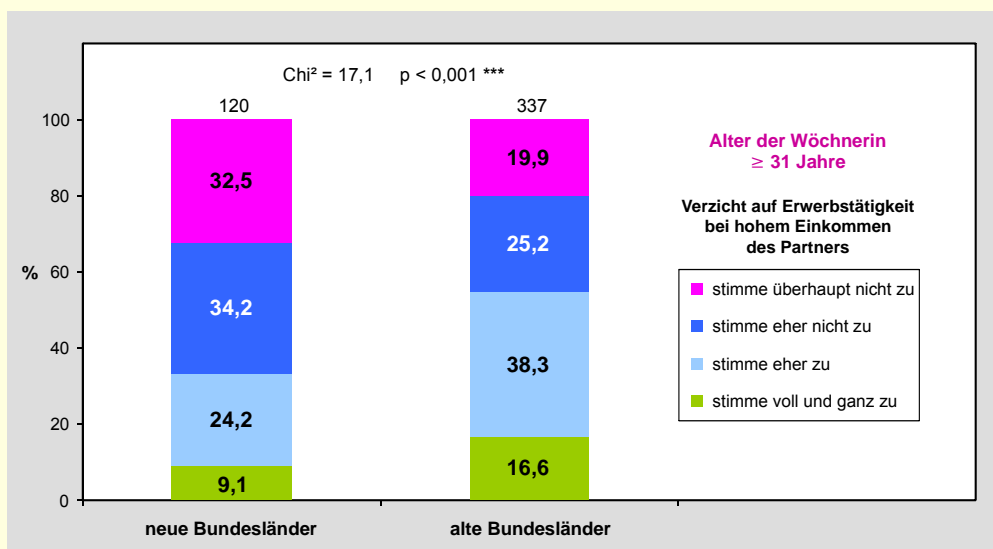
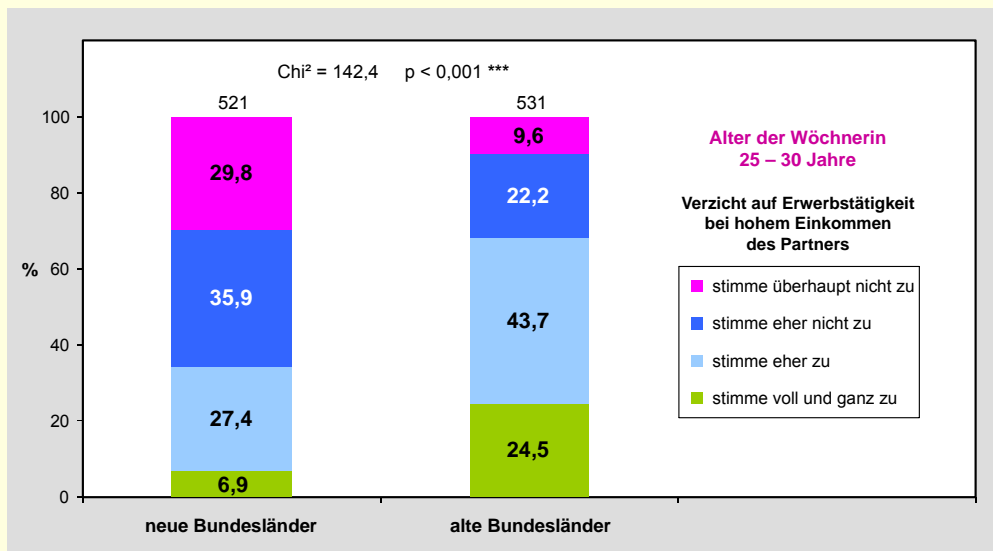
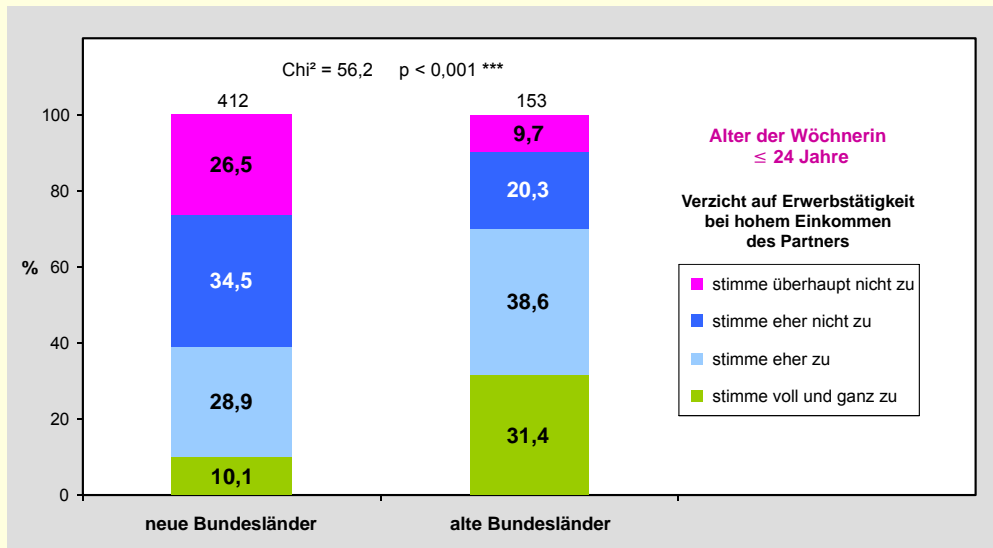


Abb. 68 Verzicht auf eigene Erwerbstätigkeit der Frau, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind (bei ausreichend hohem Einkommen des Partners und unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

4.7 Unterschiedliche Auffassungen zu folgenden Bereichen:

- *Wer wird für die Kindererziehung zuständig sein?*
- *In welchen Bereichen würden Sie sich im Interesse des Kindes einschränken?*
- *Wer kann Hilfe leisten bei der Beaufsichtigung des Kindes?*

Die Frage: 'Wer wird für die Kindererziehung zuständig sein?', wurde in den einzelnen Partnerschaften unterschiedlich gesehen. Auf 'Welche der Aussagen trifft für Ihre Partnerschaft zu?', meinten die Erstgebärenden folgendes (Abb. 69):

Mit 84,9% in den neuen Bundesländern und 71,3% in den alten Bundesländern meinten die Erstgebärenden, dass beide Partner 'zu gleichen Teilen' für die Kindererziehung zuständig sind. Dass die Kindererziehung vor allem die 'Aufgabe der Mutter' zu sein hat, antworteten 28,1% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern lag dieser Anteil mit nur 14,7% deutlich niedriger. Dass der 'Partner sich hauptsächlich um die Kindererziehung kümmern' wird, meinten nur 0,4% bzw. 0,6% der Erstgebärenden. Die Ergebnisse dieser Frage sind zwischen neuen und alten Bundesländern hoch signifikant unterschiedlich.

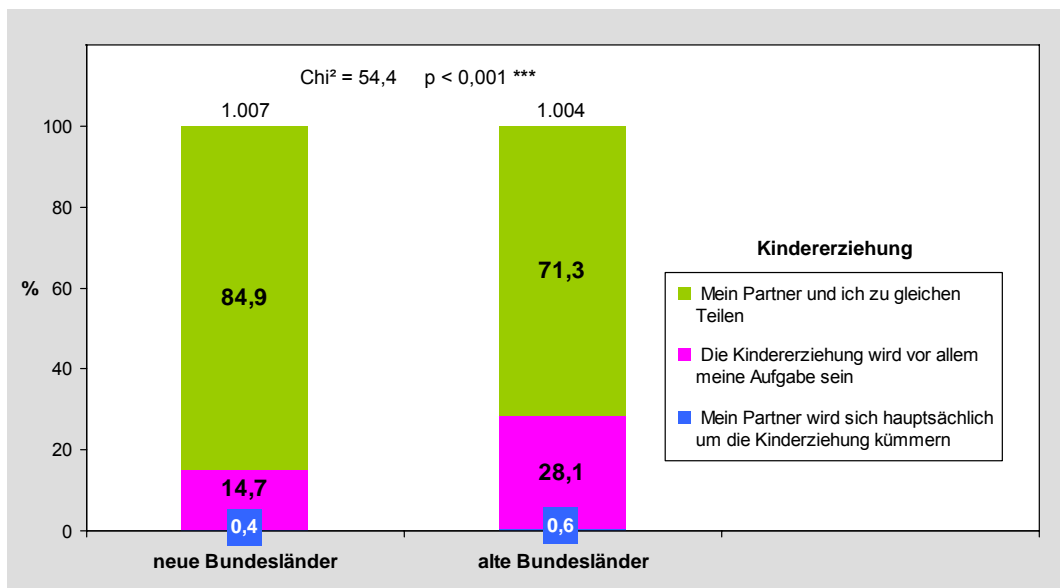


Abb. 69 Wer wird für die Kindererziehung zuständig sein?

Auch unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden waren deutliche Differenzen in jeder Altersgruppe in dieser Frage vorhanden (Abb. 70).

Besonders in der mittleren Altersgruppe meinten die Erstgebärenden aus den alten Bundesländern, dass die Kindererziehung vor allem ihre Aufgabe sein wird (28,5%). In den neuen Bundesländern waren es nur 13,1%. Der Unterschied in der Auffassung ist hoch signifikant. Je älter die Erstgebärenden waren, um so mehr schätzten auch Erstgebärende aus den neuen Bundesländern dieses so ein. Mit 24,4% Erstgebärenden aus den neuen und 29,6% aus den alten Bundesländern, die dieser Meinung waren, betrug der Unterschied nur noch 5,2% und ist auch nicht mehr signifikant.

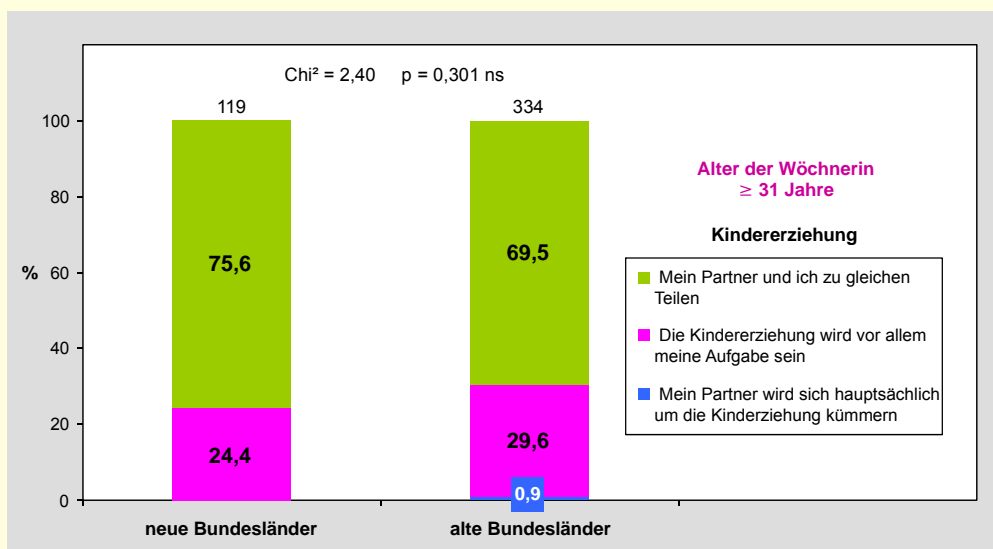
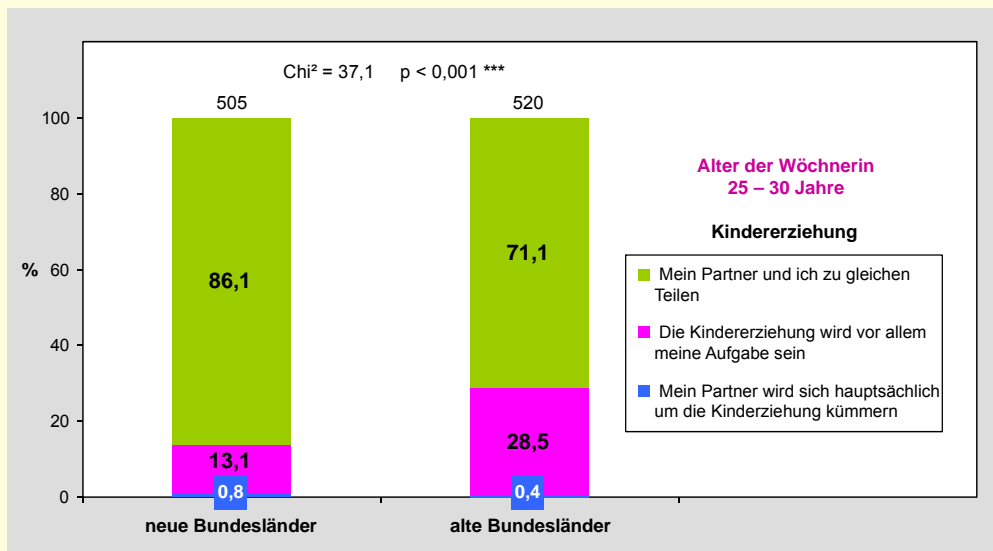
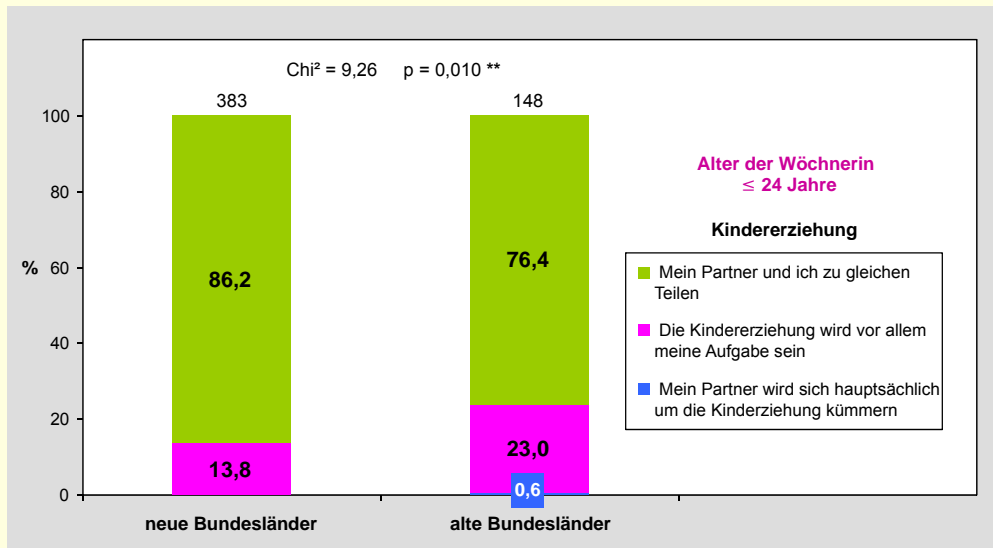


Abb. 70 Wer wird für die Kindererziehung zuständig sein?
(unter Berücksichtigung des Alters der Erstgebärenden)

Mit der Geburt eines Kindes verändern sich häufig auch der zeitliche und der finanzielle Spielraum für verschiedene Aktivitäten. Auf die Frage: 'In welchen Bereichen denken Sie, dass Sie sich einschränken müssen?', antworteten die Erstgebärenden folgendermaßen (mehrere Nennungen waren möglich) [Abb. 71]: Vor allem bei außerhäuslichen Aktivitäten (z.B. Verein, Ehrenämter, kulturelle Veranstaltungen) wollten sich die Erstgebärenden einschränken. Mit 56,7% gaben dies Erstgebärende aus den alten und mit 51,2% Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern an. Zu 50% waren sie aber auch bereit, persönlich z.B. auf neue Kleidung zu verzichten. Ebenso waren sie bereit – und das trifft vor allem für Erstgebärende aus den alten Bundesländern zu – 'Zeit für sich selbst, für den Partner und für berufliche Weiterbildung einzusparen'. Die Unterschiede sind hier hoch signifikant.

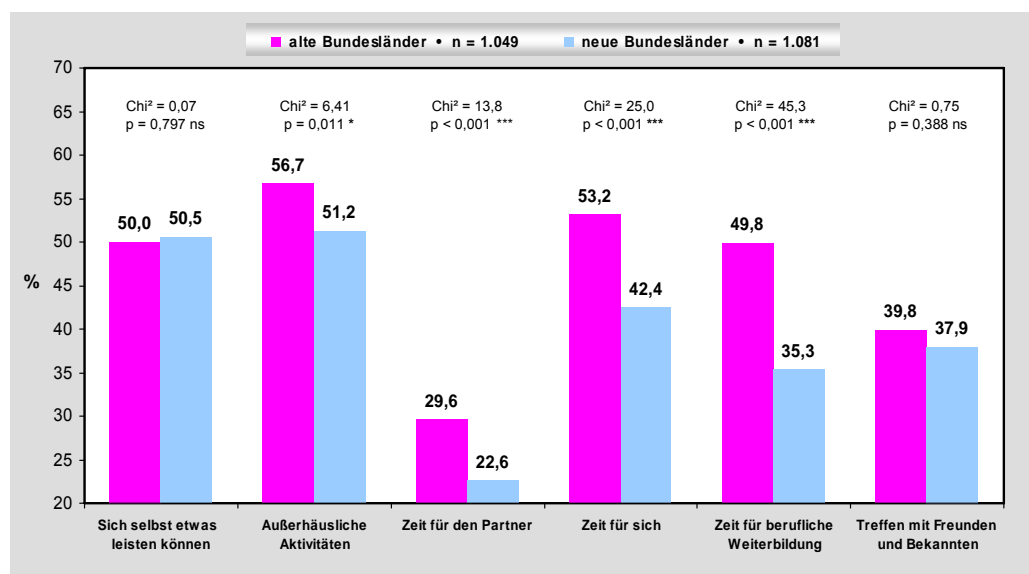


Abb. 71 In welchen Bereichen denken Sie, dass Sie sich einschränken müssen?
(Mehrere Nennungen sind möglich)

Auf die Frage: 'Angenommen, Sie müssten schnell jemanden finden, der Ihr Kind für eine gewisse Zeit beaufsichtigt. Bitte kreuzen Sie für jede Personengruppe oder Institution an, ob Sie Ihnen sicher, möglicherweise oder kaum in einer solchen Situation helfen kann', gaben die Erstgebärenden der neuen und alten Bundesländer folgende Antworten (Abb. 72):

An erster Stelle standen erwartungsgemäß die Ehepartner bzw. Partner und dann die Eltern, Schwiegereltern und Großeltern. Rund drei Viertel der Erstgebärenden geben diese Personengruppen als sicher an. Aber auch Geschwister und Freunde wurden in 25,6% – 30,2 % angegeben. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind bei den meisten Personengruppen nicht signifikant. Eine deutliche Ausnahme machte die Angabe zu den Kindertagesstätten. In den neuen Bundesländern meinten 31,8% der Erstgebärenden, dass sie relativ schnell einen Platz in der Kindertagesstätte für ihr Kind erhalten würden; 54,3% antworteten mit 'möglicherweise'. In den alten Bundesländern äußerten sich nur 11,3% positiv dazu. Demgegenüber waren 42,2% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern der Meinung, dass ein Platz in der Kindertagesstätte kaum möglich wäre. Die Unterschiede in der Beantwortung dieser Frage waren zwischen Erstgebärenden aus den neuen und alten Bundesländern hoch signifikant.

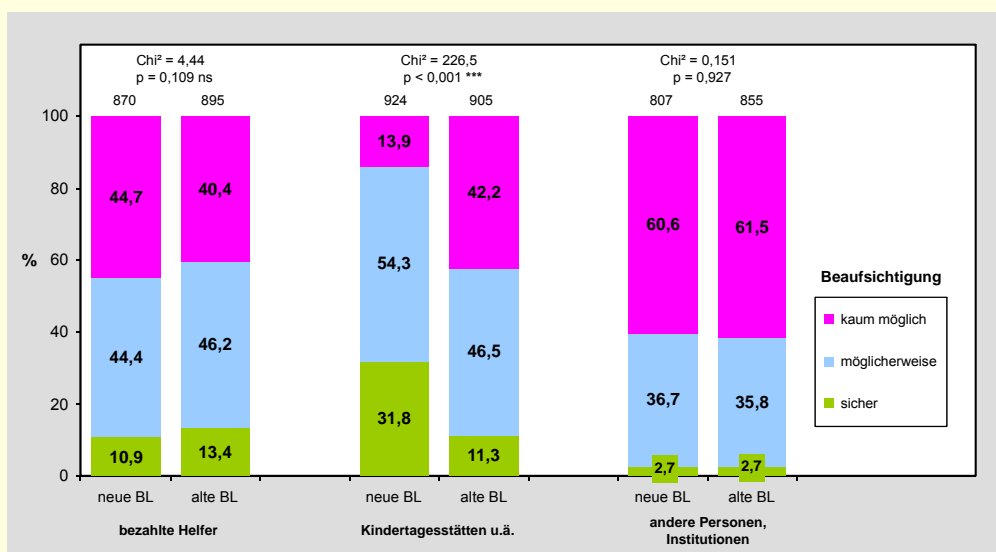
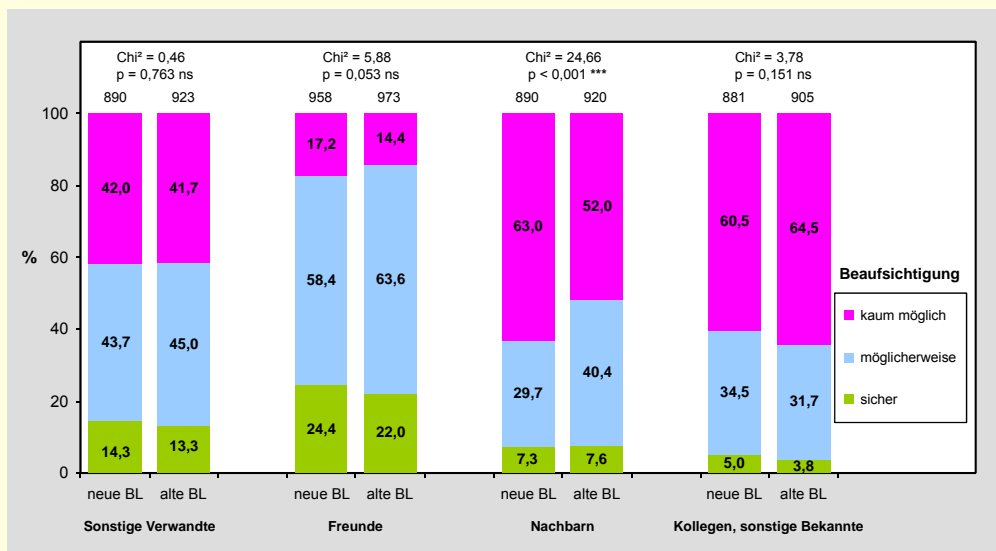
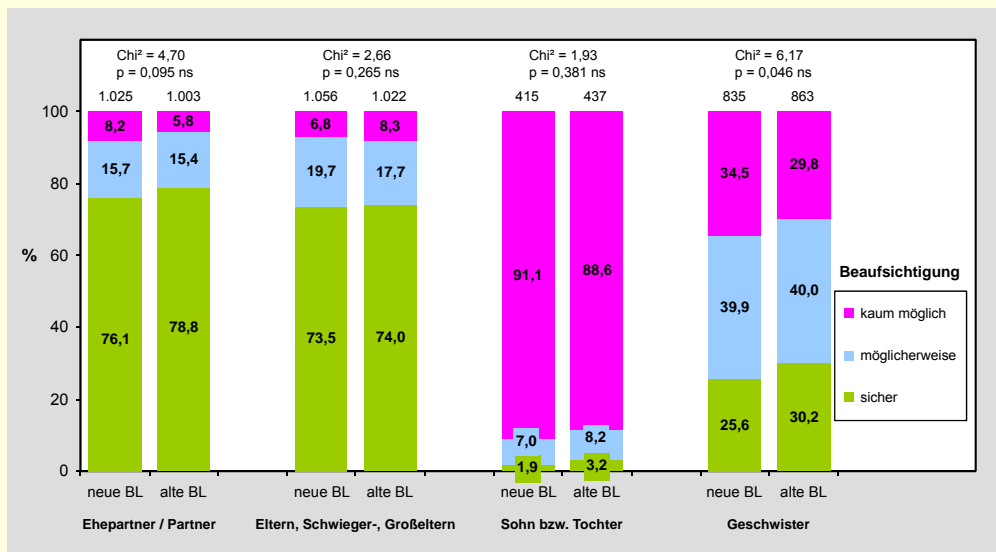


Abb. 72 Hilfeleistung bei der Beaufsichtigung des Kindes (durch Personen oder Institutionen)

5 Diskussion

Die Diskussion der Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ erfolgt entsprechend der Unterteilung nach Fragen und Darstellungen der Lebensverhältnisse, der Familienplanung und der Einstellung zu Familie und Beruf der befragten Erstgebärenden. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich der Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten der neuen und alten Bundesländer.

Lebensverhältnis

Bei der Betrachtung der Variablen 'Alter' und 'Familienstand bei der Geburt des ersten Kindes', der 'beruflichen Stellung' sowie beim 'Nettoeinkommen' der Erstgebärenden zeigen sich auch zum Zeitpunkt der Befragung (1998 – 2000) noch immer deutliche Unterschiede.

Die Altersverteilung der Erstgebärenden der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ lag in den neuen Bundesländern bei 25,6 Jahren und war damit um 3,1 Jahre niedriger als bei Erstgebärenden in den alten Bundesländern mit 28,7 Jahren. Wie in Kapitel 2.1 gezeigt, entspricht dies dem durchschnittlichen Erstgebäralter der Mütter in den neuen bzw. alten Bundesländern (ENGSTLER *et al.* 2003). Es kam somit in den neuen Bundesländern zu einer Zunahme des Alters bei der ersten Geburt. Dieses Muster ist als Annäherung an das generative Muster der „späten Mutterschaft“ in den alten Bundesländern zu deuten (GEIBLER 2002), aber der Unterschied bleibt bestehen, dass Frauen der neuen Bundesländer durchschnittlich jünger sind als Frauen der alten Bundesländer, wenn sie ihr erstes Kind bekommen.

Bei der Betrachtung des 'Familienstandes' zeigt sich, dass deutlich weniger Erstgebärende der neuen Bundesländer zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet waren (40%) gegenüber den Erstgebärenden der alten Bundesländer. Hier waren 76,6% bei der Geburt des ersten Kindes bereits verheiratet.

Vergleicht man die Erhebungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2005) mit den Angaben der Wöchnerinnen zum 'Familienstand' so zeigen sich zunächst Diskrepanzen zwischen der offiziellen Statistik und der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. Es waren 22% mehr Frauen der neuen Bundesländer verheiratet (62%) als bei der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ erhoben wurde. Bei den alten Bundesländern stimmen die Daten überein (vgl. Abb. 6 = offizielle Statistik und Abb. 16 = Kinderwunsch- und Wachstumsstudie). Die unterschiedlichen Angaben zum Familienstand der Eltern von Kindern der neuen Bundesländer lassen sich dadurch erklären, dass in den neuen Bundesländern oft erst geheiratet wird, wenn das erste Kind bereits auf der Welt ist. Laut SCHWARZ (2001) und PEUCKERT (1999) fanden knapp die Hälfte der nicht ehelich geborenen Kinder in den neuen Bundesländern eine nachträgliche Legitimierung durch die Eheschließung. Dies ist ein generatives Muster, das bereits in der ehemaligen DDR Bestand hatte (LÖHR 1992). In den alten Bundesländern gilt allerdings nach wie vor, dass die Eheschließung der Geburt des ersten Kindes vorausgeht.

Diese unterschiedliche Praxis zeigt sich in den Daten der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. So war die Mehrheit der Erstgebärenden aus den neuen Bundesländern noch ledig (57,3%) und nur 40,0% waren bereits verheiratet. Demgegenüber waren lediglich 21,0% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern noch ledig, 76,7% der Erstgebärenden waren bei der Geburt des Kindes bereits verheiratet.

Auch bei der 'beruflichen Stellung' sowie beim 'Nettoeinkommen' zeigen sich, wie in Kapitel 4.1 dargestellt, hoch signifikante Unterschiede. Auffällig ist insbesondere die hohe Zahl der Wöchnerinnen in den neuen Bundesländern, die sich noch in ihrer Ausbildung befinden (Abb. 13). Das sind 13,2% der befragten Wöchnerinnen im Vergleich zu gerade mal 4,2% der Wöchnerinnen der alten Bundesländer. Hier bestätigt sich, was sich bereits beim Alter der Erstgebärenden abzeichnete: die im Vergleich zu den alten Bundesländern „frühe Mutterschaft“ in den neuen Bundesländern. Das ist Teil des generativen Musters der neuen Bundesländer, das auch nach der Wiedervereinigung weiter bestand hat (SCHRÖTER 1995, RICHTER 1996). Für Frauen der neuen Bundesländer ist nicht ein Nacheinander von Beruf und Familie Ziel der eigenen Lebensplanung, wie es bei westdeutschen Frauen der Fall ist (INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH 2004), sondern eine Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung.

Betrachtet man das 'Nettoeinkommen', so zeigt der Vergleich eine deutliche Asymmetrie in den Angaben zum monatlichen Nettoeinkommen des Haushaltes. Bei den Kategorien mit geringerem monatlichen Nettoeinkommen dominieren die Wöchnerinnen aus den neuen Bundesländern (56,4%). Dem gegenüber haben 71,7% der Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern mehr als 1.500 € im Monat zur Verfügung (Abb. 14).

Die Beurteilung des Nettoeinkommens ist ein schwieriges Unterfangen, da das Einkommen mit der Produktivität und den Lebenshaltungskosten in Beziehung stehen. Beides ist im Vergleich zu den alten Bundesländern geringer. Zum einen wird aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation nicht so viel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwirtschaftet und zum anderen sind die Lebenshaltungskosten (z.B. bei der Miete) im Verhältnis zu den alten Bundesländern geringer. Im Jahr 2001 betrug das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 71% des westdeutschen Niveaus (ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSINSTITUTE e.V. 2002). Die Angleichung der Löhne fiel im Vergleich zur Produktivität positiver aus. Betrug die Verdienstlücke 1991 noch 43%, so war sie im Jahr 2001 noch nominal 17%. Im Jahr 2001 verdienen die ostdeutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt 1.206 € netto pro Monat im Vergleich zu 1.449 € der westdeutschen Arbeitnehmer. Hier sei anzumerken, dass sich im Zuge der Solidaritätsvereinbarungen die Wohlstandsschere schneller geschlossen hat als die Produktivitätsschere (GEIBLER 2002).

Die unterschiedliche berufliche und finanzielle Situation der befragten Wöchnerinnen zeigt sich auch in der Bewertung der Zufriedenheit mit ihrem allgemeinen Lebensstandard. Waren 40,7% der Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern mit ihrem Lebensstandard 'sehr zufrieden', waren es in den neuen Bundesländern nur 26,3% (Abb. 51).

Auch bei der Zufriedenheit mit dem Einkommen des Haushaltes zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Mit dem Einkommen ihres Haushaltes waren 61,4% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern 'sehr bzw. eher zufrieden'. In den neuen Bundesländern waren es lediglich 41,9%. Gleichzeitig war die Unzufriedenheit mit dem Einkommen in den neuen Bundesländern doppelt so groß (22,0%) als in den alten Bundesländern (11,6%) [Abb. 53]. Studien zur Entwicklung des „subjektiven Wohlbefindens“ der Bevölkerung geben an, dass der Anteil der „Unzufriedenen“ in Deutschland im Durchschnitt bei ca. 10% liegt (LANDUA *et al.* 1991, STATISTISCHES BUNDESAMT 2000). Demnach entspricht die Unzufriedenheit der Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Wöchnerinnen aus den neuen Bundesländern sind mit ihrer Unzufriedenheit deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt anzusehen.

Familienplanung

Die „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ erfasst die Familienplanung mit Fragen zur Planung der Schwangerschaft, zu möglichen Gründen für eine zeitliche Verzögerung der ersten Schwangerschaft sowie zum weiteren Kinderwunsch der Wöchnerinnen. Wie in Kapitel 4.2 gezeigt, gaben drei Viertel der Befragten an, dass das jetzt geborene Kind geplant war (neue Bundesländer 77,1% / alte Bundesländer 76,0%). Hierbei zeigen sich keine Unterschiede im Vergleich der neuen und alten Bundesländer (Abb. 20). Wie zu erwarten ist, nimmt mit dem steigenden Alter der Wöchnerinnen auch die Häufigkeit der Planung des Kindes zu. Allerdings zeigen sich Unterschiede dahingegen, dass sehr junge Frauen (unter 25 Jahre) in den neuen Bundesländern häufiger ihr Kind planten (65,9%) als in den alten Bundesländern (51,2%). Somit setzt nicht nur die Realisierung des Kinderwunsches früher ein als in den alten Bundesländern, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Kinderwunsch beginnt früher. Erst ab dem Alter von über 30 Jahren planen mehr Frauen der alten Bundesländer ihre Schwangerschaft (82,5%) als in den neuen Bundesländern (79,1%) [Abb. 21]. Hier zeigt sich erneut das Muster der „späten Mutterschaft“ der Frauen aus den alten Bundesländern (GEISLER 2002).

Unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung der Erstgebärenden konnten zwischen den neuen und alten Bundesländern keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden. Eine Ausnahme bilden die hochqualifizierten Angestellten der alten Bundesländer. Ein Viertel (25,2%) der Erstgebärenden der alten Bundesländer mit höherer Qualifikation gaben an, dass das Kind nicht geplant war (Abb. 22). Hier zeigt sich, dass die Realisierung des Kinderwunsches Teil der Lebensplanung ist, wonach erst nach Ausbildung und Berufseinstieg Kinder gewünscht werden (INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH 2004). Deshalb verschieben gerade Frauen mit höherer Qualifikation und somit einer längeren Ausbildungszeit ihren Kinderwunsch auf „später“.

Die zeitlichen Verzögerungen des Kinderwunsches und ihre Gründe

Neben der Planung kommt es auch immer wieder zu zeitlichen Verzögerungen der Realisierung des Kinderwunsches. In den neuen und alten Bundesländern bestätigten dies ein Viertel der Frauen (Abb. 23). Hierbei gaben jeweils ein Drittel der Befragten an, dass sich die Schwangerschaft um weniger als ein Jahr bzw. bis zu zwei Jahren verzögerte. Gut 20% der Befragten meinten, dass sich diese Schwangerschaft länger als drei Jahre verzögerte (Abb. 26). Zwar sind hier keine Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern festzustellen, aber wie oben gezeigt, setzt die Planung und Realisierung des Kinderwunsches in den neuen Bundesländern früher ein als in den alten Bundesländern.

Die Erhebung möglicher Gründe für eine zeitliche Verzögerung der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ ist sehr umfassend. Hierbei zeigen sich zum einen Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den neuen und alten Bundesländern. Keine signifikanten Unterschiede zwischen den Angaben von Gründen von Erstgebärenden der neuen und alten Bundesländer zeigen sich im Bezug auf die Partnerschaft. Bei über 90% der Befragten spielten 'Unstimmigkeiten bzw. Unsicherheiten in der Partnerschaft' keine Rolle für eine zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft (Abb. 33). Auch bei der Frage nach der Einschätzung der persönlichen Reife waren sich die Befragten einig. Lediglich jede 10. Erstgebärende 'fühlte sich noch nicht reif genug' für ein Kind und verschob deshalb die Schwangerschaft (Abb. 41).

Auch der Grund, dass der 'Partner bzw. die Erstgebärende noch in Ausbildung' war (Abb. 39), zeigt keine signifikanten Unterschiede (neue Bundesländer 19,9% / alte Bundesländer 16,4%). Hierbei ist es jedoch interessant, das Alter in die Betrachtung mit einzubeziehen. Für 31,9% (neue Bundesländer) bzw. für 42,9% (alte Bundesländer) der Erstgebärenden bis 25 Jahre traf dieser Grund noch 'voll bzw. weitgehend' zu. Erwartungsgemäß verlor dieser Grund mit zunehmendem Alter der Erstgebärenden an Bedeutung (Abb. 40).

Interessant ist hierbei, dass für mehr Frauen der alten Bundesländer eine Überschneidung einer möglichen Schwangerschaft mit der eigenen Ausbildung als Grund angegeben wird, die Schwangerschaft aufzuschieben. Hier zeigt sich, was in Kapitel 2.5 bereits angesprochen wurde: ein starkes Nacheinander von Ausbildung, Beruf und Familie als Teil der Lebensplanung (INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH 2004). Für die Frauen der neuen Bundesländer spielt die eigene Ausbildung auch eine sehr wichtige Rolle, denn immerhin geben ein Drittel (31,9%) ihre eigene Ausbildung als Grund für eine zeitliche Verzögerung an (Abb. 40). Auch wenn kein statistisch signifikanter Unterschied angegeben wird, so befanden sich immerhin 13,2% der befragten Erstgebärenden der neuen Bundesländer noch in ihrer Ausbildung. Somit ist für dreimal so viel Befragte der neuen Bundesländer die eigene Ausbildung kein Grund, die Schwangerschaft aufzuschieben als für die Befragten der alten Bundesländer. Hier befanden sich lediglich 4,2% der Erstgebärenden in einer Ausbildung (Abb. 13).

An dieser Stelle soll nun auf die Gründe für eine Aufschiebung der Schwangerschaft eingegangen werden, die signifikante Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern aufzeigen. Die Frage zur finanziellen und materiellen Situation führten 26,2% der Befragten der neuen Bundesländer und 21,8% der Befragten der alten Bundesländer an. Materielle Unsicherheit führt somit in den alten Bundesländern viel häufiger zu einem Aufschieben der Schwangerschaft als in den neuen Bundesländern (Abb. 37). Betrachtet man jedoch die Fragen zur Sicherheit der Erwerbssituation, dann äußern mehr Erstgebärende der neuen Bundesländer ihre Angst vor dem Arbeitsplatzverlust als Erstgebärende der alten Bundesländer. Die 'unsichere eigene Erwerbssituation' und die 'unsichere Erwerbssituation des Partners' war für mehr Befragte der neuen Bundesländer ein Grund, die Schwangerschaft aufzuschieben als für die Erstgebärenden der alten Bundesländer. Insbesondere die 'eigene unsichere Erwerbssituation' wurde am häufigsten als Grund für die zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft angeführt (Abb. 29 und Abb. 35).

Des Weiteren fanden sich Unterschiede bei der Frage nach 'beengten Wohnverhältnissen' und danach, ob die Befragten ihr Leben 'erst noch zu zweit genießen' wollten. Während bei den Befragten der neuen Bundesländer 'beengte Wohnverhältnisse' öfter als Grund angeführt wurden (Abb. 32), hatten mehr Befragte der alten Bundesländer 'erst noch ihr Leben zu zweit genießen' wollen, um beispielsweise Reisen unternehmen zu können (Abb. 43). In den alten Bundesländern trifft dies 'voll bzw. weitgehend' auf 23,5% zu. Das sind doppelt so viele als in den neuen Bundesländern (12,4%). Bei den Befragten der alten Bundesbürger tritt deutlich zu Tage, was beispielsweise OPPITZ (1984) in seiner Erhebung zur Wertorientierung herausfand. In seiner Studie stellte er die Frage nach der Entscheidung zwischen „Kind oder Konsum“ und fand dabei heraus, dass für zwei Drittel der Befragten das Motto „Kind nach Konsum“ gilt. Hier haben „Wohlstand“ und „Freizeit“ Vorrang. Lediglich 10% der untersuchten Paare halten Kinder für wichtiger als Konsum und Karriere.

Der weitere Kinderwunsch der Erstgebärenden

Die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zeigen, dass die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern bzgl. des weiteren Kinderwunsches stark differieren. Wie in Kapitel 2.5 dargestellt, zeigt die Literaturdiskussion diesbezüglich Unterschiede im generativen Verhalten der neuen und alten Bundesländer, die sich auch in dieser Untersuchung abzeichnen. Das typische Muster für die alten Bundesländer wird von den Demografen wie folgt beschrieben. Entweder wird ganz auf Kinder verzichtet, oder es werden mindestens zwei Kinder geboren. Eine Tendenz zur „Einkindfamilie“ kann für die alten Bundesländer nicht festgestellt werden (ENGSTER *et al.* 2003, GEISLER 2002, LÖHR 1991). Im Vergleich hierzu zeigt sich in den neuen Bundesländern eine Fortsetzung der Tendenz, die sich zu Zeiten der ehemaligen DDR herauskristallisierte. Hier hatten über 90% der Frauen mindestens ein Kind (HULLEN 1998). Die Abnahme der Mehrkinderfamilie war hier besonders ausgeprägt: Deutlich weniger Frauen bringen drei und mehr Kinder zur Welt als in den alten Bundesländern. Laut ENGSTLER (1998) ist auch hier das vorherrschende Modell ein Leben mit zwei Kindern, aber der Trend zur „Einkindfamilie“ hat sich – anders als in den alten Bundesländern – verstärkt.

Die Ergebnisse der „Kinderwunsch und- Wachstumsstudie“ können hierbei lediglich Tendenzen aufzeigen, da im Rahmen dieser Untersuchung die Frauen untersucht wurden, die ihre fertile Phase noch nicht abgeschlossen haben.

Zur Tendenz der Einkindfamilie lässt sich sagen, dass doppelt so viele Frauen der neuen Bundesländer ihren Kinderwunsch als abgeschlossen betrachten (17,4%) als in den alten Bundesländern. Hier sind es lediglich 9,4%, die sich keine weiteren Kinder wünschen. In den neuen und alten Bundesländern überwiegen die Erstgebärenden, die sich weitere Kinder wünschen (alte Bundesländer 52,1% / neue Bundesländer 34,7%) [Abb. 45].

Bei der Frage nach der Anzahl der gewünschten Kinder bestätigen sich die Unterschiede, die von den Demografen aufgezeigt wurden. In den neuen Bundesländern wollen etwa drei Viertel der Erstgebärenden noch ein weiteres Kind (77,9%), in den alten Bundesländern sind es etwas weniger Erstgebärende mit ca. zwei Drittel (64,3%). Im Hinblick auf die Erstgebärenden, die sich noch zwei und mehr Kinder wünschen, zeigt sich, dass über ein Drittel der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern noch zwei und mehr Kinder haben wollen (35,7%). Dieser Anteil ist im Vergleich zu den neuen Bundesländern um 13,6 Prozentpunkte höher. Hier wünschen sich lediglich 22,1% zwei und mehr Kinder (Abb. 48).

Bleibt die Frage, ob der weitere Kinderwunsch realisiert werden wird. Wie das BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2005) zum Kinderwunsch herausfand, bleibt die Verwirklichungsrate hinter dem ursprünglichen Kinderwunsch zurück (SCHMITT 2005). Hinzu kommt der auffällig große Anteil der Erstgebärenden, die noch unentschlossen sind (neue BL 47,9% / alte BL 38,5%) [Abb. 45]. Da die befragten Wöchnerinnen ihre fertile Phase noch nicht abgeschlossen haben, kann noch keine abschließende Aussage getroffen werden. Bedenkt man jedoch, dass der durchschnittliche Kinderwunsch bei 1,7 Kindern liegt, die realisierte Geburtenrate jedoch mit 1,4 Kindern pro Frau hinter dem ursprünglichen Wunsch zurückbleibt, dann kann man erwarten, dass einige der unentschlossenen Erstgebärenden ihren weiteren Kinderwunsch nicht realisieren werden. Gerade in den neuen Bundesländern stellen die Unentschlossenen die größte Gruppe der Befragten dar (47,9%) [Abb. 45]. Angesichts der Tatsache, dass die Tendenz hin zur „Einkindfamilie“ in den neuen Bundesländern zunimmt, ist hier zu erwarten, dass es die Befragten bei dem ersten Kind belassen könnten.

Ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit, den weiteren Kinderwunsch zu realisieren, ist der zeitliche Abstand zum ersten Kind, in dem ein weiteres Kind zur Welt gebracht wird. Basierend auf den Ergebnissen des Deutschen Familien-Surveys 2003 untersuchten DORNSEIFF *et al.* (2003) den zeitlichen Abstand zwischen der Geburt des ersten und des zweiten Kindes und verglichen die alten Bundesländer mit den neuen Bundesländern. Hierbei zeigte sich, dass die Hälfte der westdeutschen Mütter ihr zweites Kind nach durchschnittlich 48 Monaten bekommt. Die Mütter der neuen Bundesländer, die nach der Wiedervereinigung 1991 ihr erstes Kind zur Welt brachten, bekommen erst nach durchschnittlich 90 Monaten ihr zweites Kind. Im Vergleich hierzu bekamen die Frauen der ehemaligen DDR ihr zweites Kind bereits nach

durchschnittlich 64 Monaten. Somit hat sich der Abstand zwischen dem ersten und zweiten Kind seit der Wiedervereinigung deutlich vergrößert. Das bedeutet, dass die Frauen der neuen Bundesländer die Realisierung ihrer Zweitkinderwünsche deutlich länger aufschieben als die Frauen der alten Bundesländer. In den Jahren seit der Wiedervereinigung hat diese zeitliche Verzögerung noch zugenommen. Diese Tatsache sowie die Tatsache, dass die Hälfte der Erstgebärenden der neuen Bundesländer sich noch nicht für ein weiteres Kind entschlossen hat, kann ein Hinweis dafür sein, dass es bei der Geburt des ersten Kindes bleiben könnte. Für die alten Bundesländer dagegen steigt die Wahrscheinlichkeit an, dass nach der Geburt des ersten Kindes auch ein zweites Kind geboren wird.

Doch welche Ursache findet sich für die unterschiedlichen generativen Muster der Frauen in den neuen und alten Bundesländern? Das soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden. DORNSEIFF *et al.* (2003) untersuchten mögliche Ursachen für diesen Unterschied im zeitlichen Abstand zwischen der Geburt des ersten und zweiten Kindes im Ost-West-Vergleich. Hierbei zeigt sich, dass die untersuchten Mütter die Zeit zwischen der Geburt des ersten und zweiten Kindes unterschiedlich nutzen. Es zeigen sich verschiedene Muster von Erwerbs- und Kinderphasen. Zwar nutzen Frauen in den neuen Bundesländern den Erziehungsurlaub fast genauso häufig wie Frauen in den alten Bundesländern (neue Bundesländer 45% / alte Bundesländer 50%), aber der Anteil der Frauen der neuen Bundesländer, die Erziehungsurlaub nehmen, nimmt im Verlauf des Prozesses schneller ab (Abb. 73 – Abb. 75: DORNSEIFF *et al.* 2003)³.

In den neuen Bundesländern sind nach 48 Monaten nur noch 20% im Erziehungsurlaub. In den alten Bundesländern ist dieser Anteil doppelt so groß (40%). Die Unterbrechungsdauer in den neuen Bundesländern fällt somit wesentlich kürzer aus. Der Anteil der Frauen der neuen Bundesländer, die in eine Vollzeitberufstätigkeit zurückkehren, steigt nach einem Jahr an und nach 48 Monaten sind ca. 40% der Frauen in den neuen Bundesländern Vollzeit erwerbstätig. In den alten Bundesländern liegt der Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen konstant bei 20%.

Ein weiterer Unterschied zeigt die Betrachtung der Teilzeit erwerbstätigen Frauen. In den alten Bundesländern lässt sich eine konstante Zunahme der Teilzeit-Erwerbstätigen aufzeigen. Dieser Anteil steigt nach der Geburt bis auf 20% an, was mit einem leichten Rückgang der Vollzeit-Erwerbstätigen einhergeht. In den neuen Bundesländern sind deutlich weniger Frauen Teilzeit erwerbstätig. Zwar steigt dieser Anteil an, er bleibt aber mit 3% – 8% hinter dem Niveau der Frauen aus den alten Bundesländern zurück. Nicht unerheblich ist der Teil der Frauen der neuen Bundesländer, die arbeitslos gemeldet sind (zw. 5% und 10%), da sie eine Erwerbsarbeit suchen aber aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt keine entsprechende Arbeit finden. In den alten Bundesländern ist dieser Anteil verschwindend gering und beträgt lediglich 1%. In den alten Bundesländern sind somit deutlich weniger Mütter aktiv auf der Suche nach Erwerbsarbeit.

³ Abb. 74 bezieht sich auf Frauen, die nach 1991 ihr erstes Kind geboren haben. Zum Vergleich wird in Abb. 75 der Erwerbsstatus der Frauen dargestellt, die vor 1991 ihr erstes Kind geboren haben. Deutlich zeigen sich die verschiedenen Muster von Erwerbs- und Kinderphase, die zuzeiten der DDR praktiziert wurden. So war nach 1,5 Jahren über drei Viertel der Frauen in der ehemaligen DDR wieder Vollzeit erwerbstätig.

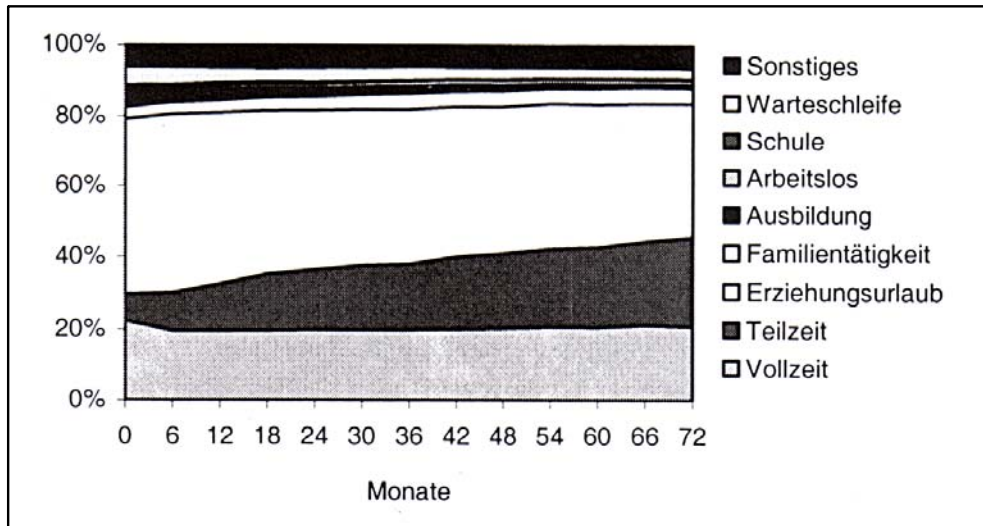


Abb. 73 Statusverteilung nach Geburt des ersten Kindes (alte Bundesländer)

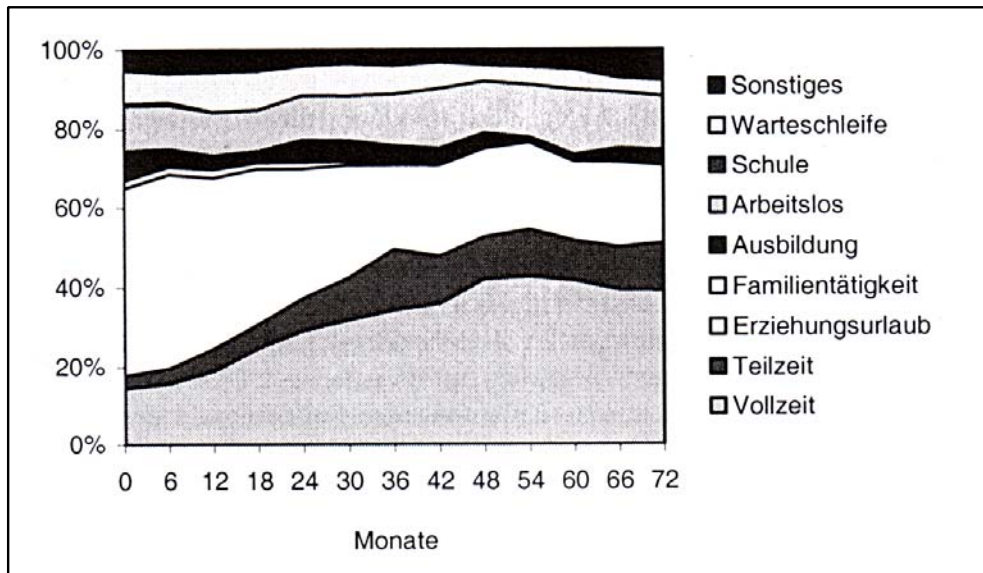


Abb. 74 Statusverteilung nach Geburt des ersten Kindes nach 1991 (neue Bundesländer)

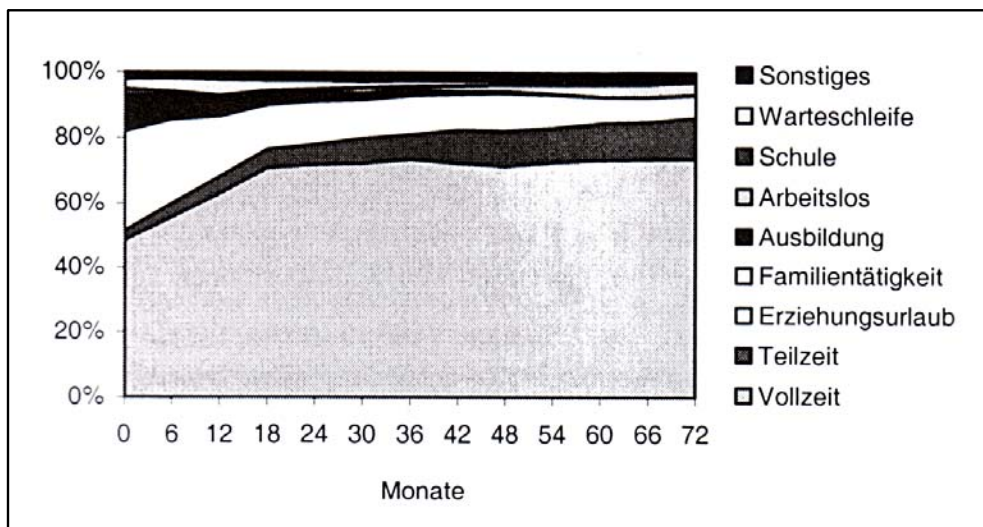


Abb. 75 Statusverteilung nach Geburt des ersten Kindes vor 1991 (ehemalige DDR)

Diese Unterschiede im Status der Frauen zeigen, dass die Frauen der neuen Bundesländer kürzere Erziehungspausen mit zwischenzeitlichen Erwerbsphasen kombinieren. Dadurch verschiebt sich die Realisierung zweiter Kinderwünsche stärker nach hinten als bei Frauen der alten Bundesländer. Diese Daten bestätigen die starke Erwerbsorientierung der Frauen der neuen Bundesländer, wie sie auch von SCHRÖTER (1995) und RICHTER (1996) bestätigt wurde: Die Untersuchung zeigt – insbesondere für junge Frauen der neuen Bundesländer –, dass sich die allgemeine Wertorientierung in Bezug auf Partnerschaft, Kinder und Berufstätigkeit seit der Wiedervereinigung kaum verändert hat. So findet sich die 'Berufstätigkeit' auf dem dritten Rang nach 'Gesundheit' und 'sozialen Beziehungen' wie Liebe, Freundschaft, Partnerschaft und Familie. So ist für 96% der Befragten die Berufstätigkeit 'sehr wichtig bzw. wichtig', unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht. Erst danach folgen „Kinder“, die für über drei Viertel der Frauen 'sehr wichtig bzw. wichtig' sind.

Hier klingt bereits an, was im Folgenden näher betrachtet werden soll. Wie hier gezeigt wurde, sind die Frauen und insbesondere Mütter der neuen Bundesländer stärker erwerbsorientiert als Mütter der alten Bundesländer. Die Frauen der alten Bundesländer reihen ihre Familienphasen ohne längere Unterbrechungen aneinander, während die Frauen der neuen Bundesländer zwischen das erste und zweite Kind eine längere Zeit der Erwerbstätigkeit einschieben (DORNSEIFF *et al.* 2003). So soll im Folgenden untersucht werden, wie sich die Lebenseinstellungen und Auffassungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Untersuchung der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ darstellen.

Die Einstellung der Erstgebärenden zur Arbeitsteilung der Geschlechter sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die familiäre Arbeitsteilung setzt sich zum einen aus der außerhäuslichen Erwerbsarbeit und zum anderen aus der innerhäuslichen Kindererziehungs- und Hausarbeit zusammen. Hierin finden sich die traditionellen Geschlechterrollen wieder, wonach der Mann der Erwerbsarbeit nachgeht und die Frau als Hausfrau und Mutter die Kindererziehung übernimmt. Dies bildet das „männliche Ernährer- und Hausfrauenmodell“. Diese Rollenteilung wird jedoch von der Mehrheit der bundesdeutschen Frauen laut DJI-Familien-Surveys (2003) nicht favorisiert. Zwei Drittel der Frauen der alten Bundesländer (69,8%) und über drei Viertel der Frauen der neuen Bundesländer (79,8%) waren gegen die Praktizierung einer ausgeprägten Arbeitsteilung, in der sich Frauen hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmern (DORNSEIFF *et al.* 2003).

Wie stellt sich die Einstellung der Erstgebärenden der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ dar? Betrachtet man die Frage der Übernahme der Kindererziehung, so ist die Mehrheit in den neuen und alten Bundesländern davon überzeugt, dass die Erstgebärende und ihr Partner die Kindererziehung zu gleichen Teilen übernehmen werden (neue Bundesländer 84,9% / alte Bundesländer 71,3%). Hierin finden sich die Ergebnisse des DJI-Familien-Surveys (2003) wieder, wonach die Mehrheit der Frauen nicht allein für die Kindererziehung zuständig sein möchte (DORNSEIFF *et al.* 2003). Andererseits sehen fast ein Drittel der Frauen der alten Bundesländer

(28,1%) die Kindererziehung als ihre Aufgabe an. Dass sich der Partner hauptsächlich um die Familienarbeit kümmern wird, geben nicht einmal 1% in den neuen wie in den alten Bundesländern an (Abb. 69).

Hier zeichnet sich bereits eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ab, die sich in der Frage zur Erwerbsarbeit weiter bestätigt. Zumindest gilt dies für die alten Bundesländer, denn hier stimmten zwei Drittel der Erstgebärenden 'voll und ganz zu' (22,8%) bzw. 'eher zu' (41,2%), dass sie auf ihre eigene Erwerbstätigkeit verzichten würden, wenn der Partner ein ausreichendes Einkommen hat und Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind. Das „männliche Ernährer- und Hausfrauenmodell“ findet in den alten Bundesländern eine breite Akzeptanz. Dies ist in den neuen Bundesländern nicht der Fall. Hier stimmen zwei Drittel der Erstgebärenden 'überhaupt nicht zu' (28,8%) bzw. 'eher nicht zu' (35,1%) [Abb. 67].

Die unterschiedliche Erwerbstätigkeit von Müttern in den neuen und alten Bundesländern wurde bereits in Kapitel 2.5 dargestellt: Betrachtet man die Erwerbstätigkeit von Müttern (Abb. 9), dann hat sich gezeigt, dass doppelt so viel Mütter in den neuen Bundesländern Vollzeit erwerbstätig sind als in den alten Bundesländern. Für die Mütter der neuen Bundesländer ist es somit besser möglich, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen als für Mütter der alten Bundesländer. Dies zeigt auch die Einschätzung der Erstgebärenden der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zur Frage, wie sie die Möglichkeit einschätzen, mit einem Kleinkind Familie und Beruf zu vereinbaren. Über 95% der Erstgebärenden in den neuen und alten Bundesländern geben an, dass es allgemein gesehen entweder 'nicht leicht, aber möglich' ist bzw. 'möglich aber schwierig' ist, Kind und Beruf zu vereinbaren (Abb. 63). Fragt man jedoch nach ihrer persönlichen Situation, dann sind immer noch fast 90% dieser Meinung. Vergleicht man die Angaben der 'persönlichen Möglichkeit' mit den Angaben der 'allgemeinen Möglichkeit, Kleinkind und Beruf zu vereinbaren', dann gaben mehr Erstgebärende in den neuen und alten Bundesländern an, dass es für sie entweder 'leicht möglich' oder aber 'nicht möglich' ist, Kleinkind und Beruf zu vereinbaren. Besonders die Rubrik 'es ist nicht möglich' nahm speziell in den alten Bundesländern am stärksten zu. Hier stieg der Prozentsatz auf 10,3% (neue Bundesländer 4,1%) [Abb. 65].

Auffällig hierbei ist, dass mehr Befragte der neuen Bundesländer eher zu einer positiven Einschätzung tendieren und mehr Befragte der alten Bundesländer die „Schwierigkeit“ der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betonen. Diese Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Befragten der alten Bundesländer erklärt sich aufgrund der Möglichkeiten der externen Betreuung von (Klein-) Kindern. Wie in Kapitel 2.5 dargestellt, unterscheidet sich die Betreuungssituation der neuen und alten Bundesländer stark voneinander. Die Infrastruktur an Kinderkrippen und Kindergärten ist in den neuen Bundesländer noch immer besser als in den alten Bundesländern, da zu Zeiten der DDR ein großes Netzwerk an externer Kinderbetreuung aufgebaut wurde, das z.T. heute noch existiert. Die Ausrichtung auf die Ganztagesbetreuung sowie die Betreuung der Kinder unter drei Jahren spielt hierbei eine entscheidende

Rolle für die Mütter, Vollzeit erwerbstätig zu sein. Für die Mütter der alten Bundesländer stellen sich die Vereinbarkeitsmöglichkeiten anders dar. Da hier die Betreuungsmöglichkeit für Kinder unter drei Jahren kaum vorhanden ist (3%) [Abb. 10], nutzen viele den gesetzlichen Erziehungsurlaub von drei Jahren und kümmern sich selbst um die Kinder. Dafür geben sie (zumindest zeitweise) ihre Erwerbstätigkeit auf. Ist das Kind dann im Kindergartenalter, versuchen viele Mütter einen Wiedereinstieg in den Beruf. Da lediglich 20% der Kindergärten eine Vollzeitbetreuung anbieten, greifen viele Mütter die Möglichkeit der Teilzeitarbeit auf. Dies entspricht dem Vereinbarkeitskonzept Deutschlands, das ein Nacheinander von Beruf, Familie und Wiedereinstieg (Drei-Phasen-Modell) fördert (KREYENFELD *et al.* 2002).

Das bestätigt auch die Erhebung der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. Für den Fall, dass man schnell jemanden für die Kinderbetreuung finden müsste, greifen zwar die meisten auf private Betreuungsmöglichkeiten zurück (Partner, Eltern, Schwieger- und Großeltern u.a.). Aber eine deutliche Ausnahme machte die Angabe zu den Kindertagesstätten. In den neuen Bundesländern meinten 31,8% der Erstgebärenden, dass sie relativ schnell einen Platz in der Kindertagesstätte für ihr Kind erhalten würden. In den alten Bundesländern äußerten sich nur 11,3% positiv dazu. Demgegenüber waren 42,2% der Erstgebärenden aus den alten Bundesländern der Meinung, dass ein Platz in der Kindertagesstätte kaum möglich wäre (Abb. 72).

Hier überrascht allerdings, dass die Mehrheit der Erstgebärenden mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung 'eher zufrieden bzw. sehr zufrieden' (54,5%) sind. Lediglich 19,6% waren hiermit 'eher unzufrieden bzw. sehr unzufrieden'. Betrachtet man das aber unter dem Aspekt, dass zwei Drittel der befragten Erstgebärenden der alten Bundesländer dem „männlichen Ernährer- und Hausfrauenmodell“ zustimmen, dann zeigt sich, dass der Großteil der Frauen, der sich für Kinder entscheidet, auch bereit ist, die Kinderbetreuung selbst zu übernehmen und damit ihre Erwerbsarbeit einzuschränken oder ganz auf sie zu verzichten (Abb. 57).

6 Zusammenfassung

Im Rahmen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ (1998 – 2000) konnten 2.130 Erstgebärende (neue BL: 1.081 / alte BL: 1.049) bezüglich ihrer Lebenssituation, ihrer Familienplanung und ihrer Einstellung zur traditionellen familialen Arbeitsteilung befragt werden. Ziel der Untersuchung ist es, Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen den Erstgebärenden der neuen und alten Bundesländer herauszuarbeiten. Angesichts der langjährigen Teilung Deutschlands brachte die Wiedervereinigung zwei sich stark differierende Gesellschaften zusammen. In einem Zeitraum von über 40 Jahren entwickelten sich Unterschiede im *generativen Verhalten*. Nach der Wiedervereinigung gingen die Demografen allgemein von einer (mehr oder weniger) schnellen Angleichung des generativen Verhaltens der neuen an die alten Bundesländer aus.

Wie die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zeigen, kann von einer Angleichung (noch) nicht die Rede sein. So unterscheidet sich die Lebenssituation der Erstgebärenden hinsichtlich des Alters bei der ersten Geburt, der beruflichen und finanziellen Situation als auch bei der Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard. Die Erstgebärenden der neuen Bundesländer planen und realisieren ihren Kinderwunsch früher als die Befragten der alten Bundesländer. Die Geburt des ersten Kindes ist nicht wie in den alten Bundesländern an die Ehe geknüpft, die in den alten Bundesländern der Familiengründung vorausgeht. Vielmehr ist es in den alten Bundesländern Teil der Lebensplanung, dass man seine Ausbildung abschließt, im Beruf arbeitet und sich dann entschließt, Kinder zu bekommen. Das macht sich insbesondere bei den Erstgebärenden der alten Bundesländer mit einer höheren beruflichen Qualifikation bemerkbar, die aufgrund der langen Ausbildungszeit den Kinderwunsch immer weiter aufschieben.

Das ist bei den Erstgebärenden der neuen Bundesländer anders. Sie haben nicht ein Nacheinander von Beruf und Familie zum Ziel, sondern wollen eine parallele Vereinbarkeit von Familie und Beruf praktizieren, wie sie es bei ihren Müttern in der ehemaligen DDR vorgelebt bekommen. Dies zeigt sich insbesondere in der Ablehnung des „männlichen Ernährere- und Hausfrauenmodells“ der Arbeitsteilung in der Familie. Zwei Drittel der Erstgebärenden der neuen Bundesländer will nicht auf ihre Erwerbsarbeit verzichten, wenn noch Kleinkinder zu versorgen sind und der Partner ein ausreichendes Einkommen hat.

Anders die Erstgebärenden in den alten Bundesländern. Hier sind zwei Drittel der Befragten bereit, diese Rollenteilung zu praktizieren, denn sie betonen die Schwierigkeit und sogar die Unmöglichkeit für sie persönlich, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Schließlich fehlt es hierfür an externen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, insbesondere von Kleinkindern unter drei Jahren. Die alten Bundesländer besitzen eine Versorgungsquote von gerade mal 3%. In den neuen Bundesländern sind es wenigstens noch 37%. Wenn keine externe Betreuung vorhanden ist, dann muss die Kinderbetreuung privat organisiert werden. So nutzen

die Frauen der neuen und der alten Bundesländer gleichermaßen den dreijährigen Erziehungsurlaub (DJI-FAMILIENSURVEY 2003), die Mütter der neuen Bundesländer kehren jedoch schneller in die Erwerbstätigkeit zurück als die Mütter der alten Bundesländer. Während nach 48 Monaten noch 20% der Mütter im Erziehungsurlaub sind, sind es in den alten Bundesländern noch doppelt so viele (40%). Auch verzögert sich die Geburt eines zweiten Kindes in den neuen Bundesländern stärker als in den alten Bundesländern. Die Mütter der neuen Bundesländer schieben zwischen zwei Kinderphasen eine Erwerbsphase ein, um nicht zu lange vom Beruf weg zu sein.

Beim weiteren Kinderwunsch bestätigen sich Trends der Demografen, obwohl die Ergebnisse der „Kinderwunsch und- Wachstumsstudie“ hierbei lediglich Tendenzen aufzeigen können, da Erstgebärende untersucht wurden, deren fertile Phase noch nicht abgeschlossen ist. In den alten Bundesländern will die Mehrheit der Frauen weitere Kinder (52,1%), zwei Drittel will noch ein weiteres Kind. Demgegenüber sind die Erstgebärenden der neuen Bundesländer mehrheitlich noch unentschlossen (47,9%) oder haben ihren Kinderwunsch bereits abgeschlossen (17,4%).

Hier bestätigt sich der Trend zur Einkindfamilie für die neuen Bundesländer. Zwar wünschen 77% der Erstgebärenden der neuen Bundesländer ein zweites Kind, die Realisierung könnte aber hinter dem Kinderwunsch zurückbleiben, wenn der Konflikt zwischen Familie und Beruf zukünftig noch verstärkt wird und die Erstgebärenden der neuen Bundesländer sich wie die Erstgebärenden der alten Bundesländer zwischen ihrem Kinderwunsch und ihrer Erwerbsarbeit entscheiden müssen. Die Untersuchung zur Einstellung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeigt deutlich, dass die Erstgebärenden der alten Bundesländer stärker von einer Entscheidung zwischen Beruf oder Familie ausgehen, während für die Erstgebärenden der neuen Bundesländern Familie und Beruf viel selbstverständlicher nebeneinander existieren.

Die Ergebnisse der Untersuchung der Lebenssituation, der Familienplanung und der Einstellung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigen eines ganz deutlich: Zwischen den neuen und alten Bundesländern überwiegen nach wie vor Unterschiede im generativen Verhalten und in der Einstellung zu Familie und Beruf im Rahmen der Lebensplanung der Erstgebärenden. Nach all diesen Unterschieden, die zwischen den neuen und alten Bundesländern aufgezeigt werden konnten, ist jedoch eines auffällig: die (große) Unzufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien. Hier sind die befragten Erstgebärenden einer Meinung und sind mit der staatlichen Unterstützung von Familien 'nicht bzw. sehr unzufrieden' (neue Bundesländer 48,5% / alte Bundesländer 46,9%) [Abb. 61].

7 Literaturverzeichnis

1. *Alt, Ch* (2001): Kindheit in Ost und West. Wandel der familialen Lebensverhältnisse aus Kindersicht. DJI (Hrsg.): Familien-Survey I. Leske+Budrich-Verlag, Opladen: 9
2. *Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinsitute e.V.* (2002): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002 (Frühjahresgutachten 2002), Kiel
3. *Beck U* (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. Reihe: Edition Suhrkamp: 365
4. *Becker GS* (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Mohr-Verlag, Tübingen. Reihe: Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften: 32
5. *Bertram H* (1991): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. DJI (Hrsg.): Familien-Survey 1. Leske+Budrich-Verlag, Opladen
6. *Birg H, Koch H* (1987): Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Campus-Verlag. Frankfurt/M.
7. *Büchel F, Spiess CK* (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 220
8. *Bucher H, Kocks M, Siedhoff M* (1994): Die künftige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands bis 2010. Annahmen und Ereignisse einer BfLR-Bevölkerungsprognose. Informationen zur Raumentwicklung (12) 1994: 815 – 841
9. *BMJFFG* (1990): Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.) Bonn
10. *Brinkmann C, Engelbrecht G* (1991): Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von Frauen. In: *Wagner G, von Rosenblatt B, Blaschke D* (Hrsg.): An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 143). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg: 23 – 26
11. *Clauß G, Ebner H* (1974): Grundlagen der Statistik. Volk und Wissen Verlag, Berlin
12. *Dannenbeck C* (1992): Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: *Bertram H* (Hrsg.): Die Familie in den neuen Bundesländern. Reihe: Familien-Survey, DJI; 2. Leske+Budrich-Verlag, Opladen: 239 – 260
13. *Dannenbeck C, Keiser S, Rosendorfer T* (1995): Familienalltag in den alten und neuen Bundesländern – Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In: *Nauck B, Schneider N, Tölke A* (Hrsg.): Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch. Enke, Stuttgart: 103 – 118

14. *Dorbritz J, Schwarz K (1996): Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? ZfB 21: 231 – 448*
15. *Dornseiff J-M, Sackmann R (2003): Familien-, Erwerbs- und Fertilitätsdynamiken in Ost- und Westdeutschland. In: Bien W, Marbach JH (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. DJI: Familien-Survey 11, Leske + Budrich-Verlag, Opladen: 309 – 348*
16. *Engstler H (1998): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Akt. U. erw. Aufl. Verlag Bonn. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bd. 35*
17. *Engstler H, Menning S (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemografische Entwicklung in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), erw. Neuauflage, Bonn*
18. *Geißler R (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden. . Reihe: Bundeszentrale für Politische Bildung: 384, 3. überarb. Auflage*
19. *Geißler R, Meyer T (2002): Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Geißler R: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung, 3. überarb. Auflage. Reihe: Bundeszentrale für Politische Bildung (384), Westdeutscher Verlag, Wiesbaden: 49 – 81*
20. *Hank K, Kreyenfeld M (2002): A Multilevel Analysis of Child Care and the Transition to Motherhood in West Germany. (Discussion Papers), DIW Berlin, Nr. 290*
21. *Hille B (1985): Familie und Sozialisation in der DDR. Leske+ Budrich-Verlag, Opladen*
22. *Höhn, C (1998): Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.). Leske+ Budrich-Verlag, Opladen*
23. *Höhn C (2000): Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.). Wiesbaden*
24. *Höhn C, Schubnell H (1986): Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern (II). Z Bevölkerungswiss (1986), 12 (2): 185 – 219*
25. *Hullen G (1998): Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (26). Leske+ Budrich-Verlag, Opladen*
26. *Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung. Quelle: http://www.ifd-allensbach/pdf/akt_0407.pdf*
27. *Kaufmann F-X (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. Reihe: Perspektiven und Orientierungen (16). Beck-Verlag, München*

28. *Kiefl W, Schmid J* (1985): Empirische Studien zum Generativen Verhalten. Erklärungsbe-
funde und theoretische Relevanz. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungs-
forschung, Bd. 15. Boldt-Verlag, Boppard am Rhein
29. *Krentz H* (2001): Statistische Analysen und Datenverwaltung mit SPSS in der Med. Uni-
versität Rostock, Inst. f. Med. Informatik und Biometrie
30. *Kreyenfeld M, Spieß CK, Wagner G* (2002): Kinderbetreuungspolitik in Deutschland. Mög-
lichkeiten nachfrageorientierter Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente. Z Erziehungs-
wiss (Nr. 2): 201 – 221
31. *Landua D, Spellerberg A, Habich R* (1991): Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Le-
bensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern. (WZB-Paper P91-101), Wissen-
schaftszentrum, Berlin
32. *Lauterbach W* (1999): Familie und private Lebensformen. In: *Glatzer W, Ostner I* (Hrsg.):
Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Leske + Budrich-Verlag, Opladen,
1999: 239 – 254
33. *Löhr H* (1992): Lebensverläufe im Wandel, In: *Bertram H* (Hrsg.): Die Familie in den neuen
Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchssituation. DJI:
Familien-Survey, Bd. 2); Leske + Budrich-Verlag, Opladen: 115 – 150
34. *Löhr H* (1991): Kinderwunsch und Kinderzahl. Sammelband: *Bertram H* (Hrsg.): Die Fami-
lie in Westdeutschland. DJI: Familien-Survey, Bd. 1); Leske + Budrich-Verlag, Opladen:
461 – 496
35. *Meyer T* (1992): Modernisierung der Privatheit. Differenzierungs- und Individualisie-
rungsprozesse des familialen Zusammenlebens. Reihe: Studien zur Sozialwissenschaft
(110). Westdt. Verlag, Opladen
36. *Münz R, Ullrich R* (1994): Was wird aus den Neuen Bundesländern? Demografische Pro-
gnosen für ausgewählte Regionen und für Ostdeutschland. Demographie aktuell Nr. 3
37. *Oppitz G* (1984): Kind oder Konsum? Eine ökonomisch-psychologische Studie zur Ver-
haltensrelevanz von Werthaltungen junger Ehepaare. Schriftenreihe des Bundesinstituts
für Bevölkerungsforschung, Bd. 14. Boldt-Verlag, Boppard am Rhein
38. *Peuckert R* (1999): Familienformen im Wandel. 3. überarb. und erw. Auflage. Reihe: UTB
für Wissenschaft. Leske + Budrich-Verlag, Opladen
39. *Perrez, M* (Hrsg.) (1979): Krise der Kleinfamilie?, Hans Huber Verlag, Bern-Stuttgart-Wien
40. *Richter K* (1996): Zum Wandel von Kinderwunsch und Familiengründung in den neuen
Bundesländern. Demographie aktuell: Vorträge-Aufsätze-Forschungsberichte, Nr. 8, Berlin
41. *Schröter U* (1995): Ostdeutsche Frauen zwischen Verlieren und Gewinnen. In: *Bertram H,
Hradil S, Kleinherz G* (Hrsg.): Sozialer und demografischer Wandel in den neuen Bundes-
ländern. Akademie-Verlag, Berlin: 141 – 158

42. *Schupp J* (1992): Familienstrukturen und Erwerbsbeteiligung in den neuen Bundesländern. Erste Veränderungen im Spiegel von Längsschnittanalysen. In: *Ott N, Wagner G* (Hrsg.): Familien und Erwerbstätigkeit im Umbruch (Sonderheft 148 des DIW), Duncker+Hum-bort, Berlin: 209 – 252
43. *Schwarz K* (1992): Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR – Bei-spiel einer pronatalistischen Politik. *Z Familienforsch* (4): 248 – 262
44. *Schwarz K* (2001): Bericht 2000 über die demographische Lage in Deutschland. *ZfB* 26: 3 – 54
45. *Statistisches Bundesamt* (2005): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikro-zensus 2004. Wiesbaden
46. *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar, Wiesbaden
47. *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.) (2000A): Datenreport 1999. Bonn
48. *Trappe H* (1995): Emanzipation oder Zwang? Familien in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Akademie-Verlag Berlin
49. *Voigt M, Jähric K, Reichelt G, Friese K* (2000): Gewichts-, Längen- und Kopfumfangsver-teilungen von Neugeborenen (insbesondere Frühgeborenen) in Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung demografischer Aspekte (Vergleich der Neugeborenen-maße von 1984/85 mit 1992 – 1996). In: *Friese K, Plath C, Briese V* (Hrsg.): Frühgeburt und Frühgeborenes – eine interdisziplinäre Aufgabe. Springer Verlag, Berlin-Heidelberg
50. *Voigt M, Schneider KTM, Stillger R, von Steinburg P, Fusch C, Hesse V* (2005): Analyse des Neugeborenenkollektivs der Jahre 1995 – 1997 der Bundesrepublik Deutschland. 9. Mit-teilung: Durchschnittliche Geburtsgewichte, Raten Neugeborener mit niedrigem und ho-hem Geburtsgewicht und Frühgeborenenraten unter Berücksichtigung der einzelnen Bundesländer. *Geburtsh Frauenheilk* 65: 474 – 481
51. *von Trotha T* (1990): Zum Wandel der Familie. *KZfSS* 42: 452 – 473
52. *Weick S* (2002): Auszug aus dem Elternhaus. Heirat und Elternschaft werden zunehmend ausgeschlossen. In: *ISI* Nr. 27: 11 – 14
53. *Wendt H* (1993): Familienbildung und Familienforschung in der ehemaligen DDR. Bundes-institut für Bevölkerungsforschung. Reihe: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 22. Wiesbaden
54. *Winkler G* (1990): Frauenreport '90. Ministerrat für die Gleichstellung von Frauen und Männern (Hrsg.). Verlag Die Wirtschaft, Berlin

8 Lebenslauf

<i>Name</i>		Andreas Manfred Pippig
<i>Geburtsdatum/Ort</i>		24. Mai 1963 in Görlitz
<i>Wohnort</i>		18055 Rostock, Eselföterstr. 6
<i>Familienstand</i>		verheiratet
<i>Nationalität</i>		deutsch
<i>Schulbildung</i>	1969 – 1976	Oberschule Rothenburg
	1976 – 1979	1. Erweiterte Oberschule Niesky
	1979 – 1981	2. Erweiterte Oberschule Niesky, Abschluss Abitur
<i>Wehrdienst</i>	1981 – 1984	
<i>Studium</i>	1984 – 1986	Studium der Zahnmedizin an der Humboldt-Universität Berlin – Physikum
	1987 – 1989	Studium der Zahnmedizin an der Med. Akademie C. Gustav Carus, Dresden
	01. 09. 1989	Aprobation: Diplom-Prädikat „ausgezeichnet“ akademischer Grad: Diplomstomatologe
<i>Beruflicher Werdegang</i>	1989 – 1991	Fachzahnarztausbildung am Med. Zentrum Mitte, Rostock
	01. 10. 1991	Praxisgründung – Niederlassung
	01. 10. 2000	Praxisverlegung an den Standort Eselföterstr.

Rostock, im Januar 2006

Andreas Pippig

9 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich eidesstattlich, die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe, nur unter Nutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und weder diese noch eine andere Arbeit zuvor an einer Hochschule als Dissertation eingereicht zu haben.

Rostock, im Januar 2006

Andreas Pippig

10 Danksagung

Herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. med. habil. K.T.M. Schneider, von der Frauenklinik der Technischen Universität München, für die Übernahme des Themas und die kritischen Hinweise bei der Anfertigung der Arbeit.

Für die Bereitstellung der Daten und für die Hilfe bei der statistischen Bearbeitung des Datenmaterials danke ich Herrn PD Dr. Dr. rer. med. habil. M. Voigt vom Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.

Des Weiteren möchte ich mich ganz herzlich bei den Wöchnerinnen, Ärzten, Hebammen und Schwestern der beteiligten Kliniken für das Ausfüllen der Fragebögen und die wohlwollende Unterstützung des Projektes bedanken.

Rostock, im Januar 2006

Andreas Pippig